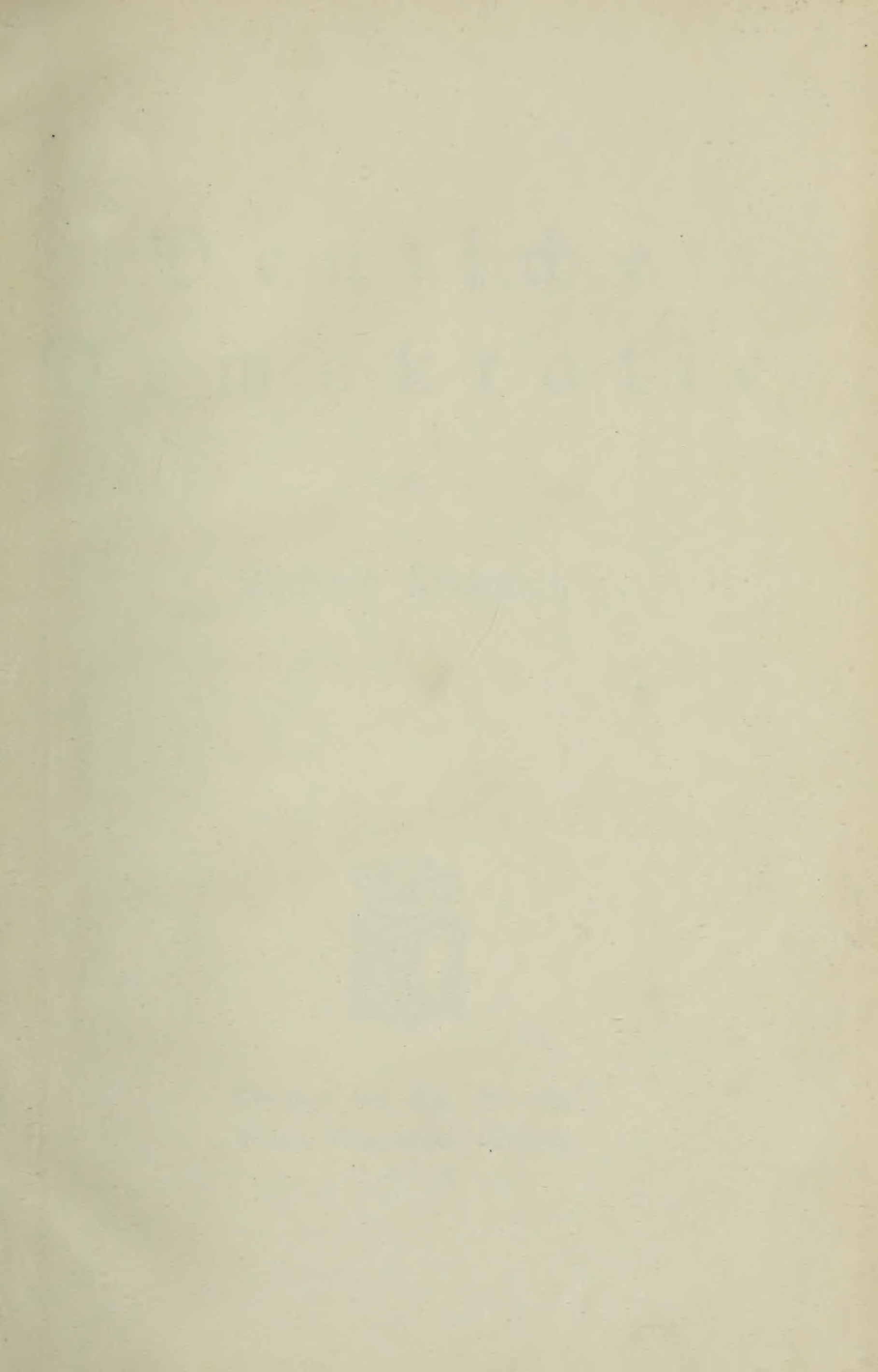
Deutsche Demokratie

von

Richard Charmatz

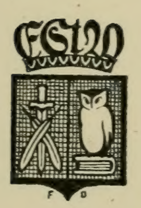

Tuum est



Deutsche Demokratie

von

Richard Charmatz



Verlegt bei Ed. Strache
Wien-Warnsdorf-Leipzig
1918

Gedruckt bei Ed. Strache, Warnsdorf

Inhalts-Verzeichnis.

Vorwort.

Das Problem der Demokratie — vielfach erörtert und doch nicht erschöpfend dargestellt — verdient eine sorgsame Durchleuchtung. Aber es genügt nicht, allgemeine Betrachtungen anzustellen, sondern es muß auch die Nutzanwendung versucht werden. Überall machen die Völker jetzt ihre politischen Ansprüche geltend, bemühen sie sich, die Rechte sicher zu stellen, die sie als Kriegslohn ersehnen. Das gilt besonders für das Deutsche Reich. In welchem Maße ist dieses nun für die Herrschaft des Volkes reif und welche Wesenszüge wird die deutsche Demokratie aufweisen? Wahrhaftig, die Antwort berührt nicht bloß die Massen, die den teuren Boden des Deutschen Reiches ruhmvoll verteidigen, sondern ganz Europa. Gäbe es doch sobald kein bedeutenderes Ereignis als die Vereinigung der höchsten Tatkraft mit der reichsten politischen Freiheit bei einer Nation, deren vielfache Begabung in der Rechtsfülle der Demokratie erst voll zur Entfaltung kommen könnte.

Die Ergebnisse meiner eingehenden Studien über den Volksstaat und die Volksherrschaft besonders in Deutschland sollen nach dem Kriege in einem umfangreichen, tieferschürfenden Werke vorgelegt und ausführlich begründet werden. Hier sind vorerst bloß einige Linien herausgehoben und zu einem skizzenhaften Bilde vereinigt. Daß die Untersuchungen außerhalb des Deutschen Reiches angestellt werden, wird ihnen

hoffentlich nicht zum Nachteile gereichen. Dem Parteikampfe entrückt, kann die Sachlichkeit zu ihrem Rechte kommen. Die Wärme der Empfindung ließ sich freilich nicht unterdrücken. Begleitet ja der Deutschösterreicher alle Vorgänge im großen Nachbarreiche mit spannungsvoller Erwartung und mit innigen Gefühlen. Aber spricht auch das Gemüt mit, so ist der Blick dennoch nicht getrübt.

Wien, im Mai 1918.

Richard Charmatz.

1.

Die Grenzen der Theorie.

Was wäre die Arbeit, wenn sie nicht Früchte brächte, was würde aus der politischen Tätigkeit, wenn ihr nicht der Glaube an eine ersprießliche Wirkung Schwung verliehe? Die bloße Freude an dem fröhlichen Schaffen selbst könnte die menschlichen Kulturleistungen nicht in gleichmäßigem Gange erhalten; hinter allem himmelhohen Idealismus steckt irgendwie das Verlangen nach realen Werken, die Sehnsucht nach schöpferischer Beeinflussung. Als Hegel seine Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte hielt, da suchte er den Nachweis zu erbringen, daß der tiefere Sinn im Fortschritte der Freiheit liege. Eine andere Lehre würde auch unerträglich sein. Mag es bisweilen geschehen, daß in Zeiten der Zerrüttung oder des Niederganges der Blick vergeblich nach dem seligen Gebiete spähe, „wo der Freiheit ewig grüner Garten, wo der Menschheit schöne Jugend blüht“; im Zusammenhange muß sich immerhin eine gewisse Höhenentwicklung ergeben und dem schaffenden, kämpfenden, genießenden und leidenden Geschlechte das Bewußtsein stärken, daß es sich über die Vorläufer erhebe. Der Aufstieg vom Troglodyten bis zum freien Bürger im geordneten freien Staate war nicht leicht und kummerlos, und die Ruhe, die etwas anderes bedeutete als das Sammeln neuer Kräfte zu frischem Tun, erwies sich stets als Verlust. Zu streben, zu verbessern, zu bauen ist der Menschen heiliges Los; es mag verkannt werden, aber es läßt sich nicht zurückweisen oder dauernd verneinen.

Jeder Zeitabschnitt hat seinen besonderen Inhalt, seine Aufgabe, mit der alle oft unbewußt ringen. Manchesmal vollzieht sich die Vorbereitung eines verheißungsvollen Umschwungs oder einer begrüßenswerten Fortbildung, indes die furchtbarsten Ungewitter nichts als Verheerung zu bringen scheinen. Niemals noch wurde ein so grausam machtvolles und so schmerzensreich gigantisches Schauspiel erlebt, wie es der Weltkrieg bietet, der die altgewohnten Pfade verrammelt, der liebe Beziehungen zerreißt und die Erinnerungen an andersgeartete Tage verkümmern läßt. Aber ehe das Volk der Juden in das gelobte Land einziehen durfte, mußte es in der Wüste umherirren und das kommende Glück schwer erkaufen. Welche

Bedeutung wird einst das atemlose, opferreiche Ringen in unserer Zeit für den folgerichtigen Entwicklungsgang der Menschheit haben, worin werden künftige Betrachter seine befruchtende Wirkung wahrnehmen? Der sinnende Zeitgenosse kann sich nicht damit zufrieden geben, die Stimme der Stunde wie etwas in sich Abgeschlossenes zu vernehmen; er will den Nachhall bereits erkennen und sich darüber klar werden, welches neue Leben aus den Ruinen erblühen wird.

Das Nachdenken kann nach zweierlei Richtungen führen. Faßt man das große Ganze ins Auge, durchmißt man grübelnd die Welt, dann gilt die Antwort dem geänderten Sein der Staaten in der neuartigen Friedensorganisation, ihrer siegreichen selbstherrlichen Macht oder den Grundlagen, auf denen eine umwälzende Rechtsordnung der höheren Gemeinschaft sich aufbaut. Mit diesen Erwägungen wollen wir uns jedoch nicht beschäftigen. Die Untersuchung kann auch dem Walten der Staaten nach innen gewidmet sein, das kommende Verhältnis der Bürger innerhalb der festgefügten verfassungsrechtlichen Einheit in Betracht ziehen. Wird die Zeit nach dem Kriege den Einzelnen ein höheres Maß von Freiheiten gewähren, den Bürgern zu vermehrter politischer Persönlichkeitsgeltung verhelfen? Das Wort Demokratie, das viel und wenig besagt, das alles umfaßt und doch gar Verschiedenartiges deckt, klingt in den Jahren der Kämpfe immer wieder an das Ohr. Auf die Volksherrschaft trifft eben zu, was Montesquieu in seinem „Geist der Gesetze“ ausführte, daß kein anderer Begriff mehr verschiedene Bedeutungen angenommen und auf so mancherlei Weise auf die Gemüter eingewirkt hätte. Am lautesten haben die Gegner der mitteleuropäischen Kaiserreiche von der Demokratie gesprochen. Da die Granaten, die Tanks und die silbernen Kugeln ihren Zweck verfehlten, wurden umso trügerischere Hoffnungen auf die verwirrende Durchschlagskraft des Wortes Volksherrschaft gesetzt.

Es wäre falsch, es hieße den Tatsachen gegenüber blind sein, wollte man übersehen, daß die Demokratie nicht bloß ein Schlagwort, eine Waffe der Widersacher bildet. Es fliegen ihr vielmehr die glühendsten Wünsche zu, ebenso wie die stolzesten Erwartungen von ihr ihren Inhalt ableiten. Ehe die Gegner die Volksherrschaft zur Stimmungsmache verwerteten, hatte man sie im Deutschen Reiche schon zum Ziele

erkoren, zum Gegenstande des Nachsinnens und zum Programme für zielbewußte Bestrebungen erwählt. Eine mächtige Strömung war entstanden und von dem ernsten Wunsche geleitet, den Ausbau des modernen Rechtsstaates zu einem Volksstaate zu fördern, die Bevölkerung zum Schmiede ihres Schicksals zu machen, und jenes Ideal bürgerlicher Betätigung und Kraftentfaltung zu erreichen, das die Demokratie verheißt.

Großartig hatten sich die Massen vom ersten Kriegstage an bewährt, Ungeheures in der Verteidigung geleistet. Die warme Stimmung des Burgfriedens überwand die Gegensätze und brachte die Parteien und Menschen einander näher. Wie es für Kaiser Wilhelm II. vom ersten Augenblicke an nur mehr Deutsche gab, so fühlte man nun fast allgemein die sittliche Pflicht, mit dem Schutt und Geröll der Vergangenheit aufzuräumen, um groß und frei in die Zukunft hineinwachsen zu können. Herr von Bethmann Hollweg traf den richtigen Ton, als er im Juni 1916 von der Heldengröße der ganzen Nation redete. „Unsere Söhne und Brüder“ — legte er dar — „kämpfen und sterben in treuer Kameradschaft. Da ist gleiche Liebe zur Heimat in allen, mag Heimat ihnen Besitz und Reichtum einschließen oder ihnen nur eine Stätte sein, an der ihrer Arme Kraft ihnen das Leben fristet. Diese heilige Flamme der Heimatliebe stählt allen das Herz, daß sie in tausendfacher Gefahr dem Tode trotzen und den Tod leiden. Nur ein vollkommen vertrocknetes Herz kann sich dem erschütternden Eindruck von der Größe und Urkraft des Volkes entziehen, kann sich der heißesten Liebe zu diesem Volke erwehren. Und das soll ich trennen, soll ich nicht einigen?“ Im September sagte dann Herr von Bethmann Hollweg: „Die gewaltigen Aufgaben, die auf allen Gebieten des staatlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens unserer harren, brauchen zu ihrer Lösung alles, was an Kräften in unserm Volke lebt. Es ist eine Staatsnotwendigkeit, die sich gegen alle Hindernisse durchsetzen wird, diese Kräfte, die da im Feuer geglüht sind, die nach Wirken und Schaffen rufen und verlangen, für das Ganze zu nützen. Freie Bahn für alle Tüchtigen! muß unsere Losung sein“.

Die Geister lassen sich nicht dauernd in Hochspannung erhalten; absolute Einmütigkeit kann nur im Reiche der Träume immerdar währen. Da an allen Einrichtungen über-

lieferte Interessen hängen, ist nichts erklärlicher, als daß Kämpfer für ihre Erhaltung erstehen. Die Burgfriedensgesinnung wurde durch Parteiungen und Gegensätze zurückgedrängt, aber der Wille zur Demokratie blieb in weiten Kreisen wach. Von ihm geht ein kräftiger Antrieb aus. Schmäht man in den feindlichen Landen das Innenleben des Deutschen Reiches, lästert man die Wirkung und die Tendenz der Reichsorganisation, so arbeitet Deutschland dennoch inmitten des Weltkrieges unverdrossen daran, vorwärts zu kommen, freier und darum reicher an inneren Werten zu werden.

Doch was ist Demokratie und wie weit läßt sich verwirklichen, was an Wünschen mit diesem Worte anklingt? Ein Begriff, der das Dasein nicht berührt, wiegt leicht; schwer fällt nur die Tat in die Wagschale. Inwiefern vermag das demokratische Wollen dem demokratischen Können zu entsprechen? Was haben wir von der deutschen Demokratie zu erwarten? Darüber möchten wir uns Klarheit verschaffen.

* * *

Bevor ein Haus gebaut wird, muß der Plan entworfen sein. Die Grundrisse zu den Gebäuden der menschlichen Gemeinschaft haben die Pfadfinder im Staatsrecht geliefert. Indem sie ihren Theorien nachhingen und ihre Ansichten zu einer Einheit verflochten, schufen sie gedanklich voraus, was dann später Wirklichkeit werden sollte. Die Geschichte des Staatsrechtes wird von glanzvollen Ideen durchleuchtet und von einem Kampfe der Geister erfüllt, der anziehen oder abstoßen mag, aber meistens mit Bewunderung erfüllt. Was uns heute als selbstverständlich erscheint, ist aus Gedanken hervorgewachsen, die einst neu und kühn waren, die den Beruf in sich trugen, Zeiten zu gestalten, Verhältnisse zu meistern und den Menschen die Grenzen ihrer Freiheit zu ziehen.

Zu den hervorragendsten Verkündern der Lehre vom Absolutismus gehören zwei Männer, die zu Zeugen einschneidender Umwälzungen wurden. Hobbes hatte die Höhe des Lebens bereits überschritten, als das Haupt Karls I. von England fiel. Das Volk galt ihm nichts; aus dem Arsenal seines Geistes holte er Waffen für die legitime Macht. Mit harter Logik entwickelte Hobbes die Lehre vom Absolutismus. Den

Menschen sprach er schon im Urzustande Selbstsucht und Eigennutz zu; nicht aus großen Regungen, sondern aus Angst vor dem Übel hatten sie den Staat begründet, um dem verzehrenden Kampfe aller gegen alle ein Ende zu bereiten. Der König vertrete in seiner Person das Volk, er sei das Volk schlechthin. Darum werde sein Wille Gesetz und nichts vermöge ihn einzuschränken. Die absolute Gewalt sei eine Notwendigkeit, so unabweisbar wie der Staat selbst. Zu ähnlichen Schlüssen, wenngleich auf anderen Wegen, kam später der Berner Patrizierssohn Haller. Er war zweiundzwanzig Jahre alt, als die Bastille gestürmt wurde, und die Umwälzungen, die der französischen Revolution folgten, machten ihn zum vaterlandslosen Flüchtling. Haller lieferte der Restauration in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die systematische Rechtfertigung; er gab ihr die Weihe der Wissenschaft. Für ihn war es ein ewiges Gesetz, daß der Stärkere, der Überlegene herrsche. Herren und Diener habe es von allem Anbeginn gegeben. Was an Verfassungen erinnert, wurde Haller zum Greuel. „Fliehet das Wort Konstitution, es ist Gift in Monarchien!“ rief er den Fürsten zu. Gottes Wunsch sei die absolutistische Regierung; lasse sich ein Herrscher herbei, sich dem Volke gegenüber irgendwie zu verpflichten, so begehe er eine Lästerung des höchsten Willens und sein Tun entbehre der bindenden Kraft.

Der Konstitutionalismus fand in Locke einen tiefschürfenden, überzeugten Vertreter. Wer dessen zweite Abhandlung über die Regierung liest, der staunt über die Weite des Blicks und die Eindringlichkeit der Betrachtung. Für Locke war die absolutistische Monarchie unverträglich mit der staatlichen Gesellschaft und eine Form der Herrschaft, die keinerlei Daseinsberechtigung besitze. Ein Staat entstehe, wenn sich eine Anzahl von Menschen zu einer Gemeinschaft vereinigt und zu deren Gunsten auf die exekutive Gewalt verzichtet, die jeder Einzelne im Naturzustande besessen hat. Der Zweck der Verbindung liege in der Erhaltung des Eigentums — das Wort im weitesten Sinn genommen — und zu dessen Schutze werde die Legislative gewählt. Die bürgerliche Freiheit dulde kein Walten der Willkür, aber sie sei wohlvereinbar mit der Herrschaft einer gesetzlichen Autorität. Ohne Gesetz kennt Locke keine Freiheit. Den Mißbrauch der Gewalt, die Tyrannei weist er entschieden zurück, und er gibt dem Volke

das Recht, zur Rettung des Konstitutionalismus selbst zur Gewalt zu greifen.

In Montesquieu hat die konstitutionelle Monarchie ihren berühmtesten Verfechter. Sein umfangreiches Werk über den „Geist der Gesetze" wirkte einst wie eine Offenbarung, wie ein Trompetenstoß, der zum Kampfe für heilige Güter mahnte. Allein die zündende Kraft des folgenreichen elften Buches, das die englische Verfassung — allerdings mangelhaft — schildert, wird nur dann erklärlich, wenn wir uns aus unserer Zeit in einen längst überwundenen Geschichtsabschnitt zurückversetzen. Daran kann man am besten ermessen, welche Fortschritte im Denken und in den Einrichtungen seit dem Erscheinen des Werkes zu verzeichnen sind. Konnte doch Montesquieu die Entdeckung machen, daß es eine Nation in der Welt gebe, deren Verfassung unmittelbar auf die politische Freiheit abzielt. Er stellte England als Vorbild hin, allerdings nicht ohne darauf hinzuweisen, daß das schöne System in den Wäldern Germaniens erfunden wurde. D'Alembert bezeichnete Montesquieu als einen „Wohltäter der Menschheit durch seine Schriften". In Wahrheit wurde er erst zum Segenspender durch die Wirkung, die von seinen Büchern ausging.

Den Liberalismus alten Schlages erhob keiner so sehr wie Wilhelm von Humboldt zum tragenden Prinzip. Er dachte den Gedanken bis ans Ende und scheute nicht vor der letzten Folgerung zurück. Das Ergebnis war eine scharfe Absage an die Allgewalt des Staates. Die geschäftliche, alles umfassende Fürsorge der Regierung erklärte Humboldt, der aus den Tagen des aufgeklärten Absolutismus kam, als „den ärgsten und drückendsten Despotismus". Etwas später stellte er die Forderung auf, daß der Staat seine Tätigkeit auf die „Erhaltung der Sicherheit sowohl gegen auswärtige Feinde" wie auf die Vermeidung „innerlicher Zwistigkeiten" beschränke. Lediglich zu diesem Zwecke dürfe er die Freiheit einschnüren. Sonst möge er es den Bürgern überlassen, ihr eigenes Glück zu begründen. Geistvoll entwickelte auch Constant die Weltanschauung des alten Liberalismus. „Ich habe vierzig Jahre lang" — legte der Mann dar, der nach Börnes Ausspruch einen deutschen Kopf und ein französisches Herz hatte — „dasselbe Prinzip verteidigt: Freiheit in allem, in der Religion,

in der Philosophie, in der Literatur, in der Industrie, in der Politik. Unter Freiheit verstehe ich den Sieg der Individualität sowohl über die Autorität, die durch den Despotismus regieren möchte, als über die Massen, die die Minderheit zum Sklaven der Mehrheit machen wollten". Constant meinte einmal kurz und bündig, ihn wählen bedeute die unbedingte Annahme des Grundsatzes der individuellen Freiheit.

Dem republikanischen Radikalismus gab ein Talent und ein Charakter zugleich, gab Milton, der Gesinnungsgenosse Cromwells, die wissenschaftliche Begründung. So kühn trat der Dichter und Denker auf, daß einzelne seiner Forderungen noch heute der Erfüllung harren. Was Wunder, wenn die Zeitverhältnisse dem Hochstrebenden schließlich bittere Enttäuschung verursachten. Für den Radikalen, der, unbekümmert um die Schwächen seiner Umwelt, seinen Glauben zum Weltpflichtgesetz erhebt, gibt es fast ausnahmslos nur zweierlei: einst hoffend oder entmutigt zu sterben. Die Verwirklichung seiner Träume erleben, hieße für ihn Außergewöhnliches erreichen. Milton stand so hoch, daß er, vor die Wahl gestellt, sein Augenlicht zu verlieren oder auf die Abfassung einer Verteidigungsschrift zu Gunsten des beleidigten englischen Volkes zu verzichten, sein persönliches Schicksal dem allgemeinen Besten unterordnete. Er schrieb seine stolze Streitschrift gegen Salmasius und — erblindete . . . .

* * *

Für die Demokratie sind nicht nur Ströme von Blut, sondern auch von Tinte geflossen. Man formulierte die Wünsche, begründete die Ansprüche und widerlegte die Gegengründe; man malte in rosigen Farben den Sieg aus und betrachtete verzückt oder gelassen, zustimmend oder ablehnend die Verhältnisse der Volksherrschaft, wo sie anzutreffen waren. Die Bibliographie all dieser Arbeiten des Geistes, der Kritik und der Kampfesansage würde selbst bereits zu einem ansehnlichen Buche werden. Wer aber auf das Ganze losgeht und nach einer widerstandsfähigen, der Zeit trotzenden Theorie der Demokratie Umschau hält, der begegnet immer wieder Rousseau, dem erlebnisreichen Genfer. Man hat seine Schriften und vor allem den „Gesellschaftsvertrag" als demokratische Bibel bezeichnet und sich an dem frischen Gedankenquell erlabt. Allein

das laute Lob darf nicht beirren; die Begeisterung soll nicht davor abschrecken, selbst nüchtern zu einem Urteile vorzudringen. Ist Rousseau wirklich der Waffenschmied der Volksherrschaft im Reiche des Geistes, weist er uns und unserem Jahrhundert die Richtung und das Ziel?

Wir gehen vom Großstaat aus und unser staatsrechtliches Denken muß ihm gewidmet sein. Rousseau ist jedoch Zeit seines Lebens der Bewunderer des engen Kantons gewesen, Genfer auch in Frankreich geblieben. Für den Großstaat seiner Zeit — und wir rechnen heute mit ganz anderen Maßen — hatte er nichts übrig, ja er war von der Überzeugung durchdrungen, daß die umfangreichen Staatsgebilde dem Untergange geweiht seien. In seinem „Emile" gab er der Anschauung Ausdruck, daß die großen Monarchien nicht mehr von langer Dauer sein können; in seinen Betrachtungen über die Regierung von Polen betonte er, daß es in den weiten Gebieten niemals die gute Verwaltung der kleinen Republiken geben könne. Darum wurde den Polen der Rat erteilt, die Grenzen ihres Staates zu verengen, soferne sie ihr Regierungssystem segensvoll zu verändern gedächten. Als völlige Abkehr vom Großstaate muß der „Gesellschaftsvertrag" aufgefaßt werden. Genf wurde mit seinen Einrichtungen als leuchtendes Vorbild hingestellt. Rousseau bezeichnete es als Übel, mehrere Städte zu einem einzigen Gemeinwesen zu verknüpfen, denn die Vereinigung bringe notwendigerweise Mißstände mit sich. Seine warme Liebe gehörte der Volksgemeinde, der Bevölkerung, die unmittelbar die Staatsgeschäfte versorgt. Von der repräsentativen Demokratie wollte er ganz und gar nichts wissen. Den Gedanken der Stellvertretung lehnte Rousseau als Erzeugnis der unbilligen und sinnlosen Feudalzeit ab, in der der Name Mensch geschändet wurde. Sobald ein Volk Vertreter ernenne, das heißt Abgeordnete erwähle, sei es nicht mehr frei, existiere es überhaupt nicht mehr. Ja, so lesen wir im „Gesellschaftsvertrage", der Staatsdienst müsse die Hauptbeschäftigung der Bürger sein und bleiben, sonst sei der Staat verloren

Das höchste Wohl aller sah Rousseau in der Freiheit und Gleichheit begründet. Allein er lehrte ausdrücklich, daß sich die Demokratie — so wie er sie verstand — im allgemeinen nur für kleine Staaten eigne, während für mittlere die aristo-

kratische und für größere die monarchistische Regierungsform geeignet sei. Melancholisch meinte er, daß es eine wahre Demokratie, das Wort in seinem ganzen Umfange und in seiner ganzen Bedeutung genommen, noch nie gegeben habe und auch nie geben werde. Freilich, ein Volk von Göttern würde sich sicher demokratisch regieren. Aber für gewöhnliche Menschen passe das Vollkommene nicht.

Es ist sonderbar, Rousseau predigte die Demokratie und bezweifelte sie fast in einem. Er sehnte sich mit Innigkeit nach der reinen Volksherrschaft und stieß sich an die Hemmungen der realen Welt. Vor ihm lag das Gute und Schöne greifbar nahe, doch es bedurfte übermenschlicher Kräfte, um es zu erfassen. Wer als Bürger eines Großstaates Rousseau über das beste Staatsrecht befragt, der vernimmt wenig Tröstliches, kaum etwas Ermunterndes. Der gefeierte Verkünder der Demokratie offenbart sich dem, der die Demokratie mit der Seele sucht, als Pessimist. Dem Verfasser des „Gesellschaftsvertrages" war übrigens der Schmerz beschieden, bei der Obrigkeit seiner geliebten Vaterstadt Widerstand zu erwecken. Wurde doch das Buch nebst dem „Emile" verbrannt und gegen Rousseau selbst ein Haftbefehl erlassen. „Meine Schrift greift alle Regierungen an" — klagte Rousseau — „und ist von keiner verboten. Sie verteidigt eine einzige, sie stellt sie als Vorbild für die andern dar. Und diese einzige läßt das Buch verbrennen. Ist es nicht sonderbar, daß die angegriffenen Regierungen schweigen und die gerühmte Regierung wütet?" So mußte denn der verfolgte Genfer unter Friedrichs des Großen Fittichen Schutz suchen. „Geben wir dem Unglücklichen ein Asyl", schrieb der König. Allerdings fügte er hinzu, daß Rousseau „ein eigentümlicher Knabe, ein zynischer Philosoph" sei.

Die bahnbrechenden französischen Denker hatten ihr Werk vollbracht, der ausgestreute Samen ging auf. Im Jahre 1762 war Rousseaus „Gesellschaftsvertrag" erschienen. Anfang Juli 1776 erklärten die nordamerikanischen Kolonien ihre Unabhängigkeit von England, indem sie weithin hallend betonten, „daß alle Menschen von Geburt gleich und von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, daß zu diesen Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit gehören und daß zur Sicherung dieser Rechte Regierungen eingesetzt sind, die ihre Befugnisse von der Zu-

stimmung der Regierten ableiten". So wurde denn der Absolutismus von zwei Seiten auf das schwerste bedroht: die Theorie versetzte ihm einen vernichtenden Schlag und die Praxis erschütterte seine Herrschaft. Voltaire, Montesquieu und Rousseau machten ihre Zeitgenossen sehend und lehrten sie die Schlüsse aus den geänderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen ziehen. Die dumpfe Unzufriedenheit wurde dann zur umformenden Kraft, als Amerika das Beispiel der Befreiung gegeben hatte. Im Jahre 1789 hörte auch Frankreich die Erklärung der ewigen unveräußerlichen Menschenrechte.

* * *

Der pessimistische Zug, den Rousseaus staatsrechtliche Lehren aufweisen, hat nicht abgeschreckt. Weil der große Genfer zu viel wollte, hielt er zu wenig für erreichbar, weil er den Menschen zu weite Ziele steckte, verzweifelte er daran, daß sich sein Himmelreich auf Erden jemals würde aufrichten lassen. Die stärkende Überzeugung, daß die richtig verstandene Demokratie keine Utopie sei, daß sie nicht erst in einer fernen Zukunft verwirklicht werden könne, sondern unter bestimmten Voraussetzungen schon in der Gegenwart zu erblühen vermöge, hat aber viele Denkende und Strebende dauernd durchdrungen. Ansehnliche Teile des Bürgertums sind dem Glauben an die bürgerliche Demokratie treu geblieben.

Und dies, trotzdem auch aus der sozialdemokratischen Wissenschaft Keime des Pessimismus aufstiegen. Sollte doch die Stunde des Glückes für die Menschen erst dann schlagen, wenn der Kampf der Klassen überwunden wäre, wenn die Spaltung in Besitzende und Besitzlose weggefallen sein würde. Was immer vorher geschähe, es müßte Flickwerk bleiben. Hochstrebendes Wollen würde sich in kleinlichem Handeln verzetteln. Nicht von der Gegenwart, von der Zukunft wäre alles zu erwarten. Mit grandioser Plastik hat Marx am Schlusse des ersten Bandes seines Hauptwerkes die Entwicklung geschildert, der die bürgerliche Welt nach ehernem Gesetze unterworfen sei. Die Fortschritte der Konzentration des Kapitalismus beflügeln sich. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten wächst die Masse des Elends, des

Druckes der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden geschulten und organisierten Arbeiterklasse. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Diese wird gesprengt; die Expropriateure werden expropriiert. Von der Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse dürfe man erwarten, daß sie sich nicht so langwierig, hart und schwer vollziehen werde, wie die Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren.

Allein die Demokratie des Zukunftsstaates, die, fest verankert in der Gleichheit der Arbeitspflicht, zur vollen bleibenden Entfaltung gelangen müßte, könnte nicht an einem Tage erstehen. Was Marx nur flüchtig berührt hatte, suchte Kautsky in seinen Abhandlungen über die soziale Revolution ausführlicher darzustellen. Er deutete an, wie sich die Verhältnisse gestalten würden, wenn das Proletariat erst alle Macht an sich gerissen hätte und zur politischen Herrschaft gelangt wäre. Nur allmählich vermöchte der Umschwung die aus der Zeit des Privateigentums stammende Wirtschaftsordnung zu erfassen; nicht an ein rasches Absterben, sondern bloß an ein langsames Verblühen könnte gedacht werden. Hinge also die echte und lückenlose Demokratie tatsächlich mit der unverfälschten kollektivistischen Produktionsweise zusammen, dann würde ihre vollendetste Auswirkung eben noch auf sich warten lassen. Auch Anton Menger, der gelehrte Österreicher, der die Einführung des volkstümlichen Arbeitsstaates mit dem Siegeszuge der christlichen Kirche im altrömischen Imperium verglich, faßte die Verzögerung „des vollständigen Triumphes des Sozialismus um Jahrhunderte“ ins Auge. Ebenso wandte er sich gegen die sprunghafte Umgestaltung der gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen, gegen das Mittel der Revolution. Der volkstümliche Arbeitsstaat mache eine völlige Umbildung des gesamten Tuns und Lassens aller Staatsgenossen notwendig. Sie setze also eine sittliche Wiedergeburt der Menschen voraus, die jedenfalls nur das Ergebnis einer langwährenden Volkserziehung sein könne . . . . So fällt Tropfen auf Tropfen in den Freudenbecher. Geduld, Geduld! Lerne warten und nicht verzagen, hoffen, glauben und dich dennoch bescheiden!

2.

Ziel und Wesen der Demokratie.

Mit Jahrzehnten, mit Jahrhunderten zu rechnen ist dem nicht gegeben, der nach fühlbarer Wirkung strebt. Mag sein, daß die vollkommene Demokratie, die restlos alle Ideale berücksichtigt und keinen Raum für weitergreifende Wünsche läßt, ebenso ferne gerückt sei, wie der vollendete Mensch, der die Höchstleistung seiner Gattung darstellt, wie eine soziale Einrichtung, in der sich die erhabenste Gerechtigkeit mit der scharfsinnigsten Zweckmäßigkeit paart. Soll darum die Gegenwart verkümmern und die nächste Zukunft leer und freudenlos bleiben? Gilt es nicht vielmehr, einen befriedigenden Ausgleich zwischen dem Möglichen und dem Notwendigen zu suchen und für jene wahre Volksherrschaft zu arbeiten, die heute schon durchführbar ist? Aus der Zeit mit ihrer Eigenart all das herauszuholen, was an Gutem und Nützlichem in ihrem Schoße ruht, macht die Aufgabe der Staatskunst aus. Die grundlegenden Theoretiker versagen ihre Unterstützung, sobald die Umrisse der möglichen, der erreichbaren Demokratie gezogen und der Inhalt bestimmt werden soll. Man muß sich deshalb selbsttätig zurechtfinden. Aber wo ein ernster Wille drängt, da findet sich auch ein Weg.

Die Wurzeln und die Triebkräfte der zeitgemäßen Volksherrschaft untersuchen, heißt nach den Grundlagen der besten Verfassung Ausschau halten. Dieses Bestreben ist wahrscheinlich fast so alt wie die Vereinigung der Menschen zur Staatsgesellschaft selbst. Aristoteles meinte, daß Hippodamus der erste Privatmann gewesen sei, der seinen vorwärtsstrebenden Beobachtungen Ausdruck verliehen hatte. Allerdings wird man zwischen den allgemeinen Erwägungen und besonderen Nutzanwendungen genau unterscheiden müssen. Wer die Gedanken fruchtbar machen will, der muß sich eben an Zeit und Raum halten und diesen Zwingkräften zur Einschränkung unterwerfen. Nicht alles eignet sich für alle Orte und für alle Umstände. Es gilt, das Richtige zur geeigneten Stunde an passender Stelle und am entsprechenden Platze zur Anwendung zu bringen. Schon Aristoteles erklärte, daß es nicht genüge, den Blick auf die beste Verfassung zu lenken, sondern daß man darauf bedacht sein solle, das Mögliche zu berücksich-

tigen, ebenso wie die leichte Einführbarkeit. Auch Montesquieu kam in seinen Betrachtungen über die Größe der Römer und deren Verfall zu dem Schlusse, man müsse gute und passende Gesetze auseinanderhalten. Desgleichen gab Rousseau den Rat, nicht damit zu beginnen, treffliche Gesetze zu erlassen, sondern vorher zu prüfen, ob das Volk, dem sie dienen sollen, fähig sei, sie zu ertragen.

Freilich darf man sich dabei nicht sklavisch an das Vorhandene anlehnen. Jeglicher Aufstieg würde behindert sein, wenn das Streben wegfiele, von Stufe zu Stufe freudig emporzuklimmen. Wahrnehmbare Mängel gewähren nicht das Recht, bei ihnen träge zu beharren, sondern legen die Pflicht auf, alles zu ihrer Überwindung zu unternehmen. Es wäre schlimm, wenn es heißen könnte: „Ihr laßt die Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr sie der Pein". Wahrhaftig, diese Schuld würde sich auf Erden rächen.

* * *

Die Theoretiker des Staatsrechtes gingen in der Vergangenheit bei ihren Untersuchungen meistens von Vorstellungen oder Begriffen aus. Das Gegenwärtige, das Tatsächliche, das lebendig Wirkende war für sie in der Regel nicht das Hauptsächliche. Abstrakten Gedankengängen hingegeben, konnten sie bloß selten zu konkreten, unmittelbar verwendbaren Vorschlägen kommen. Als Locke den Gesetzentwurf für Karolina ausarbeitete, griff er daneben. Rousseau verstand es gleichfalls nicht, die Schritte der Polen zu lenken.

Uns berührt es heute seltsam, wenn wir sehen, wie Locke sich mit Scharfsinn und Fleiß, aber auch mit einiger Verlegenheit gegen den Einwand zur Wehre setzte, daß die Geschichte kein Beispiel für die Begründung eines Staates durch einen Vertrag biete. Wir brauchen nicht mehr die Gelehrsamkeit, die an Gott oder an die Vernunft anknüpft, die aus den höchsten Höhen die Gewißheit holt, daß ein bestimmter Zustand wünschenswert und begründet sei. Noch sind zwar die Vorurteile eine Macht, und die Vorrechte und Vorteile spiegeln sich in den Empfindungen der Menschen. Immerhin steht man heute dem Vorhandenen, dem Gegenwärtigen freier und größer gegenüber, und es genügt, auf das, was ist, hinzuweisen, um das, was sein soll, zu kennzeichnen. Das Rechtsbewußtsein,

die Moral, das soziale Kräftespiel, der wirtschaftliche Aufbau, das pulsierende Leben: aus all dem und aus der Tendenz zum unaufhaltbaren Wandel werden die triftigsten und zwingendsten Beweggründe abgeleitet. Mochte man sich einst im Streite erhitzen, ob „Adams private Herrschaft und seine väterliche Rechtshoheit" die Quelle aller Gewalten seien oder nicht, uns läßt die Frage völlig gleichgültig. Nicht dem Ursprünglichen, sondern dem Werdenden ist die Aufmerksamkeit zugekehrt.

Im modernen Großstaate wird die Volksherrschaft am Platze sein, wenn sie der Regsamkeit der Bürger entspricht, wenn sie sich aus den geistigen und wirtschaftlichen Kräften emporringt, wenn sie der Entwicklungshöhe angepaßt erscheint und damit für die Gemeinschaft nicht bloß zu einem sittlichen Gebote, sondern auch zu einem Erfordernisse der Zweckmäßigkeit wird. Prüfen wir die Faktoren, die zur Demokratie drängen! Für Aristoteles kam der Staat zuerst; er war früher da als die Familie und jeder Einzelne, wie der Philosoph schrieb. Und das sollte heißen, daß die Gemeinschaft vorangehe und alles Andere nachziehe, da sie das Primäre sei. Aber ist es der Staat, der die Bürger macht, oder sind es die Bürger, die dem Staate den Lebensatem einflößen, die die kalte Hülle mit warmem Inhalte ausfüllen? Die antike Auffassung zeichnete sich durch eine Größe aus, die den Bürgern die Hingabe leicht und den Dienst für den Staat fast zum Gottesdienste werden ließ. Doch uns lächelt nicht die Sonne Griechenlands und das Dasein rollt sich in der Gegenwart nach anderen Gesetzen und in anderen Bahnen ab als im alten Athen und Sparta. Das zwanzigste Jahrhundert sieht in dem Bürger nicht das Werkzeug für den Staat, sondern im Staate die Sicherstellung des Gemeinschaftslebens. Aufrecht bleibt allerdings die Zwecksetzung, die Aristoteles vorgenommen hat. Ein glückliches und würdiges Dasein zu bereiten, das ist die hohe Sendung des politischen Verbandes.

Aber weshalb soll gerade der aufsteigenden Demokratie ein Heim gegeben sein? Man blicke um sich und zurück in die Vergangenheit! Keiner Zeitperiode war etwas Ähnliches eigen, wie die von einem ganz neuartigen Rhytmus belebte, aufgelockerte, vom Instinkte immer mehr zum Willen durchdringende Masse mit ihren eigenartigen Betätigungsmöglich-

keiten und Notwendigkeiten. Eisen, Stahl, Steinkohle, Dampf, Elektrizität; der Schnellzug, der die Gebirge durchrast, das Riesenschiff, das den Ozean sicher und rasch durchkreuzt, die Luftfahrzeuge, die sich im Äther hoch emporschwingen, das Telephon, das die menschliche Stimme über Länder hinträgt, der Telegraph, der die Gedanken mit Blitzeseile über die Welt verbreitet: wer vermöchte die Wunder aufzuzählen, die das neue Menschentum — leider nicht auch eine gesteigerte seelenvolle Menschlichkeit — begründet haben? Was sich einst als vegetierendes, vielköpfiges, kaum bewegliches, fast keiner Veränderung unterworfenes Ungeheuer zeigte: das Volk der Hintersassen, die Menge der Untertanen, das ist in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts zu etwas völlig Anderem geworden. Dieses Anderswerden aber hat die Demokratie nach sich gezogen und dann vorausgerückt, so wie der Schatten zuerst hinter einer Erscheinung herläuft und ihr zu einer anderen Stunde vorauseilt.

Die allgemeine Volkserziehung konnte nicht ohne Folgen bleiben; auf den Schulbänken mußte nicht bloß menschlich, sondern auch staatsbürgerlich ein neues Geschlecht heranwachsen. Das Mittelalter wäre nicht das Mittelalter gewesen, würde die Fähigkeit zu lesen und zu schreiben nicht eine Kunst der Wenigen geblieben sein. Die Feudalmacht ruhte auf der Volksunbildung. Aus der Volksbildung aber ergibt sich die Volksherrschaft. Oder man denke an den gewaltigen Umschwung in der Wehrverfassung. Mit wie kleinen Ziffern wurden früher weltgeschichtliche Entscheidungen herbeigeführt — die oft aufgebauschten Zahlen sind von der Forschung richtiggestellt worden. Wie völlig neuartig wirkt dagegen das moderne Volksheer, in dem alle ohne Unterschied für die gleiche Sache mit gleicher Hingebung kämpfen sollen. Montesquieu wies in dem Kapitel, das den Verfall der römischen Republik behandelt, auf den Umstand hin, daß früher nur solche Leute zu Kriegern wurden, die genug besaßen, um an der Erhaltung der Stadt ein Interesse zu haben. Als diese Übung aufhörte, nahm der Niedergang der Republik seinen Anfang. Das Volksheer, das heute aufmarschiert, will siegen, muß Erfolge erringen, wenn es seiner Aufgabe gewachsen sein soll. Die Stärke hängt jedoch auch davon ab, wie weit der einzelne Soldat für sich selbst in die Schanze tritt, indem er für den Staat sein

Leben aufs Spiel setzt. Gewiß: auf das Kriegsglück wirken noch andere Umstände bestimmend ein. Wer aber genauer forscht, der wird zur Überzeugung gelangen, daß nicht bloß blinde Kräfte walten, sondern daß alles zusammen, was den Sieg bewerkstelligt, irgendwie in der Blüte des Landes seine Erklärung findet. Den höchsten politischen Aufschwung bedeutet nun die Volksherrschaft, die, ihres Zweckes eingedenk, alle hebt, alle frei tätig vereint und mitbestimmend bewußt verantwortlich macht. Der König rief und alle, alle kamen! Ist es überraschend, daß Arndts Lied „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte, drum gab er Säbel, Schwert und Spieß dem Mann in seine Rechte, drum gab er ihm den kühnen Mut, den Zorn der freien Rede, daß er bestände bis aufs Blut, bis in den Tod die Fehde“ eben zu einer Zeit entstand, in der das allgemeine Aufgebot zum ersten Male verheißungsvoll in das Schicksal Deutschlands eingriff?

Keine Pflicht ohne Recht! Der Staat braucht Geld, und er nimmt es von jedem, nicht im gleichen Maße zwar, aber von allen ausnahmslos. Der Arme, der wenig gibt, spürt dieses Wenige nicht geringer als der Reiche den Beitrag, den er tief aus der Tasche holt. Wer zahlt, will mitreden und mitentscheiden; die Last des Zehnten und der Robot, der an Rechten nichts gegenüberstand, würde heute niemand mehr tragen. Und dann! Ist das Mitberaten und Mittun nicht ein Wesenszug unserer Zeit, erfaßt es nicht den Menschen in seinen verschiedensten Funktionen und Zusammengehörigkeiten: in der religiösen Gemeinde, in der Innung, im Fachverband, in der Fachkammer und in der Gewerkschaft? Die staatsbürgerliche Betätigung bildet zwar keinen Beruf, doch eine Berufung, nicht ein Geschäft, doch eine inhaltsvolle, bedeutsame Beschäftigung.

Gewiß, gegen das Bürgerrecht für jeden sind wenige. Nur das gleiche Recht wird von den Nutznießern der Vergangenheit, von den durch ihre Sonderinteressen rückgewandten oder der Zeitströmung entrückten Gegenwartsmenschen befehdet. Kein Blatt gleicht dem andern, nicht zwei Personen werden vollkommen übereinstimmen. Da soll die Politik alle gleich werten und die Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, die entscheidende Voraussetzung für das Staatsgetriebe sein? Offenbart sich hier nicht ein krasser Widerspruch?

Mit nichten! Man darf nicht wörtlich nehmen, was sachlich gemeint ist. Der Strahl des Rechtes fällt auf jeden Boden anders, beeinflußt ihn verschieden. Das allgemeine gleiche Stimmrecht und die demokratische Durchwirkung des Gemeinschaftslebens bedingt keineswegs, daß die soziale Struktur der Gesellschaft den Blicken entschwinde und ihre Bedeutung für das Geschehen verliere. Man beobachte nur einmal, welche verschiedenen Ergebnisse die gleiche Wahlberechtigung aller zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern zur Folge hat. Im französischen Konvent saß bloß ein Arbeiter, und dieser kam in keiner Weise zur Geltung. Im deutschen Reichstage haben die Oberschichten und das mittlere Bürgertum stets die Herrschaft innegehabt, obwohl Bismarck noch Lassalles sprühende Reden im Ohre hatte, als er das Volksstimmrecht für den Norddeutschen Bund vorschlug. Allerdings ist die soziale Umschichtung im Deutschen Reiche jahrzehntelang vor sich gegangen, ohne die Wahlkreiseinteilung zu berühren. Doch eine mechanische, restlose Gleichheit wird sich nie erzielen lassen, weil die Idee, sobald sie den Boden der Tatsachen berührt, immer Trübungen unterliegt. Trotz der Unterschiedslosigkeit kann sehr wohl eine gewisse Verschiedenheit des inneren Wertes, der verliehenen Rechte — freilich in bescheidenen Grenzen — obwalten. Übrigens überlege man, welche konservative Wirkung von dem Referendum in der Schweiz ausgeht. Sie hat Kautsky bestimmt, die Schattenseiten in seinem Büchlein über den „Parlamentarismus und die Demokratie“ darzulegen. Dort erinnert er auch an die seltsame Tatsache, daß die Girondisten Ludwig XVI. durch die direkte Volksabstimmung retten wollten. Sie waren überzeugt, daß die Masse sich für den sonst verlorenen König aussprechen würde. Die Bergpartei wußte das Referendum jedoch zu hintertreiben.

Fassen wir nun den Staat ins Auge! Überblickt man den Lauf der Geschichte, von der griechischen Stadtgemeinschaft zu den modernen Riesenreichen, dann übermannt einen eine fast feierliche Bewunderung. Was hat sich doch alles begeben! Lykurg und Solon gaben Gesetze; Alexander wurde Mazedonien zu klein und er zog unstet einher, um eine Welt zu erobern. Das sieghafte Rom erlebte Cäsars Aufstieg und sah das Blut des Großen verrinnen, Karl I. begründete sein macht-

volles Imperium, Karl V. richtete die Weltherrschaft auf. Napoleons Glück und Ende verwandelte das politische Antlitz Europas. England dehnte seine Macht über alle Erdteile aus. Die Splitter des deutschen Volkes überwanden die Schwäche der Kleinstaaterei und gestalteten in herrlicher Arbeitsfreudigkeit und Tüchtigkeit das gebietende Deutsche Reich aus. Rußlands Riesenleib schwoll an und wurde zerstückelt — die Flut der Geschichte wälzte sich befruchtend und zerstörend durch die Jahrhunderte. Wie sich die Grenzen der Staaten umgestalteten, so verschob sich auch ihr inneres Gefüge, die Grundlage ihres politischen Daseins. Bald waren die Fürsten und mit ihnen ihre Länder ohnmächtig und die Großen der Reiche übergroß, bald hieß es: „Der Staat bin ich" und man mußte sich einem Willen unterordnen. Dann regten sich wieder die Volksmassen, um mit hallenden Schritten aus der Rechtlosigkeit zur Rechtsgeltung aufzusteigen. Zuerst leuchteten die Ideen auf, ihnen folgten die Taten; zuerst verschoben sich die Kräfte, dann wandelte sich der fühlbare und sichtbare Ausdruck ihres Spiels. Bei all dem ist die Staatsgewalt — als relative und nicht als absolute Macht aufgefaßt — gewachsen, der Konstitutionalismus hat den Arm nicht gelähmt, sondern gestärkt. Wieviel an Herrschaftshoheit, an Befugnissen, an schicksalsbildendem Einfluß schließt doch das kurze Wort Staat ein! Wer Widerstand leistet, wird zermalmt, wer sich gegen die Gesetze und Gebote auflehnt, zu Boden geworfen.

Außerordentlich reichhaltig und vielfältig ist die Wirksamkeit der Staaten geworden. Die Gemeinschaft wird auf Schritt und Tritt bemerkbar und berührt irgendwie alle Funktionen des bürgerlichen Lebens. Man ist frei, doch diese Freiheit ist neuartig wie die Wirksamkeit des Staates selbst, denn sie hat ihre Begrenzungen, die nicht als störend, sondern als natürlich empfunden werden. Einst gähnte zwischen der Obrigkeit und den Untertanen eine weite Kluft. Während der eine in Hoheit thronte, ferne gerückt, fast unnahbar, siechte der andere bedrückt und kümmerlich hin, dem Treiben seines Herrn überlassen. Anders ist das heute. Die engste Fühlung besteht; Staat und Bürgerschaft sind verwachsen, aufeinander in jeder Minute angewiesen, immer in Wechselbeziehungen. Sie wären verloren, wenn die alte Scheidung wieder eintreten würde. Montesquieu erzählte, daß es in Neapel fünfzig-

tausend Menschen gab, die sich nur mit Kraut nährten und deren ganzes Besitztum in einem zerschlissenen Leinenkittel bestand. Dennoch begannen diese Leute, die Ärmsten auf Gottes Erdboden, zu zittern, wenn der Vesuv zu rauchen anfing und der Stadt Unheil drohte. „Die Toren fürchten unglücklich zu werden“, meinte der geistreiche Schriftsteller. Es schien ihm unfaßbar, daß Menschen, die nichts zu verlieren hatten, durch Bande des Gefühls mit der Umwelt verknüpft waren. Der moderne Staat sieht sich aus den verschiedensten Gesichtspunkten dazu gezwungen, seine Beziehungen zu den Bürgern so zu gestalten, daß er den Massen niemals zu einer gleichgültigen Einrichtung werde. Das Interesse an der Selbsterhaltung veranlaßt ihn, sein Haus immer besser zu bestellen und den Insassen immer wohnlicher auszugestalten. Gibt es aber eine dauerhaftere Bürgschaft für den ungestörten Bestand als die Verschmelzung des staatlichen Daseins mit dem bürgerlichen Dasein, als die beschwingende und erhaltende Einheit der Volksherrschaft?

„War der unreife Staat ein Vormund für einzelne Zweige der Volkstätigkeit“ — führte Treitschke vor fast sechs Jahrzehnten aus — „so umfaßt die Fürsorge des hochgebildeten Staates das gesamte Volksleben, aber er wirkt, soweit möglich, nur anspornend, belehrend, Hindernisse wegräumend. Diese Forderungen also muß ein reifes Volk zur Sicherung seiner persönlichen Freiheit an den Staat stellen: als ein Rechtsgrundsatz ist das fruchtbarste Ergebnis der metaphysischen Freiheitskämpfe des vergangenen Jahrhunderts anzuerkennen, die Wahrheit: der Bürger soll vom Staate nie bloß als Mittel benutzt werden. Sodann: jede Wirksamkeit der Regierung ist segensreich, die die Selbständigkeit der Bürger hervorruft, fördert, läutert; jede von Übel, die die Selbständigkeit der Einzelnen unterdrückt. Denn am Ende beruht die ganze Würde des Staates auf dem persönlichen Werte seiner Bürger, und jener Staat ist der sittlichste, der die Kräfte der Bürger zu den meisten gemeinnützigen Werken vereinigt und dennoch einen Jeden, unberührt vom Zwange des Staates und der öffentlichen Meinung, aufrecht und selbständig seiner persönlichen Ausbildung nachgehen läßt.“

* * *

Worin äußern sich die hervorstechendsten Merkmale der Demokratie?

Betrachten wir zuerst den Absolutismus. Ein Einzelner sitzt einsam auf seinem Throne, der Kopf eines Menschen soll für die Gesamtheit denken, eine Hand das Schicksal aller leiten, ein irrendes Menschenherz mit allen fühlen. Der Herr gebietet und neben seinen Befehlen gilt nichts. Er erhöht und vernichtet, wählt seine Ratgeber, lenkt und beaufsichtigt die Staatsmaschinerie, jenseits seiner Wünsche walten — scheinbar allerdings nur — keine Einflüsse. Von dem Absolutismus kann Schrecken ausstrahlen, furchtbarer Druck ausgehen. Die Hand, die regiert, vermag zur zermalmenden Faust zu werden. Auf Jammer, auf Elend baut sich dann ein Reich auf. Das Licht der Freiheit und der Segen der Mannhaftigkeit wird nicht gekannt; das Beste kommt gar nicht zum Vorscheine, weil es nicht geweckt wird. Der absolutistische Herr kann freilich auch von hohen Absichten geleitet, von einem edlen Verantwortungsgefühle durchdrungen sein; das allgemeine Wohl zu fördern, mag ihm zum sehnlichsten Verlangen werden. Mit scharfen Augen blickt er in das Land, stets bestrebt, Kräfte zu entfesseln und Regsamkeit zu begründen. Als wahrer Freund der Menschen, als ihr Schätzer und Diener wird der aufgeklärte Absolutist dennoch nie helle Freude verbreiten und den Untertanen das ersetzen, was er in ihnen an Eigenpersönlichkeit unterdrückt. Kein Zweifel, in entschwundenen Zeitabschnitten war der obrigkeitliche Wohlfahrtsstaat ein Segen gegenüber den Erscheinungen in der zurückgebliebenen Umgebung, und viel Nützliches, ja Bedeutungsvolles konnte von ihm ins Leben gerufen werden. Aber die menschliche Natur hat ihre Mängel, selbst wenn sie mit verschwenderischer Fülle ausgestattet ist. Die absolutistischen Fürsten, die der Aufklärung huldigten, wollten mehr, als ihnen zu erreichen vergönnt war. Indem sie Glück zu bringen suchten, blieben sie selbst glücklos, machten sie nicht glücklich. Friedrich der Große starb verbittert, menschenfern, einsam. Josef II. mußte es ertragen, daß er mit seinen edlen Plänen Schiffbruch erlitt.

Über die Herrschaft der Aristokratie ist wenig zu sagen. Sie wurde unserem Zeitgeiste so fremd, wie die Folter und das Mittelalter, dem nur träumende Romantiker Tränen nachweinen. Die Macht und das Interesse einer engen Klasse

hob die Aristokratie empor und diese blieb sich ihres Ursprunges immer bewußt. Das Volk war stets Mittel zum Zwecke und wurde nie selbst zum hohen Zwecke. Im Staate verdorrte alles, indes einzelne Felder doppelte und dreifache Früchte trugen. Nie war eine Regierungsgewalt drückender und härter als dann, wenn sich der Republikanismus mit dem Aristokratismus vereinigte.

Im weiten Rahmen des Konstitutionalismus sind die mannigfaltigsten Erscheinungsformen möglich. Je nach dem Verhältnisse, in dem die verschiedenen Gewalten zu einander stehen, zeigt auch die Machtwirkung ein anderes Bild. Man kann so viele Systeme unterscheiden, als sich Beziehungseigenarten feststellen lassen. Das Antlitz und das Wesen des Staates wird dadurch bestimmt, welcher Einfluß von der Spitze und von der breiten Grundlage der Gesellschaftspyramide ausgeht, wie die Regierung sich zum Volke verhält, welche Geltung dem Parlamente innewohnt, wie die Stellung des Einzelnen und der Gesamtheit der Bürger geartet erscheint und welche Kräfte die Verwaltung bewegen. Es wäre ein mühevolles Beginnen, die feinen Unterschiede aufzuzeigen und zu prüfen, welche Mischung besser ist Wir können uns die zergliedernde Untersuchung ersparen, wenn wir uns gleich der Staatsform zuwenden, die uns als bevorzugens- und erstrebenswert dünkt: der Volksherrschaft.

Tocqueville schrieb einmal: „Der wahre Nutzen der Demokratie ist nicht, wie man gesagt hat, daß sie die Glückseligkeit Aller begünstigt, sondern nur, daß sie dem Wohlsein der größten Zahl dient“. Er kam zu dieser Erkenntnis, als er die Einrichtungen in Nordamerika studierte. Offensichtlich bestimmten ihn aber nicht nur die Zustände in den Vereinigten Staaten; der Franzose stand vielmehr im Banne der englischen Nützlichkeitsphilosophie. Es wäre schlimm, wenn sich die Überlegenheit der Volksherrschaft nicht auch mit anderen Gründen beweisen ließe. Die Eigenart der Demokratie drückt sich zunächst in der Tatsache aus, daß nicht einzelne Kreise oder Schichten der Staatsgesellschaft herangezogen, sondern daß alle ohne Unterschied zur Mittätigkeit aufgerufen werden und daß der Gesamtwille zum obersten Gesetzgeber und zur alle umfassenden Triebkraft erwählt wird. Die Sonderwünsche und Sonderheiten der Stände, die Klassengegensätze, die

selbstsüchtigen Anwandlungen irgendwelcher Gruppen treten zurück, räumen dem den Vorzug ein, was die Allgemeinheit bewegt und was ihr frommt. Damit soll nicht behauptet sein, daß hinter der glanzvollen Einheitsoberfläche der Demokratie nicht Spaltungen und Widerstände, nicht auseinanderstrebende Bemühungen bemerkbar wären. Sie drücken sich im wirtschaftlichen Leben, im geistigen Ringen, im religiösen Empfinden und da, wo mehrere Nationen zusammengedrängt sind, auch im anders gearteten nationalen Wollen aus.

Tief versenkt in die Menschenbrust ist ferner das Gefühl für soziale Unterschiede, das sich bloß im Laufe einer langen Entwicklung und unter günstigen Umständen überwinden läßt. Stellen wir uns einmal vor, der Adel wäre mit seinen Sonderrechten abgeschafft, was im Jahre 1789 und 1848 erklärt wurde, hätte Geltung behalten. Würde es nicht auch dann noch genug Unterschiede geben? Begegnet man der sozialen Differenziertheit nicht auch da, wo die Aristokratie keine bodenständige Erscheinung bildet? Doch das Wunder der Demokratie — jenes Wunder, das einfach zu erklären ist — besteht eben darin, daß sie über das Trennende siegt und das Gemeinschaftliche im richtigen Augenblicke stets zum rechten Ausdrucke bringt. Warum sollte der Einheitsstaat nicht imstande sein, die Volksmasse in den großen Augenblicken und großen Fragen zur Willenseinheit hinzureißen und die Minderheit zu bewegen, sich den Mehrheitsbeschlüssen mitschaffend anzuschließen? Wenn der Klassengegensatz einen unverschließbaren Spalt zur Folge hätte, wenn die sozialen Unterschiede es mit sich brächten, daß die Gruppen einander dauernd feindlich gegenüberstehen müßten, dann wäre die geordnete Staatsarbeit schließlich überhaupt in Frage gestellt. Fällt vom Baume Zweig auf Zweig, bleiben dem Stamme die zuströmenden Säfte versagt, so wird nach einiger Zeit nur ein vermodernder Holzstumpf an die Pracht und starke Lebensfülle von früher erinnern. Die Demokratie ist die umfassendste Konzentration der Kräfte; jede andere Regierungsform krankt an empfindlichen Ausschließungen und Absonderungen.

Durch die Volksherrschaft wird der Freiheit der größte Spielraum geboten. Freiheit, das ist zunächst nur ein Wort, ein Begriff. Wie jeder Denkende seinen eigenen Gott im Herzen trägt, so lebt jeder Aufrechte seinem eigenen Freiheitsideal.

Auf welchem Altare zündet die Demokratie die Opferflamme an? Es ist einleuchtend, daß man unter der möglichen Freiheit nicht einen Zustand verstehen kann, in dem der Einzelne lediglich seinen Trieben folgt und keine Zügelung erduldet. Demokratie darf niemals mit Anarchie verwechselt werden. Wir brauchen uns darüber nicht den Kopf zu zerbrechen, wie der Mensch im Naturzustande geartet war. Alle Philosophen, die den Staat auf einen Vertrag gründeten, gaben zu, daß der Vertragsabschluß unvermeidlich mit der Preisgabe von Rechten verbunden sein müßte. Als unschätzbarer Gewinn stellte sich aber, wie Rousseau darlegte, die „bürgerliche Freiheit“ ein, jene begrenzte Freiheit, die zugleich die weiteste Freiheit ist, die sich verwirklichen läßt. Nur um sie kann es sich handeln und sie wird dort vergebens gesucht, wo die Volksherrschaft fehlt.

Ähnlich verhält es sich mit der Gleichheit. Wo ist ihr Anfang, wo ihr Ende? Soll sie den Besitz, das Wissen, das Können umfassen und alles zum öden Einerlei herabdrücken? Die bürgerliche Demokratie denkt an die politische Gleichheit, die jedem Einzelnen ohne Rücksicht auf Geschlecht, Stamm, Glauben, auf Abkunft und Zugehörigkeit alle Wege erschließt und nichts anderes prüfend in die Wagschale wirft, als die Fähigkeit und Tüchtigkeit. Das moderne Recht forscht nicht nach dem Stammbaume; die Justitia sühnt und ordnet nach dem besten Wissen und Gewissen und ohne Ansehen der Person. Dort, wo die bürgerliche Gleichheit wirklich im demokratischen Geiste zur Anwendung gelangt, mildert sie, schwächt sie alles, was an Mannigfaltigkeit im Besitze, in der sozialen Einschätzung vorhanden ist. Und sie gestattet jedem, als Staatsbürger er selbst zu sein, mit stolzem bürgerlichen Sinne ganz auf sich gestellt in die Schranken zu treten. Die Unterstützung der politischen Gleichheit durch die wirtschaftliche Gleichheit wäre allerdings ein erheblicher Fortschritt, in gewissem Sinne die Krönung der Gleichheit. Allein man kann nicht die Sterne vom Himmel holen. Für die eine Betätigungsart ist die Zeit schon reif, für die andere noch nicht. Mag sein, daß der wirtschaftlichen Gleichheit einmal der große Augenblick naht, in dem sich die Utopie in eine Realität umwandelt. Mag sein! Doch gewaltsam läßt sich die Wirtschaftsordnung nicht nach links umstellen, so lange ihre Elemente anders geartet sind.

Selbst zur Zeit der französischen Revolution, als die Entwicklung von der Freiheit zur Gleichheit vorgeschritten war, nahm man davon Abstand, das Privateigentum zu beseitigen und dem Ideale die Sphäre des Besitzes gewaltsam zu erschließen. Ja, die Jakobiner scheuten sich nicht, jeden mit der Todesstrafe zu bedrohen, der im Konvent mit einem „Landgesetz“ hervortreten und damit die gleiche Verteilung von Grund und Boden anregen würde. Mehr als ein Jahrhundert später wurde zwar in Rußland der Versuch gemacht, die bürgerliche und die wirtschaftliche Gleichheit mit einem kühnen Rucke dem Agrarlande aufzudrängen. Der Bolschewikismus hat jedoch die Demokratie nicht geadelt, sondern entheiligt und das Unheil des Zarismus im neuen Geiste fortgesetzt und vervielfältigt.

Das Dasein des Staates ist auf Ordnung gegründet. Aus ihr erfließen nicht nur Rechte; es erwachsen auch Pflichten. Die Ordnung bedingt eine gewisse Einordnung. „Damit der Gesellschaftsvertrag keine leere Form sei“ — führte Rousseau aus — „enthält er stillschweigend eine Satzung, die allein Kraft gewährt, das Recht nämlich, daß jeder, der dem allgemeinen Willen den Gehorsam verweigert, von der Gesamtheit zur Folgeleistung gezwungen werden kann; das hat keine andere Bedeutung, als daß man ihn zwingen werde, frei zu sein“. Ein Zwang zur Freiheit, wie sonderbar! Und doch, man kommt darüber nicht hinweg. Allein etwas anderes stellt die Ordnung und die Unterordnung dar, die vom Volke gefordert wird, das niemanden bedrücken, zurücksetzen, schädigen will und etwas anderes die Verpflichtung zur Einfügung, der eine über dem Einzelnen und der Gesamtheit waltende Macht das Maß und die Richtung vorschreibt. Was man selbst frei, aus reiflicher Erwägung heraus und mit der Absicht auf das Beste unternimmt, das kann nicht als Unterjochung empfunden werden. Das weise handelnde Volk kennt in seiner Mitte kein Zwing-Uri.

Soll das System der Gemeinschaften, der Gegenseitigkeiten und Abhängigkeiten zur Demokratie werden, dann müssen gewisse Grundsätze wirksam sein. Mit ihrer Beobachtung steht und fällt die Volksherrschaft. Als Lamartine im Jahre 1848 den Bürgern zurief, daß jeder Franzose Wähler, also Selbstherrscher sei, da sagte er zu viel. Das all-

gemeine gleiche Stimmrecht ist noch lange nicht die Demokratie, sondern nur eine ihrer Voraussetzungen, ebensowenig wie die Kunst des Lesens oder Schreibens Wissenschaft oder die Arznei bereits Heilung ist. Doch ohne ein demokratisches Stimmrecht gibt es keine Demokratie; diese aber tritt nicht nur am Wahltage in die Erscheinung.

Es muß sich vielmehr erstens der Zweck der Gemeinschaft mit dem allgemeinen Besten decken. Tocqueville behauptete mit Recht, daß es den Völkern heilsam sei, wenn die Regierenden Tugenden oder Talente besitzen. Aber noch wichtiger erscheine die Gewißheit, daß die Regierenden keine der Masse der Regierten widrigen Interessen haben, sonst könnten die Tugenden fast unnütz und die Talente sogar unheilvoll werden. Durch keinerlei Künstelei, Machteinschiebung oder -Ausschaltung darf es dahin kommen, daß der volkstümliche Herrschaftsapparat gegen das Volk spielt und infolgedessen gegen den Staat waltet. Was der Gesamtheit nicht dient, ihre ideellen, materiellen und sittlichen Zwecke nicht fördert, ist von Übel. Einrichtungen und Persönlichkeiten, die innerhalb der Demokratie exklusive oder selbstsüchtige Ziele verfolgen, sind Fremdkörper. Sie müssen entweder ausgeschieden werden oder sie sprengen einmal den feinen Mechanismus.

Der Einzelne muß zweitens bei dem geringsten notwendigen Maß von Einschränkung das höchste mögliche Maß von bürgerlichen Rechten genießen. Die Untertanen werden regiert und reglementiert; der Bürger will in der Demokratie Regierender sein. Darunter ist nicht allein der richtig zugemessene Einfluß auf die Bildung des Gesamtwillens zu verstehen, sondern auch die Heranziehung zur Selbstverwaltung. Dem Beamtenadel ist das bürgerliche Beamtentum gefolgt; der Bürger-Beamte, der mitberatet und mithandelt, der Auftragsempfänger und Auftragserteiler zugleich sein kann, erscheint auf der nächsthöheren Stufe. Daneben werden freilich noch genug Bedienstete des Staates tätig bleiben, aber ihre Stellung im Gesamtorganismus und dem Einzelnen gegenüber muß immerhin unter der Herrschaft der Demokratie einen anderen Charakter erhalten.

Drittens darf die Staatsautorität der Volksautorität nicht feindlich oder gegensätzlich gegenüberstehen, die

Obrigkeitsregierung nicht als etwas Fremdartiges selbstbewußt walten und die demokratischen Einrichtungen zu schwächen oder zu verwässern suchen. Das Volk muß das stärkende und mit Selbstvertrauen erfüllende Empfinden haben, daß sein Geist, sein Wille die bescheidensten wie die machtvollsten Organe leitet. Ohne Autorität läßt sich die demokratische Gemeinschaft allerdings nicht vorstellen. Die verschiedenen Beschlüsse müssen ausgeführt, die Gesetze zur Anwendung gebracht werden. Der vielräderige Apparat braucht jemanden, der ihn in Gang hält. Doch vor der Obrigkeit der durchgebildeten Demokratie wird niemand erblassen, aber die Bürger werden erhobenen Hauptes ihren Pflichten nachkommen. Auch bei einer anderen Verfassungseinrichtung kann die Regierung von dem ernsten Bestreben geleitet sein, dem Volke nahe zu stehen und nicht auf Kothurnen einherzuschreiten. Es wird jedoch nicht gelingen, weil stets ein Abstand vorhanden bleibt, der sich aus dem Unterschiede zwischen der Amts- und der Pflichtenwelt allein nicht erklären läßt.

Endlich muß viertens der Mehrheitswille in der wohlgestalteten Demokratie so zur Anwendung gelangen, daß er auf die Minderheit, die ja ein Teil vom Ganzen, Fleisch vom Fleische der Mehrheit ist, schonende Rücksicht nimmt. Diese zarte und verständige Bedachtnahme wird bereits bei den Wahlen zur Anwendung gelangen, bei der Gesetzgebung, in der Verwaltung und bei der Art der Regierung zur Geltung kommen. Das Gebot des Vaters oder der Mutter wirkt anders als sonst irgend ein Befehl, denn das Kind vertraut sich den Eltern an und erwartet von ihnen nichts als Liebe und Güte. Vater und Mutter aber werden, soferne sie vernünftig sind, nicht selbstherrlich zu meistern suchen, sondern sich klug der Eigenart des Sohnes oder der Tochter anpassen. Die Familie bildet eben ein Ganzes, das vom Bewußtsein der Zusammengehörigkeit getragen wird. Ähnlich muß das öffentliche Leben in der Demokratie geartet sein.

Die Maschinerie der Volksherrschaft läßt sich sehr wohl in das Gehäuse des monarchistischen Verfassungsstaates hineinbauen. Für Aristoteles war die Demokratie da zu finden, „wo die Menge der Souverän ist". Locke unterschied zwischen der Monarchie, der Oligarchie und der Demokratie. Die Ergründer des Staatsrechtes haben die Volksherrschaft und das

Königtum zu einander lange Zeit in Gegensatz gestellt. Aber die Monarchien sind in ihrer inneren Ausgestaltung mit den Jahrhunderten fortgeschritten und sie vertragen sich heute mit der Volksherrschaft. Der Landesfürst braucht deshalb keineswegs zu einem Schattengebilde herabzusinken, um Schleppträger einer neuen Majestät, der Massen, zu werden. Im Gegenteile! Wie ohnmächtig waren absolutistische Kaiser und Könige, vor denen so viele erzitterten. Das Amt des obersten Herrschers, des Vertreters der Herrschaft, ist ungeheuer schwierig und wehe, wenn es an den rechten Beratern mangelt. Am 12. Februar 1834 schrieb Karl Friedrich Freiherr von Kübeck, der einflußreiche österreichische Staatsmann, in sein Tagebuch: „Geburtsfest des Kaisers. 66 Jahre. Ein edler, ehrwürdiger Greis. Sein Wille ist gut; er bringt sich zum Opfer. Ach, wie ist ein absolutistischer Regent zu beklagen! Vom Ehrgeize, der Habsucht, der List und dem Irrtume umlagert, kann er bei der höchsten Intelligenz und dem reinsten Willen nicht richtig sehen". Gibt es nun für den, der des Volkes oberster Leiter sein soll, einen besseren Ratgeber als das Volk selbst, das heißt jene Männer, die bei der politischen Auslese Sprosse für Sprosse in die Höhe gekommen sind? Da kein Fürst dauernd gegen die Masse regieren kann, da er mit ihr auskommen muß, wenn schwere Erschütterungen erspart bleiben sollen, so tut er am besten, sich mit ihr von vornherein ins Einvernehmen zu setzen. Die Demokratie begünstigt das gegenseitige Verstehen. Sie nimmt dem Herrscher die rauhe Gewalt und gibt ihm dafür eine inhaltsvolle, beglückende Macht und Aufgabe.

* * *

Unter der Volksherrschaft darf man sich nicht allein eine bestimmte Form vorstellen, sondern man muß sich auch stets gegenwärtig halten, daß es in gleichem Maße auf den Inhalt ankommt. Gesetze sind tote Buchstaben oder blühendes Leben, je nachdem, was mit ihnen angefangen wird. Die Demokratie tritt erst in die Erscheinung, wenn sie sich des Bewußtseins der Bürger bemächtigt, in das Denken und Fühlen der Einzelnen bestimmend übergeht. Soll die Volksherrschaft das werden, was sie wirklich sein kann, dann darf es nicht bei einigen Verrichtungen, etwa bei Wahlen, sein Bewenden haben. In die Demokratie gehören Demokraten, Menschen, die nicht

nur bürgerlicher Rechte teilhaftig sind, sondern die freudig an den bürgerlichen Pflichten tragen. „Nicht durch Befreiungsverkündungen allein gelangt ein Volk zur Freiheit", sagte einst Rotteck. „Fähig und würdig der Freiheit wird es bloß durch eigene Geisteserhebung und Tugend; ohne Heilighaltung des Gesetzes, ohne Achtung für das Recht ist Freiheit nicht denkbar. Ohne freie Gesinnung bleibt sie ein leerer Schall. Die Konstitution selbst wird zum Zerrbilde, wenn der Geist fehlt, der ihre Bedeutung auffaßt und der Freimut, der sie verteidigt."

Man kann die Behauptung wagen, daß der volle Erfolg der Demokratie vom Vorhandensein dreier Eigentümlichkeiten wesentlich abhängt, daß die Volksherrschaft an Wert, an Reinheit und an Folgerichtigkeit zu- oder abnimmt, je nachdem, ob diese Voraussetzungen sich verstärken oder vermindern.

Es ist erstens eine gewisse Reife der Geistigkeit notwendig. Die Mitbestimmung des Staatsbürgers darf mit dem Wahlakte nicht ihr Ende nehmen. Der Einzelne muß mit den öffentlichen Ereignissen weiter verwachsen bleiben, sich um die Vorgänge im Staate kümmern und das Schicksal der Gesamtheit wie ein persönliches Geschick empfinden. Die Überwachung, die von den gesetzgebenden Körperschaften besorgt wird, soll ihre Ergänzung in der Wachsamkeit aller finden. Das Vertretungswesen hat die alte Volksgemeinde verdrängt. Geistig muß sie jedoch forttagen. Es wäre sicherlich von Übel, wollte man den Abgeordneten zu einer Figur erniedrigen, die auf dem Schachbrette der Politik von der Hand des Wählers geführt wird. Der ausübende Politiker soll über seinen Wählern stehen. Allein die Fühlung zwischen den Auftraggebern und Beauftragten darf nicht schwinden und ein Abschwenken des Volksvertreters von der Bahn, die er sich vorgezeichnet hat, muß vermieden werden. Im Großen, Entscheidenden natürlich nur. Deshalb wird in einzelnen Demokratien sogar das Abberufungsrecht in Betracht gezogen; es hat die Aufgabe, den Volksvertreter daran zu hindern, Volksverräter zu werden. Auch die Selbstverwaltung stellt hohe Anforderungen. Sie bildet zwar eine praktische Schule, die niemand ohne Nutzen besucht, aber der Erfolg hängt von der Vorbildung ab. Dem Volke wohnt ein Hang am Hergebrachten inne; das erkannte schon Locke. Es ist konservativ,

was sich in der Regel zeigt, wenn die Masse zu einem Referendum oder zu einer Initiative aufgerufen wird. Andererseits erklärte Rousseau, daß das Volk sich zwar nicht bestechen, wohl aber hinters Licht führen lasse. Diese blinde Abhängigkeit der Geführten von Führern muß dort verschwinden, wo die Demokratie vollwertig sein soll. Der Einzelne wird selbstverständlich immer in seinem Wissen begrenzt sein; sogar der Gelehrte fühlt sich nur im engen Bezirke einer bestimmten Wissenschaft zu Hause. Doch ein gesunder Sinn, ein natürliches Verständnis, ein Gefühl für das Zweckmäßige muß obwalten.

Zweitens erscheint uns das Vorhandensein eines erhöhten Persönlichkeitswertes notwendig. Es ist ganz falsch, anzunehmen, daß die Demokratie alles zu einem Brei vermischen müsse, daß sie die Selbständigkeit und Eigenart ertöte. Wo eine Herde ist, da kann auf den Hirten nicht verzichtet werden. Die scharfsinnigsten, geistvollsten demokratischen Gesetze würden zwecklos werden, wenn sie auf ein dumpfes Untertanentum stießen. Wäre der Einzelne von der Masse losgerissen hilflos; er könnte nimmer seinen Bürgerpflichten genügen. Der Persönlichkeitswert im politischen Sinne ist allerdings nicht mit jenem geistigen Individualismus zu verwechseln, der der Schrullenhaftigkeit verfällt und bloß im Verneinen seine Gedankenpurzelbäume schlagen kann. In der Demokratie sollen die Menschen regsam und zielbewußt sein, bei aller Schlichtheit und Empfänglichkeit für das Einfache und natürlich Schöne.

Drittens müssen wir ein bestimmtes Maß von Organisierbarkeit als gegeben annehmen. Staatsbürger sein heißt sich dem Ganzen einfügen, heißt auch, sich in der Mehrheit oder Minderheit, in der einen oder anderen Partei zurechtfinden. Allzugroße Zersplitterung würde die Kräfte lähmen und Verwirrung stiften, die Ordnung beeinträchtigen und damit das politische Wohlbefinden stören. Nur dann, wenn die Masse sich in festgebildete Organisationen gliedert, kann sie die Anschläge abwehren, die der Volksherrschaft etwa beschieden sind. Nicht zuletzt dies: ohne die Organisierbarkeit könnte keineswegs jene Selbstzucht der Mehrheit und jene Hingabe der Minderheit erreicht werden, die nun einmal für das Gedeihen der Demokratie notwendig erscheinen.

* * *

Das Wesen der Volksherrschaft ist etwas Fließendes, Entwicklungsfähiges. Es entfaltet sich mit den Verhältnissen und offenbart in der allmählichen Ausgestaltung seine Anpassungsfähigkeit und seinen Reichtum an Möglichkeiten. Das Haus ist niemals fertig; zur Schlußsteinlegung kommt es nicht, weil die Arbeit nimmer ganz aussetzt. Aber was tut es, wenn die Räume anheimelnd und zweckmäßig sind und Zufriedenheit umschließen? Die Demokratie verinnerlicht und steigert sich mit den Verhältnissen, zu deren Ausdruck sie wird. Wir haben früher betrachtet, an welche Vorbedingungen sie geknüpft ist. Es versteht sich von selbst, daß die schwerwiegenden Voraussetzungen nicht gegeben sein können, wo das Volk zu wenig gilt oder wo seine Schulung zur staatsbürgerlichen Betätigung fehlt. Darin liegt jedoch kein Hindernis für die zwecksichere Inangriffnahme des lohnenden Werkes der Begründung. Nur darf man nicht mit einem weiten Sprunge an das Ziel gelangen wollen und wähnen, daß einer Schöpferlaune Vollendetes gelingen mag. Die Volksherrschaft ist nicht bloß Wirkung, sondern auch Ziel, wohlgemerkt: beides zusammen. Mit anderen Worten: Indem man den Grundstein legt, muß man den Willen zur Vollendung, die Ausdauer und die Erkenntnis der Schwierigkeiten in sich tragen und dann weiterarbeiten, arbeiten, arbeiten! Gewaltsame Umstürze haben sich fast nie als geeignet erwiesen, dauernde Volksherrschaften aufzurichten. Bei den nordamerikanischen Kolonien, die sich vom Mutterlande politisch loslösten, lagen die Verhältnisse ganz eigenartig. Man muß sich also auf die allmähliche Entwicklung beschränken; Evolution und nicht Revolution!

So stellt sich denn die Volksherrschaft als Problem der Anpassung und Erziehung dar. Mit der Gesetzgebung ist nicht genug geschehen, es bedarf der Bildungsarbeit. Nicht bloß die Staatsform muß im Feuer der Zeit umgeschmiedet, sondern auch die Art der Menschen umgewandelt werden. Dies hängt davon ab, welches Tempo die allgemeine Kultur, Wirtschafts- und Sozialordnung in ihrem Fortgange einschlägt. Der Zusammenhang der Politik mit der Erziehung, des bürgerlichen Lebens mit dem inneren Menschenwert wurde schon früh erfaßt. „Lykurg begriff wohl, daß es nicht damit getan sei, Gesetze für die Mitbürger zu schaffen“ — bemerkte Schiller — „er mußte auch Bürger für die Gesetze erschaffen. In den Ge-

mütern der Spartaner mußte er seiner Verfassung die Ewigkeit sichern, in diesen Gemütern mußte er die Empfänglichkeit für fremde Eindrücke ertöten. Der wichtigste Teil seiner Gesetzgebung war daher die Erziehung" — Menschenbildung nicht im schulmeisterlichen Sinne, sondern im tiefsten und weitesten Verstande begriffen.

Der Weg zur Demokratie kann nicht betreten oder gemieden werden, je nach Gutdünken oder Lust. Drängen die Umstände dahin, dann gibt es nur die Wahl: entweder dem Notwendigen zu gehorchen oder in Verkennung oder Verblendung die harte Strafe des Schicksals zu erdulden.

3.

Demokratische Wirklichkeit.

Drei Großstaaten rühmen sich demokratischer Verfassungen: Großbritannien, Frankreich und die nordamerikanische Union. Selbstgefällig verweisen sie auf ihre Einrichtungen, blicken sie auf alles herab, was ein anderes Gepräge zeigt. Handelt es sich um mustergültige Verfassungen und Lebensäußerungen, um Vorbilder, denen man bedenkenlos nachstreben könnte, wenn sich Staatseinrichtungen wie junge Bäume verpflanzen ließen? Was die drei Demokratien der Welt an Anregungen, an anspornenden Taten, an gelungenen Schöpfungen geboten haben, läßt sich aus der Geschichte des menschlichen Strebens nicht wegdenken. Es wäre kleinlich, wollte man die Verdienste heute in Abrede stellen, weil die Gegenwart die großen Kulturreiche in zwei feindliche Lager gespalten und in einen atemlosen, opfervollen, blutigen Kampf verwickelt hat. Traurig genug, daß unsere Zeit so verdüstert ist. Der Nebel des Hasses, der Geringschätzung soll sich nicht auch auf das Bild der Vergangenheit senken.

Wir wollen die Vorzüge keineswegs lästern und Strahlendes durchaus nicht schwärzen. Für den, der in der wahren Volksherrschaft sein Ideal erblickt, wird es in Frankreich, England und in den Vereinigten Staaten viel zu lernen und manches Bewundernswerte geben. Bei der Betrachtung darf man jedoch nicht der Mängel vergessen, nicht die Gebrechen außeracht lassen. Sie sprechen gewiß nicht gegen die Demokratie an sich, sondern dienen bloß zur Warnung, indem sie

zu Schutzmaßregeln gegen fressende Übel ermahnen. Nur soll man nicht allzusehr bei den Mißklängen verweilen und darüber der Harmonien vergessen. Das aber hat nach unserem Empfinden Wilhelm Hasbach getan, dessen gewichtiges Werk „Die moderne Demokratie“ leider zu sehr eine Beschreibung ihrer Entartungen geworden ist, so viel wertvolles Material es im übrigen für die richtige Erkenntnis beisteuert.

Es läßt sich nicht leugnen, daß in den drei Staaten seit langem die verschiedensten Stimmen kritisierend, anklagend, bisweilen verdammend erklungen sind. Doch wo in aller Welt gibt es neben Lobpreisern und Zufriedenen nicht Bemängler und triftige Ursachen für die Ausstellungen? Wer sich nur auf die Tadler beruft und sich frohlockend auf ihre Zeugenschaft stützt, der gibt im besten Falle bloß einen Splitter der Wahrheit, wenn es sich überhaupt um Richtiges handelt. Dennoch kann es nur nützlich sein, die verschiedenen Einwände, die gegen die Vortrefflichkeit der britischen, französischen und nordamerikanischen Demokratie erhoben wurden, zusammenzufassen und in das Gedächtnis zu rufen. Das soll den Zweck haben, die Haltlosigkeit des Unfehlbarkeitsdünkels darzutun und zu beweisen, daß denen, die sich schon am Ziele glauben, noch lange und schwierige Wanderungen bevorstehen. Die Demokratie hat das gerechte Urteil nicht zu fürchten. Überall, wo sie geltend wird, breitet sich ein Strom des Lichts und der Freiheit, der bürgerlichen Selbstsicherheit und Würde aus. Daß die Unvollkommenheit neben sich herbe Mißstände duldet — wen wundert dies? Wer ein Land ohne Schatten kennt, der nenne es!

* * *

Zuerst sei ein kurzer Ausflug in die Vergangenheit, in das Frankreich der Revolutionszeit, unternommen. Man hat die Nacht vom 4. August 1789 gepriesen und ihr eine Weihe verliehen, die dem Verdienste nicht entspricht. Es war sicherlich für die Nationalversammlung ein denkwürdiger Augenblick, als die Abschaffung der Feudalrechte und der verschiedenen Privilegien unter Begeisterungsausbrüchen verlangt wurde. Allein schon am 5. August, als die Beschlüsse formuliert werden sollten, kam der Rückschlag. Es wurde festgesetzt, daß die Zehnten vorerst fortzuzahlen wären. Desgleichen blieben alle

Lasten bis auf die persönlichen Dienstbarkeiten bestehen. Immerhin war es ein Ereignis von unbeschreiblicher Wucht, daß in dem Staate, in dem Ludwigs XIV. Allmacht wurzelte, im Jahre 1789 die Menschenrechte verkündet und konstitutionelle Einrichtungen geschaffen wurden. Bis zur Volksherrschaft brauchte es jedoch noch eine Weile. Erst bei den Wahlen zum Konvent fiel der Steuerzensus weg, doch blieb die indirekte Stimmenabgabe und die Ausschließung der Bedienten aufrecht.

Im Jahre 1793 — nach der Hinrichtung Ludwigs XVI. — kam eine neue Verfassung zustande. Die Erklärung der Menschenrechte schwoll auf den doppelten Umfang an. In ihr hieß es: „Wenn die Regierung die Rechte des Volkes verletzt, so ist der Aufstand für das Volk und für jeden Teil des Volkes das heiligste Recht und die unumgänglichste Pflicht". Das Verfassungsreferendum und die Verfassungsinitiative wurden beibehalten. Jedem mehr als einundzwanzig Jahre alten Bürger war nun das Stimmrecht eingeräumt.

Doch was bedeuteten die Schöpfungen, die auf dem Papiere blieben? Die Verfassung vom Juni 1793 wurde bereits im Oktober außer Kraft gesetzt, und die revolutionäre Regierung entfaltete ihre grausame Tätigkeit. „Der Grundsatz der demokratischen Herrschaft" — sagte Robespierre — „ist die Tugend und ihr Mittel, während sie ins Werk gesetzt wird, der Schrecken". Dieser aber stützte und verankerte die Demokratie nicht, sondern verschlang sie mit den Männern, die einst davon träumten, ihre Begründer zu werden. Der denkwürdige Versuch war mißglückt. Napoleon schloß die Revolution, indem er selbstherrlich das Kaiserreich, seine auf das Ich gestellte Herrschaft aufrichtete. Ganz ließen sich die Spuren der tiefgreifenden Umwälzung allerdings nicht verwischen; der Geist von 1789 lebte immerhin fort.

* * *

Nun wieder zurück zu den Verhältnissen, die sind. Großbritannien ist das Land der Selbstverwaltung. Von ihr erhält die Demokratie ihr bestimmtes Gepräge, durch sie wird sie in alle Sphären des bürgerlichen Lebens getragen. Liest man heute die Bill of rights aus dem Jahre 1689, erinnert man sich des Habeas corpus acts vom Jahre 1679, dann wird einem klar, aus welchen Quellen das Selbstgefühl

der Engländer fließt. Hinter dem festen Schutzwalle tiefgreifender Rechte konnte sich im Laufe der Jahrhunderte ein Bürgertum entwickeln, das sich seiner Würde bewußt, seiner Freiheit im allgemeinen gewiß, der Staatsgewalt nicht unterwarf, sondern sich ihr immer mehr zu bemächtigen suchte. Die schmeichelhafte Erkenntnis, den andern voraus zu sein, schuf den Glauben an eine unwandelbare Überlegenheit und beeinflußte die Wertung der späteren politischen Fortschritte der übrigen.

Legt man aber an Großbritannien den üblichen Maßstab an, dann findet man in seiner Demokratie mancherlei Lücken. Als der Weltkrieg ausbrach, gab es für das Haus der Gemeinen noch immer kein allgemeines gleiches Stimmrecht; viele Bürger blieben also „außerhalb der Schanzen der Verfassung", um eine alte Wendung anzuführen. Die Frauen kamen als Wählerinnen nicht in Betracht — in der Selbstverwaltung hatten sie allerdings eine bessere Stellung — und ihr Kampf um die Gleichberechtigung nahm vielleicht nur deshalb so groteske Formen an, weil die Widerstände sich als zähe erwiesen. Das Oberhaus bewahrte lange seine Macht, obgleich diese seit dem Jahre 1832 schwere Stöße erlitt. Im Sommer 1911 wurde der Einfluß der Peers allerdings auf das suspensive Veto beschränkt. Als ein Mangel muß auch die Tatsache gelten, daß die Politik von der Masse wenig intensiv betrieben wird und daß die Vielen in ihrer politischen Bildung nicht selten recht erheblich zurückstehen. Das parlamentarische Regierungssystem hat außerordentliche Vorzüge, und es gibt der Volksherrschaft erst den vollen Inhalt. Allein die Verhältnisse haben gelehrt, daß alle Gewalt in Großbritannien manches Mal bei wenigen Ministern ruht — nicht einmal beim ganzen Kabinett, und daß diese selbstherrlich vorgehen, die Mehrheit im Parlamente rücksichtslos ihrem Willen unterordnen können. Da für die Wahl eines Abgeordneten bereits die verhältnismäßige Stimmenmehrheit genügte, da nur ein Teil der Wähler an der Urne erschien und da bloß ein Teil der Nation überhaupt stimmberechtigt war, konnte es leicht geschehen, daß die Parlamentsmehrheit ziffernmäßig eine Minderheit der Bevölkerung darstellte.

Auch in der Lokalverwaltung galt nicht das gleiche Mitbestimmungsrecht Aller. In den Archiven der Guildhall

in London wird ein Pergamentstreifen aufbewahrt. Er enthält die dunkle Erklärung Wilhelms I. des Eroberers, daß die Bürger „der Gesetze so wert als in König Eduards Tagen“ gehalten werden sollen. Trotz dieser alten Überlieferung ließ die völlige Demokratisierung der Lokalverwaltung auf sich warten. Großbritannien ist ein Industrieland. Nach der Überwindung unvergleichlicher Schwierigkeiten schufen sich die Arbeiter in ihren Gewerkschaften Bollwerke der Macht. Die staatliche Sozialpolitik erhob sich aber erst im Jahre 1908 zur Sicherung von Alterspensionen, um nachher unter Lloyd Georges Antrieb weitere Maßnahmen zu treffen. In England fehlt das freie Bauerntum so ziemlich, denn die Latifundien mit der Pächterbewirtschaftung herrschen vor. Daraus ergeben sich für die Demokratie mancherlei Gefahren, und es ist bemerkenswert, daß ihre Eindämmung trotzdem und alledem gelingt. Freilich, die Volksherrschaft der Briten ist etwas sehr Exklusives, denn sie unterscheidet schon im engsten Bereiche zwischen Bürgern erster und zweiter Klasse. Irland ist keine Kolonie. Die geographische Lage der grünen Insel hätte zudem eine großherzige Behandlung überaus begünstigt. Dennoch blieb die Geschichte dieses Landes bis zur Gegenwart — trotz einzelner kluger Maßnahmen — eine Folgenreihe der schwersten Heimsuchungen, Bedrückungen und Zurücksetzungen. Der krasse Herrengeist entspricht wahrhaftig nicht dem milden Denken und Handeln der echten Demokratie.

* * *

Nur einige Worte über Frankreich. Man könnte die Republik als Demokratie des Wählers bezeichnen. Das Bürgerrecht gipfelt in dem Rechte der Stimmenabgabe; die Freiheit des Franzosen ist die Freiheit des Wählers. Allerdings: das Staatsoberhaupt dankt seinen Rang den Massen nur mittelbar. Das Volk wird nicht aufgerufen, wenn es einen Präsidenten zu wählen gilt, sondern die Kammer und der Senat treten zu einer Nationalversammlung zusammen. Dem Wesen der Demokratie widerstrebt auch die straffe Zentralisierung der Verwaltung. Paris ist geistig und politisch alles. Von den Ministerien geht die motorische Kraft aus. Nicht aus der Bevölkerung heraus, sondern von der Obrigkeit herab wird regiert. Dabei ergab sich allmählich eine vielbe-

klagte Überlegenheit des Bankkapitales und damit eine bedauerliche Korrumpierung des öffentlichen Lebens. Zeitungen und Abgeordnete standen nicht selten im Banne der Geldmächte, der großen Finanz- und Industrieunternehmungen. Den Händen der Masse entglitten die Zügel immer mehr und mehr. Der Abgeordnete, der Senator, übte allerdings einen bedeutenden Einfluß, aber dieser wurde nicht ausschließlich von republikanisch-demokratischen Idealen bestimmt, sondern vielfach von entgegengesetzten Trieben geleitet. Die Verwaltung war ihrer Zweckbestimmung oft entrückt, denn die vom Volke erwählten Vertreter setzten sich für jene Auftraggeber ein, die sie erst nach den Wahlen gewonnen hatten. Daneben blühte aber auch der Bezirksegoismus, die Wählerpolitik im Kleinen, die so viel Großes erstickt oder verhindert. Zieht man die englische Lokalverwaltung in Betracht, dann muß man die Selbstverwaltung der Franzosen als verkümmert und arg zurückgeblieben bezeichnen. Die soziale Fürsorge des Staates setzte gleichfalls sehr spät ein. Erst im Jahre 1910 wurde mit der zwangsweisen Altersversicherung begonnen. Bis dahin kannte man überhaupt keinen Versicherungszwang, doch waren zum Beispiel die Arbeitgeber für die Unfälle ihrer Arbeitnehmer vermögensrechtlich verantwortlich.

Von den Theoretikern wurde schon zur Zeit des zweiten Kaiserreiches die Notwendigkeit erkannt, daß die politische Demokratie in der sozialen Demokratie ihre Ausweitung finden müsse. Vacherot und Barni setzten die Arbeit Montesquieus und Rousseaus fort. Seither kam die Entwicklung den Denkern zu Hilfe. Höher stehende Vertreter des Bürgertums sahen ein, daß die Gleichheit der Stimmen und daß allgemeine politische Rechte nicht genügen. Hermann Fernau, ein glühender Bewunderer der französischen Demokratie, charakterisierte die neue Tendenz unter Anlehnung an Leon Bourgeois mit den Worten: „Idee der sozialen Solidarität aller Menschen, Ausgleichung der durch den Besitz geschaffenen Vorrechte“.

* * *

Die Demokratie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika lockt nun jeden, der die weitreichende Freiheit liebt und der Persönlichkeit möglichst wenig Schranken gesetzt

wissen will. Da, wo drückende Überlieferungen fehlten, wo die Erbansprüche des Vorrechtes nicht behinderten, konnte sich der Idealismus leicht auswirken. Die Väter der nordamerikanischen Verfassung leisteten eine wundervolle Arbeit; das Lied ihres Lobes darf hoch erklingen. Aber was haben die Verhältnisse aus den Satzungen gemacht? Heute steht die Demokratie in den Vereinigten Staaten allzusehr unter dem Drucke der Geldkönige, jener neuen Cäsaren. Schon Tocqueville legte dar, daß es dem Reichen fast immer möglich sei, den Gefängnissen zu entschlüpfen und sogar ein Verbrechen mit einer Geldstrafe zu sühnen. Auch erklärte er, daß ihm kein anderes Land bekannt wäre, „wo das Herz der Menschen so sehr am Reichtum hänge und wo man die Theorie der bleibenden Gleichheit der Güter mehr verachte“.

Seither sind die Trusts entstanden, ist die Konzentration des Kapitals in beängstigender Weise vor sich gegangen. Der Kampf gegen diese Übermacht hat bisher keine Erfolge zu verzeichnen. Das Geld spielt auch bei den Wahlen eine gewaltige Rolle und mechanisiert die Politik. Der Amerikaner wählt oft, aber der Einzelne verschwindet fast am Tage der Entscheidung, weil er von den Riesenapparaten, die in Bewegung geraten, erfaßt wird und in ihnen untergeht. Stärker als der Wähler ist eben die Parteimaschine, ist der Boß, der den Wähler lenkt und den Bürgern zu den Ämtern verhilft. In dem Getümmel der Abstimmungskämpfe verhallt die Mahnung des Einzelnen. Aus Wohltat ist vielfach Plage geworden. Man denke nur an die Korruption in der Verwaltung und sogar in der Rechtsprechung. Hören wir, was Emerson schon vor Jahrzehnten in einer Studie über Politik ausführte: „Der Geist unseres amerikanischen Radikalismus ist verderblich und hat kein Ziel; er ist kein liebender Geist, er hat keine weiteren und göttlichen Absichten und wirkt aus Haß und Egoismus zerstörend. Auf der andern Seite ist die konservative Partei, die aus dem gemäßigten, befähigtesten und gebildetsten Teile der Bevölkerung besteht, schüchtern und verteidigt nur das Eigentum. Sie nimmt kein Recht in Anspruch, brandmarkt nicht das Verbrechen und beantragt keine hochherzige Politik. Sie baut weder, noch schreibt sie, noch schützt sie die Künste, noch pflegt sie der Religion, noch errichtet sie Schulen, noch ermutigt sie die Wissenschaft, noch gibt sie die Sklaven frei,

noch steht sie dem Armen, dem Indianer oder dem Eingewanderten bei“. Emerson fügte jedoch hinzu, daß er ungeachtet dieser Mängel an der Republik nicht verzweifle.

Der Präsident der Vereinigten Staaten fristet durchaus nicht das Dasein eines Scheinherrschers. Er ernennt die Minister frei, und sie sind ihm ausschließlich verantwortlich. Der Senat macht von seinem Einflußrechte keinen Gebrauch. Im übrigen genießt diese Körperschaft eine bevorzugte Stellung, denn es ist ihr mehr Macht eingeräumt als dem Repräsentantenhause. Bedarf doch der Präsident ihrer Zustimmung bei der Ernennung der Bundesrichter, der Gesandten und anderer hoher Beamter. Beim Abschlusse von Verträgen muß er sich die Billigung durch eine Zweidrittelmehrheit im Senate sichern. Das Volk wirkt auf die Berufung des Staatsoberhauptes nur unmittelbar ein, denn es herrscht das System der Wahlmänner. Daher konnte es geschehen, daß bisher bereits neun Präsidenten bloß die Minderheit der Volksstimmen hinter sich hatten. Wilson gehört zu dieser Gruppe. Den einzelnen Staaten ist die Selbständigkeit in hohem Maße gewahrt. Dies hat aber eine wirre Mannigfaltigkeit in den Gesetzen und Einrichtungen zur Folge. Die soziale Fürsorge für die breiten Massen läßt vieles zu wünschen übrig; Amerika schätzt vor allem die Tatkraft, die Arbeitsfähigkeit und überläßt den Menschen im übrigen sich selbst und seinem Schicksale. Obwohl ein Territorium den Frauen bereits im Jahre 1869 das aktive und passive Wahlrecht gewährte, machte die politische Gleichstellung der beiden Geschlechter nur sehr langsame Fortschritte. Zwischen den weißen und den schwarzen Bürgern gähnt noch immer eine tiefe soziale Kluft, trotzdem die Neger nach dem Bürgerkriege stimmberechtigt wurden. Die Rassenunterschiede sind stärker als die demokratischen Gemeinschaftsideen.

* * *

Man sieht: für die drei großen Demokratien gibt es noch viel zu schaffen. Die am Gipfel zu sein glauben, sind erst unterwegs. Doch würde man die Bürger befragen, ob sie einer anderen Herrschaftsform frohgemut den Vorzug einräumen wollten, ob sie geneigt wären, dem Guten, das die Demokratie bisher gestiftet hat, zu entsagen, um den nachteiligen Begleiterscheinungen zu entrinnen, dann gäbe es sicherlich ein

kräftiges Nein als Antwort. Selbst dort, wo die Demokratie noch mancher Läuterungen bedarf, wird sie lebhaft als das weitaus kleinere Übel empfunden, wie viel man auch sonst ausstellen mag. Lieben heißt nicht verblendet sein, schließt nicht die Kritiklosigkeit in sich. Wer der Volksherrschaft die Daseinsberechtigung abspricht, weil sie nicht alle Klagen verstummen macht, der läßt außeracht, daß nirgends das Recht auf ein selbständiges Urteil, auf Beschwerden, Angriffe und auf Subjektivismus so wenig beschränkt ist wie da, wo die politische Freiheit ihr Heim hat.

4.

Deutsche Politik.

Politik treiben heißt Partei nehmen, sich für oder wider etwas erklären und meistens auch mit Leidenschaft die eigene Auffassung als die einzig richtige ansehen. Duldsamkeit ist im Kampfe eine seltene Erscheinung; man schwärmt von ihr vielleicht, aber man übt sie kaum. Wir wollen uns dennoch aus der Parteien Haß und Gunst herausarbeiten und von einer höheren Warte aus in die Vergangenheit zu blicken suchen. Doch zunächst drängt sich uns antwortheischend die Frage auf, welche Kräfte in der Politik den Ausschlag geben. Die Faktoren der kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse, der Geistesrichtung, der klimatischen Beschaffenheit braucht man nicht erst zu erwähnen. Mit ihnen rechnet man im vorhinein. Wie aber sind die Beziehungen des Einzelnen und der Masse zu den öffentlichen Vorgängen geartet? Geht der motorische Antrieb zum Handeln von der Obrigkeit aus, wird er durch ein Kommando bewerkstelligt oder durch das sittliche Pflichtbewußtsein oder durch den unabhängigen Sinn für die bürgerliche Freiheit hervorgerufen? Wer mit einem knappen Satze, ja gar mit einem Worte alles sagen will und dem Vielgestaltigen, Wechselvollen mit einer einzigen Formel beizukommen vermeint, wagt viel.

Wie wirkt zum Beispiel die Masse? Ob wir nun das Problem psychologisch erfassen wollen, wie dies Le Bon getan, oder ob wir es auf andere Weise zu durchdringen trachten, das Ergebnis wird schwerlich befriedigen. Vielleicht gibt es gar keine einheitliche Lösung; vielleicht stellen sich die Dinge

an jedem Ort und zu jeder Zeit anders dar. Wir haben schon früher erkannt, daß die Individualisierung der Massenbestandteile, daß die bewußte Tätigkeit des Einzelnen aber zugleich die Regsamkeit Aller eine unabweisliche Voraussetzung der richtig funktionierenden Volksherrschaft bildet. Wo die bürgerliche Freiheit ein altehrwürdiges Gut ist, wo die öffentliche Meinung seit langem Bedeutung erlangt hat, werden die breiten Schichten freilich in ganz anderer Weise mit Politik erfüllt sein als in jungen Verfassungsstaaten. Doch die Annahme, daß die Menge jemals ohne Führung in eine einheitliche Bewegung geraten könne, daß durch geheimnisvolle Antriebe mit einem Male von unten herauf, ohne jegliches Losungswort, ein Massenwille entstehe, widerspricht allem Möglichen.

Nun meinen wir, daß gerade die politische Geschichte der Deutschen der liebenswerten und bewundernswerten Führernaturen voll war und daß die Massen, auf die es im gegebenen Augenblicke ankam, immer zur Stelle waren, wenn der Ruf an sie erging. Das politische Lebendigwerden eines ganzen Volkes, das restlose Aufgehen in einer gewaltigen Bewegung kann natürlich nur unter dem Einflusse besonderer Umstände erfolgen. Als Dauerzustand ist dies in einer Zeit, die den Sklaven nicht mehr die Arbeit überläßt, gewiß nirgends erreichbar. Der Bürger hat zu viele Verpflichtungen und Sorgen, Berufsgeschäfte und Neigungen. Er kann nicht bloß Staatsbürger sein. Übrigens zeigte sich auch in den antiken Republiken die Verebbung des Interesses an den öffentlichen Vorgängen, die Ermattung in der Hingabe des Einzelnen an den Staat.

Wie schwungvoll gestaltete sich aber das Erwachen der Deutschen — unter dem Drucke der Zeit allerdings bloß in einzelnen Gebieten — als es galt, Napoleons Fremdherrschaft durch einen gewaltigen Ansturm zu überwinden. Gewiß, der bedrängte König wandte sich an sein Volk, rief in dem berühmten Aufrufe die „Brandenburger, Preußen, Schlesier, Pommern, Litauer“ herbei. Wer jedoch das Um und Auf der Befreiungskriege einigermaßen kennt, der weiß, daß Friedrich Wilhelm III. kein Stürmer und Dränger war, sondern von anderen in die große, gewagte Politik hineingezogen wurde. Die Besten der Nation standen hinter ihm, überwanden seine Zweifel und hatten bereits in den Massen jene Stimmung

wachgerufen, aus der die Landwehr und die strahlende Opferbereitschaft erwuchs. Oder man denke an das politische Fieber, das im Jahre 1848 mit einem Male alle ergriff und die Traumbilder von der deutschen Einigung vor Millionen und Millionen Augen hinzauberte. Wie kräftig und verheißungsvoll rüttelte die Idee des Liberalismus den Mittelstand auf, wie breite Kreise erfaßten zuerst die Gedanken der Demokratie und nachher der Sozialdemokratie. Erzeugte der Kampf um Freihandel oder Schutzzoll nicht eine politische Gärung, die das Volk aufwühlte, die den Streit der Meinungen in den Großstädten entfachte und in das weltabgeschiedene Bauernhaus trug? Doch kehren wir zur Gegenwart zurück. Man überdenke bloß, wie stark die Gründung der deutschen Vaterlandspartei das deutsche Volk zu beeinflussen und aus der Hinterlandsidylle des Burgfriedens mit einem Ruck in die hitzigsten politischen Kämpfe zu verwickeln vermochte. Diese paar Streiflichter besagen an sich nicht viel. Sie widerlegen aber immerhin die entmutigende Ansicht, daß der Deutsche für die Politik nicht zu haben und nicht geschaffen sei, daß er bloß zum Träumer, zum Wirtschafts- oder Erwerbsmenschen oder zum Soldaten, doch nicht für die bürgerliche Freiheit im höchsten Sinne dieses Begriffes tauge. Als ob nicht schon der junge Fichte geschrieben hätte: „Ich will nicht bloß denken, ich will handeln; ich mag am wenigsten denken über des Kaisers Bart!“

Man wollte die Stellung der Deutschen im Staate und zur Staatsgewalt mit dem Worte „Obrigkeitsregierung“ abtun. Kein Zweifel, es ergeben sich für den interessante Beobachtungen, der die Verhältnisse unter diesem Gesichtswinkel prüft. Allein nicht nur Deutschland hatte Regierungen, die sich ganz als Obrigkeit fühlten und von oben herab die Geschäfte leiteten, als wäre die Einsicht nur der Vorzug Weniger. Und nicht nur die deutschen Massen ertrugen im Laufe der Jahrhunderte geduldig manches Joch. In den Annalen der Völker bilden die Äußerungen des Widerstandes eigene, meist seltene Kapitel; die Steuerverweigerungen, die passiven Auflehnungen gegen die Selbstherrlichkeit wurden bereits als Ereignisse betrachtet, bei denen man rückschauend verweilen mußte. Wie viel Elend und Rechtlosigkeit behauptete sich in England lange Zeit, trotz des Parlamentarismus. Das Haus der Ge-

meinen war bisweilen durch Korruption vergiftet, ein Spielzeug in den Händen der Obrigkeit. Friedrich der Große führte in der Geschichte seiner Zeit die Äußerung Walpoles an, daß er den Wert jedes Engländers kenne, denn es gebe fast keinen, den er nicht überredet oder bestochen hätte. Solche Verirrungen blieben natürlich nur Ausnahmserscheinungen. Aber das, was man in Deutschland als Obrigkeitsregierung schlechthin bezeichnen konnte, trat ja auch bloß in besonderen Fällen hervor. Minister von Schulenburg ließ im Oktober 1806 in Berlin die Mahnung anschlagen, daß „Ruhe des Bürgers erste Pflicht“ sei. Daraus lassen sich jedoch keine verallgemeinernden Schlüsse ziehen, ebensowenig wie etwa aus dem während des Weltkrieges oft erwähnten Bescheid vom August 1914: „Für Hindenburg keine Verwendung“. Als ob man Frankreich lediglich danach beurteilen wollte, daß für den Prinzen Eugen kein Tätigkeitsfeld vorhanden war! In den Tagen Schulenburgs lebte auch der Prediger Erman, der vor Napoleon in Berlin hintrat und ihm beim Einzuge erklärte, er dürfe als Diener des Evangeliums nicht die Lüge aussprechen, daß er sich über die Ankunft des Feindes freue. Und Fichte fürchtete sich nicht vor den Franzosen, als er voll sittlicher Bewegung seine Reden an die deutsche Nation hielt.

Würde die Ruhe wirklich als erste Bürgerspflicht empfunden worden sein, so könnte man solche Beispiele nicht vorbringen. Wenn sich die Autorität voll auswirkt, dann kommt ihr der Knechtsinn zu Hilfe. Man duckt sich, man beugt sich knirschend und ballt vielleicht die Hand im Sacke zur Faust; damit jedoch ist es geschehen. Der Wille wird zum Befehl und nichts vermindert seine bindende Kraft. Sind nun die Deutschen, die bereits Tacitus als freie Männer geschildert hat, zum Knechtsvolke verfallen, ist ihr alter Freiheitssinn erloschen und in der Geschichte ohne Zeugnis geblieben? Kennen sie nichts Höheres als eine Pflicht, die sie zu Dienern erniedrigt? Wer den Mut zur Bejahung aufbringt, enthüllt nur die Unkenntnis dessen, was war und ist, oder verrät sein Vorurteil. Wohin man auch blickt, man findet jene schöne Unabhängigkeit, die sich ohne viel Aufhebens wie etwas ganz Natürliches gibt und treu ihre Rechte wahrt. Daneben kommen freilich Verirrungen vor: die Schmeichelei, die Dienstfertigkeit, die Würdelosigkeit hat gleichfalls ihre Vertreter gefunden. Auch die völlige Teilnahmslosigkeit

vieler ist nicht zu übersehen. Die Völker geben jedoch ihr Bestes in einzelnen Persönlichkeiten, finden sich erst selbst, indem sich ihre Tugenden in diesen aufhäufen und geltend machen. So entstehen die naturerwählten Bannerträger, deren menschlicher Ruhm die weite Umgebung durchleuchtet. Von solchem Lichte der persönlichen Unabhängigkeit, des freien, unerschrockenen, nur dem eigenen Gewissen verantwortlichen Auftretens ist die deutsche Geschichte voll, obgleich Nörgelsucht und Unverständnis daran zweifeln.

* * *

In Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" lesen wir: „Niemals bin ich darüber im Zweifel gewesen, daß der Schlüssel zur deutschen Politik bei den Fürsten und Dynastien lag und nicht bei der Publizistik, in Parlament und Presse oder bei der Barrikade .... Deutscher Patriotismus bedarf in der Regel, um tätig und wirksam zu werden, der Vermittlung dynastischer Anhänglichkeit; unabhängig von letzterer kommt er praktisch nur in seltenen Fällen zur Hebung, wenn auch theoretisch täglich: in Parlamenten, Zeitungen und Versammlungen". In den Jahrhunderten der öden Kleinstaaterei ist mit dem Gefühle der treuen Anhänglichkeit an das angestammte Fürstenhaus viel Mißbrauch getrieben worden. Mancher Herr eines Zwerglandes wuchs sich zum Tyrannen aus und schaltete und waltete mit seinen Untertanen, als wären sie nur für ihn geschaffen. Sie mußten dafür sorgen, daß der Pomp der Hofhaltung bestritten werden könne und die schlimmen Launen ertragen. Dann und wann artete ein krankhafter Despot soweit aus, sich in seiner Grausamkeit nicht genug tun zu können. Das letzte furchtbare Beispiel dieser Art war Herzog Karl von Braunschweig, dessen schmachvollem Treiben unter dem Einflusse der Julirevolution ein Ziel gesetzt wurde. „Der vertriebene Herzog" — meinte ein maßvoller Beurteiler wie Dahlmann in einem Briefe — „ist wie aus einem andern Jahrhundert. Ich habe einige Auszüge aus einem schwarzen Buche gelesen, worin er neunundzwanzig verschiedene Strafmethoden gegen seine Untertanen anzuwenden sich aufzeichnet. Unter den milderen: einen einladen, ihn zwei Stunden im Vorzimmer warten, dann ihm sagen lassen, die Einladung sei ein Versehen gewesen. Unter den strengeren Methoden: zu

Tode ärgern. Dabei mit anderer Tinte später hinzugefügt: geschehen. Und der Name von Oeynhausen daneben . . .“ Aber solche traurigen Ausnahmen kamen ganz selten vor, und sie wurden unmöglich, als sich das Selbstbewußtsein im Volke regte. Im ganzen und großen traf das Scherzwort „die Republik mit dem Großherzog an der Spitze“ zu. Der Landesfürst wurde vielfach auch zur radikal gebildeten Demokratie hinzugedacht.

Doch auch an Männerstolz vor Königsthronen fehlte es wahrhaftig nicht. Er ließ den Unabhängigkeitstrieb, den unbeugsamen Individualismus erst recht erkennen. Irgend eine Freiheit mußte der geistig wache Deutsche, der sich innerlich frisch erhalten hatte, immer haben. Schubart empfand wie kaum einer die Tücken eines despotischen Herrn. Zehn Jahre schmachtete er ohne zu wissen, aus welchem Grunde, nach welchem Rechte. So sehr vergaß er sich in manchem Augenblicke, daß er seine Gedichte im Kerker dem tyrannischen Herzog widmen wollte. Aber derselbe Schubart ließ in den Jahren der Kerkerpein unter einen Kupferstich, der sein Bild zeigte, die Worte setzen: „In Fesseln frei!“ Und er fügte in einem Schreiben an seine Gattin hinzu, daß dies sehr viel sage. Andere waren genug Mannes, auch ihrem Fürsten gegenüber aufrecht und unbeugsam zu bleiben und sich durch nichts von ihrer Überzeugung abbringen zu lassen. Die besten Namen könnten zum Beweise angeführt werden.

Der Buchhändler und Politiker Cotta — wir wollen uns auf das vorige Jahrhundert beschränken — gestand Schiller: „Mein Kurfürst kann nur durch Entgegensetzung von Kraft gebändigt werden; mein persönlicher Feind ist er ohnedies. Also will und muß ich einen Kampf bestehen.“ Freiherr vom Stein, der knorrige, einsichtsvolle Neuerer, hielt unentwegt an seinen Anschauungen fest, unbekümmert darum, wie sehr er sich die Gunst des Königs verscherzte. Dieser ließ ihm einmal, als er ihn mit einer Denkschrift zu sehr drängte, wegen der „sträflichen Anmaßung“ „seine Unzufriedenheit bekanntgeben“. Für den Reichsfreiherrn war aber die Pflicht das Höchste, die Pflicht nämlich, wahr und offen zu sein. Kein Wunder, daß ihn eines Tages eine Kabinettsordre Friedrich Wilhelms III. ereilte, in der er als „widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener“ bezeichnet wurde. „Da Sie

indessen vorgeben, ein wahrheitsliebender Mann zu sein" — mußte der Minister weiter vernehmen — „so habe ich Ihnen auf gut deutsch meine Meinung gesagt, daß, wenn Sie nicht Ihr respektwidriges und unanständiges Benehmen zu ändern willens sind, der Staat keine Rechnung auf Ihre ferneren Dienste machen kann". Doch Stein blieb Stein, nicht aus Störrigkeit, sondern aus Treue. Als die Karlsbader Beschlüsse gefaßt waren, hielt Wilhelm von Humboldt, der Minister, mit seinem Urteile durchaus nicht hinterm Berge, obwohl die Kritik mittelbar den König treffen mußte. Er soll die Abmachungen als „schändlich, antinational, und ein denkendes Volk beleidigend" bezeichnet haben. Jedenfalls suchte er die anderen Räte der Krone zu einem gemeinsamen Schritte gegen die Karlsbader Beschlüsse zu bewegen. Allein die Würfel waren gefallen, es ließ sich nichts mehr ändern. Deshalb verließ Humboldt seinen Posten, um nichts gegen sein besseres Wissen unternehmen zu müssen. Die Tat der sieben aufrechten Göttinger Universitätsprofessoren ist bekannt. Sie traten dem Könige Ernst August unerschrocken entgegen, als dieser das Staatsgrundgesetz aufhob und die Beamten des Verfassungseides entband. Dahlmann, Jakob Grimm und Gervinus mußten das Land Hannover verlassen, aber überall wandte sich ihnen die Sympathie zu. Ein „Göttinger Verein" entstand und in allen deutschen Gauen meldeten sich die Teilnehmer. Das erste Beispiel der nationalen Agitation war gegeben, „der erste Sieg des auch in öffentlichen Dingen selbstbewußten und unabhängigen Volksgeistes" errungen — um mit Anton Springer zu reden.

Wenden wir uns nun der Zeit des Rückschrittes nach dem Jahre 1848 zu. Gleich tritt der Kampf der Kurhessen gegen die Obrigkeit, den Kurfürsten und den Minister Hassenpflug, in das Gedächtnis. Als die Regierung den Beamten gebot, die von den Landständen nicht bewilligten Steuern einzuheben, da erklärten die Wackeren, daß der Diensteid ihnen verbiete, diesen Befehl auszuführen. Da nichts nützte, wollte Hassenpflug das Militär gegen die Beamtenschaft zu Hilfe rufen. Doch die Offiziere — von wenigen Ausnahmen abgesehen — verwiesen auf den Eid, den sie auf die Verfassung abgelegt hatten und baten um ihre Entlassung, um dem Gewissenszwiespalte zu entrinnen.

Und Bismarck! Als er ins Ministerium eintrat, sagte er zu König Wilhelm, daß er ihm, wenn er ihm Dinge befehlen sollte, die er nicht für richtig hielte, zwar die Meinung offen aussprechen würde, daß er aber, wenn der Herrscher bei der eigenen Ansicht beharren sollte, „lieber mit dem Könige untergehen, als ihn im Kampfe mit der Parlamentsherrschaft im Stiche lassen“ wollte. Doch vergegenwärtigen wir uns nur die Szene zu Nikolsburg, die der Kanzler selbst so plastisch beschrieb. Bismarck verfocht sein kluges Friedensziel mit Zähigkeit, der Herrscher aber hielt an seinen weitergehenden Ansprüchen, an der vollen Ausnutzung der militärischen Erfolge fest. Der Widerstand des Staatsmannes rief eine hochgradige Erregung des Königs hervor, ebenso war Bismarck seiner Nerven kaum mehr Herr, als er in sein Zimmer zurückkehrte. Gedanken, ob es nicht besser wäre, sich aus dem Fenster in die Tiefe zu stürzen, stiegen in ihm auf. Indes, die Auffassung des Ministerpräsidenten trug den Sieg davon. Wilhelm hatte nachgegeben, doch auf eine Eingabe geschrieben, daß er dies nur tue, da ihn Bismarck vor dem Feinde im Stiche gelassen und er sich außerstande sehe, ihn zu ersetzen. Weniger dramatisch, wenngleich genug spannungsvoll, verliefen die Verhandlungen zwischen dem Kanzler und seinem Herrscher, als es im Oktober 1879 galt, das Bündnis mit Österreich-Ungarn zum Abschlusse zu bringen und den Kaiser für den Inhalt der Abmachungen zu gewinnen. Bismarck behauptete abermals das Feld, und damit war die Grundlage für die Schützengrabengemeinschaft der letzten Jahre gelegt, für das treue Zusammengehen in Freud und Leid. Lassen wir es bei den zwei Episoden bewenden; sie verdeutlichen, was wir darzulegen beabsichtigten.

In einem Volke, das den Michael Kohlhaas verstehen konnte, mußte das Gefühl für das Recht und die Bereitschaft, dem Rechte alles zu opfern, außerordentlich ausgebildet sein. Die Verfassungskämpfe in Württemberg bewiesen dies. Auf drei Landtagen, durch vier Jahre hindurch, wurde für „das gute alte Recht“ gestritten, obgleich der König weit fortschrittlichere Einrichtungen zu gewähren vor hatte. Aber selbst Männer wie Uhland, die innig mit dem Volke verwachsen waren und die Freiheit priesen, stellten sich auf den Rechtsstandpunkt, versteiften sich auf die Formel, daß das überlieferte Vertragsverhältnis nicht einseitig abgeändert werden

dürfe. Sogar in die Lyrik verpflanzte sich der Streit. Uhland entlockte seiner Leier wundervolle Töne, Rückert jedoch, der die neue Verfassung für richtig hielt, antwortete in einer gereimten Wechselrede:

„Ich bin des Alten treuer Knecht,
Weil es ein Gutes ist".
Das Gute bessern ist ein Recht,
Das nur ein Knecht vergißt.

Wie mannhaft war das Vorgehen Heinrich Simons! Am Ende des Jahres 1845 trat er aus dem preußischen Staatsdienste, verzichtete er auf seine Stelle als Richter, weil ihm die Unabhängigkeit dieses Standes durch eine neue gesetzliche Verfügung bedroht schien. Einer Schrift, die sein Vorgehen begründen sollte, setzte er die Worte Friedrich Wilhelms III. als Motto vor: „Jeder Staatsdiener hat doppelte Pflicht: gegen den Landesherrn und gegen das Land. Es kann wohl vorkommen, daß diese nicht vereinbarlich sind; dann aber ist die Pflicht gegen das Land die erste". Darf man des tapferen preußischen Oberstaatsanwalts von Sethe vergessen, der in den Fünfzigerjahren die Anklage gegen den liberalen Obertribunalsrat Waldeck begründen sollte, seine Rede jedoch damit beendete, daß er die Anklage als einen Bubenstreich, von Schurken ersonnen, um einen ehrlichen Mann zu verderben, geißelte? Der Mut der Überzeugung offenbarte sich in den verschiedensten Formen.

Als Geheimrat Schmalz, der erste Rektor der Berliner Universität, seine berüchtigte Denunziationsschrift veröffentlicht hatte, traten ihm sogleich Niebuhr, Schleiermacher und andere entschieden entgegen. In den Vierzigerjahren bildeten sich in Preußen die Vereine der „Lichtfreunde", um gegen die neue orthodoxe Strömung in der protestantischen Kirche Stellung zu nehmen. Als der König die Führer der Bewegung ihrer Ämter entsetzte, weil er der Anschauung huldigte, daß solche Männer nicht als Geistliche walten dürften, protestierten neunzig angesehene Persönlichkeiten, darunter zwei Bischöfe, sechzehn Berliner Prediger, Professoren und Beamte. Sie standen für die Freiheit des Glaubens ein und verlangten, daß diese auch den „Lichtfreunden" zuteil würde. Das war nicht verwunderlich. Luthers unbeugsames Bekennertum mußte durch die Jahrhunderte wirken und Nacheiferer

finden. Rührig und überzeugungsvoll traten einzelne Universitäten für die Lehrfreiheit ein, als dieser im Deutschen Bunde harte Einschränkungen widerfuhren. Man bemühte sich, den Born des Wissens und der Forschung vor dem Versiegen zu bewahren.

Auf allen Gebieten machte sich der Individualismus geltend, regte sich der Persönlichkeitstrieb, unerschrocken und standhaft aller Schranken spottend. Mochte auch die Welle der Reaktion gelegentlich über fast ganz Europa hinfluten: der Unabhängigkeitssinn der Deutschen suchte das Feld zu behaupten. Ausnahmen! mag man einwenden. Gewiß! Aber sie stellen kennzeichnende Erscheinungen dar. Und schließlich setzt sich alles, was uns groß dünkt, in der Regel aus Einzelleistungen zusammen.

Selbst in den Armeen ließ sich der Individualismus immer wieder wahrnehmen. Man erblickt im preußischen Heere meistens einen gewaltigen Mechanismus, in dem jedes Rädchen seine vorgesehene Bewegung vollführt, in dem alles nach ehernen Gesetzen vor sich geht. Doch um mit dem Zeitalter Friedrichs des Großen anzufangen: welch schöne selbständige Mannhaftigkeit von Zieten bis zu dem helleuchtenden Dreigestirn Scharnhorst, Gneisenau und Boyen und dann bis zu Moltke usw. Als York in der Mühle bei Tauroggen seinen denkwürdigen Entschluß innerlich erregt zwar aber dennoch mutvoll faßte, da standen ihm als russische Unterhändler durchwegs geborene Preußen gegenüber: Diebitsch, Clausewitz, Friedrich Dohna. Der preußische General, der die folgenreiche Konvention unterschrieb, wandte sich an seinen König mit der Bitte, das Geschehene gutzuheißen oder ihn zu verurteilen. „Beides werde ich“ — versicherte York — „mit treuer Hingebung erwarten, und ich schwöre, daß ich auf dem Sandhaufen ebenso ruhig wie auf dem Schlachtfelde die Kugel erwarten werde. Ich bitte daher um die Gnade, bei dem Urteile, das gefällt werden muß, auf meine Person keine Rücksicht nehmen zu lassen“. Als König Wilhelm I. vor der Entscheidung bei Königgrätz bereits den Befehl zum Rückzug geben wollte, da wehrte Moltke entschieden ab: „Majestät, hier handelt es sich um das Schicksal Preußens, heute wird nicht zurückgegangen!“ Und bald konnte er seinem Herrscher voraussagen, daß nun nicht bloß eine Schlacht, sondern ein

Feldzug gewonnen werde. Dem Generalstabschef war es keineswegs leicht geworden, sich durchzusetzen. Wurde doch erzählt, daß ein General im Jahre 1866 einen Befehl Moltkes mit dem Ausruf empfangen hätte: „Ganz recht! Aber wer ist denn dieser General Moltke?“

* * *

Die Kinderjahre des deutschen Verfassungslebens und die beschränkten argwöhnischen Verfolgungen der „Demagogen“ haben viele Opfer gefordert. Ihrer zu vergessen, hieße etwas von dem Besten preisgeben, was des Volkes Erinnerungsbesitz ausmacht. Eine Nation, deren Herz für ihre Kämpfer kalt bliebe, verdiente nicht, in Freiheit und Glanz zu leben. Unzählige Biographien türmen sich zu einem mächtigen Gebäude des Gedenkens, zu einer papierenen Walhalla auf, in der den idealistischen Volksführern Kränze der Dankbarkeit niedergelegt sind. Gewisse Geschichtsschreiber fanden es allerdings für gut, hochmütig auf die Phantasten herabzublicken, die alles hingaben, wenn es galt, für ihre Ideale einzustehen und die dennoch fast nie eines vollen und dauernden Erfolges froh werden konnten. Ihre Bilder finden sich deshalb in manchen Werken verzeichnet, fast ins Karikaturenhafte verzogen. Solche Verkennung darf nicht abschrecken. Stellt man sich etwa den begeisterten, unerschrockenen Professor Sylvester Jordan — einen geborenen Tiroler, der indes in seiner zweiten Heimat ganz eingewurzelt war — so vor, wie ihn Treitschke geschildert hat, dann steht ein bodenfremder Himmelstürmer vor Augen. Wer sich aber der Mühe unterzieht, die kurhessische Verfassung vom Jahre 1831 zu befragen, der begreift, wie sehr der Wirklichkeitssinn mit dem Idealismus rang, um einen nützlichen, befriedigenden Ausgleich zu stiften, wie sehr Zugeständnisse an die Überlieferungen gemacht wurden, um den Errungenschaften eine umso sicherere Grundlage zu verschaffen.

Jeder deutsche Staat hatte seine Vorkämpfer für die Freiheit, die sich nicht einschüchtern ließen und allen Hindernissen und Mißverständnissen trotzten. In Bayern denkt man, um nur wenige zu nennen, an Behr und Eisenmann, in Baden an Rotteck und Welcker. Uhland, Römer und Pfizer mußten in Württemberg aus dem Staatsdienste scheiden, Friedrich List wurde aus der Kammer unter dem Hochdrucke

der Regierung ausgeschlossen und nach betrüblichen Quälereien zu zehn Monaten Festungsstrafe verurteilt, so daß der treue Sohn seines Vaterlandes es vorzog, mit seiner Frau unstet durch die Welt zu irren. Eduard Zeller konnte keine Professur erhalten; David Friedrich Strauß mußte seine Vorlesungen einstellen. In Preußen wurde der alte Jahn vom Sterbebette seines Kindes weggeschleppt und jahrelang gepeinigt. Arndt, dieser begeisterte und hingebungsvolle Deutsche, mußte gleichfalls die Schrecknisse der Demagogenverfolgung über sich ergehen lassen und „die langsame Zerreibung und Zermürbung der besten Kräfte bis ins Mark hinein" empfinden, wie er in seinen „Erinnerungen aus dem äußeren Leben" versicherte. Eine lange Reihe solcher Helden zieht an uns vorüber, wenn wir Rückschau halten. Ihr trauriges Los erfüllt wirklich mit Beschämung. Es gewährt jedoch auch die erhebende Gewißheit, daß die Urkraft, die im Volke steckt, nicht zu besiegen ist. Denn das Schicksal, das die Einzelnen traf, wurde von weiten Kreisen lebhaft empfunden — mehr innerlich, nicht demonstrativ nach außen wirkend, wie das die Verhältnisse geboten — ebenso wie in Einzelnen nur am deutlichsten hervortrat, zum Ausdrucke kam, was die Vielen an Gedanken und Hoffnungen, an Wünschen und Vorstellungen erfüllte.

Aus der Ebene steigt ein gewaltiges Gebirgsmassiv empor, das breit hingelagert ist. Es hat seine steilen Gipfel, aber diese gehören zu ihm und stellen bloß seine Höhepunkte dar. So ist es auch in der Politik. Opferbereite Führer bleiben fast nie vereinsamt, zumal, wenn ihr Wollen Zielen zufliegt, die dem Wesen einer Nation entsprechen.

* *
*

Die Erinnerung an so viel Verfolgung könnte freilich irre machen, wenn man vergessen wollte, daß es sich nicht um deutsche Eigentümlichkeiten handelt. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts lag fast über ganz Europa ein schwerer Geistesdruck. Das vergißt man allzusehr, weil wenig Neigung besteht, die Ereignisse in einem Staate im Rahmen der kontinentalen Vorgänge zu betrachten.

Werfen wir aber einen Blick auf Großbritannien. Dort finden wir die Tories fast ein halbes Jahrhundert lang am Ruder. Der Einfluß des Parlaments erschien vermindert

und ein König wie Georg III. erklärte, daß er selbst sein erster Minister sein wolle. Wie man gegen die radikalen Bewunderer der französischen Revolution mit Ausnahmsgesetzen vorging, so wendete man sich in der Zeit zwischen 1816 und 1819 abermals durch drakonische Maßnahmen gegen den von Cobbett geführten Kampf für die Volksherrschaft. Selbst die Habeas corpus-Akte wurden durchbrochen, und sechs Knebelgesetze verliehen der Regierung bedrückende Macht. Gegen die Chartisten schickte man noch im Jahre 1848 den alten Wellington, den Sieger über Napoleon, mit seinen Truppen und ihm schlossen sich tausende Londoner Bürger als freiwillige Polizeibeamte an. Wohl hatte schon die Parlamentsreform vom Jahre 1832 mit den schlimmsten Rückständigkeiten des Wahlrechts aufgeräumt; die Demokratie kam jedoch erst mit der Stimmrechtsreform vom Jahre 1867.

Frankreich war nach der zweiten Vertreibung Napoleons I. im allgemeinen der Reaktion ausgeliefert. Allerdings hatte es gleich dem Insel-Königreiche den Vorzug, ein Parlament zu besitzen, wo immerhin die Leiden und Beschwerden zur Sprache gebracht werden konnten. Doch die Preßfreiheit dauerte nur einige Jahre, dann wurde zunächst zeitweilig die Zensur eingeführt; die politischen Verfolgungen hörten nicht auf. Das Wahlrecht für die Kammer erhielt eine solche Gestalt, daß gelegentlich sogar die Pairs berufen erschienen, die von den Abgeordneten ausgehenden Anschläge gegen die Rechte der Nation zu vereiteln. Durch die Ordonnanzen vom Jahre 1830 brachte sich Karl X. allerdings um den Thron; die Bourbonen verschwanden, der Bürgerkönig Louis Philipp — beileibe kein Volkskönig im demokratischen Sinne — trat hervor. Während seiner Herrschaft gab es in Frankreich im ganzen 200000 Wähler. Aber nach der Revolution von 1848 konnte das autoritative Kaisertum wieder auferstehen. Napoleon III. verstand die Kunst, zwar verfassungsmäßige Einrichtungen beizubehalten, doch „sie zu einer bloßen Dekoration, zu einer Maskierung der persönlichen Gewalt des Kaisers und seiner Minister herabzudrücken“. Durch Einzelmaßnahmen, die sich zu einem ausgeklügelten System zusammenfügten, wurde das politische Leben lahmgelegt.

Sogar in der Schweiz herrschten in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts traurige Zustände. Wir sind so sehr

gewöhnt, die Eidgenossenschaft als Hort der Freiheit zu bewundern und ihre stolze Entwicklung in den letzten Jahrzehnten mit berechtigter Achtung zu begleiten, daß wir uns kaum vorstellen können, daß es einst anders war. Als Zschokke im September 1795 bei Schaffhausen die Republik betrat, da atmete er beseligt auf; er kam aus dem Preußen, das unter dem Geistesdrucke des dumpfen Wöllnerschen Regimes seufzte. Wie schmerzlich war daher die Ernüchterung. „Denn wahrhaftig" — schrieb er alsbald — „die politische und bürgerliche Freiheit ist den meisten Einwohnern der Schweiz kümmerlicher zugemessen als den Untertanen deutscher Fürsten. In den Hauptstädten wohnen Herren, auf dem Lande aber Heloten". Weiter finden wir in der einst vielgelesenen „Selbstschau" des Dichters die Bemerkung: „Im allgemeinen hatte ich schon ein freieres Volk in den preußischen Staaten gesehen, als hier in der Schweiz, wo die große Mehrheit der Gesamtbevölkerung in erblicher Dienstbarkeit von reichsstädtischen Patriziaten und Zunftherren eines Hauptstädtchens lebt, oder in trauriger Geistesknechtheit eines gebieterischen Priestertums". Im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert war eine regelrechte Aristokratie entstanden und die alte Unabhängigkeit der einzelnen Bürger gebrochen worden. Ließen sich doch die Regierenden in Genf als „erlauchte Herren und Fürsten", ja sogar als „Majestäten" anreden. Die Stadt und Republik Bern umfaßte ein Gebiet, das ein Drittel der Eidgenossenschaft ausmachte und von siebzig bis achtzig Geschlechtern regiert wurde.

Erst unter dem Einflusse der französischen Julirevolution fiel das alte zeitfremde Gemäuer endgültig zusammen. Es ist interessant, daß die Züricher sich im Jahre 1830 ihr Programm von einem deutschen Flüchtling entwerfen ließen. Das sogenannte „Küßnacher Memorial" verlangte unter anderem die Anerkennung der Volksherrschaft, die Rechtsgleichheit für alle, die Abschaffung des Zensus, die öffentliche Kontrolle der Staatsverwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Freiheit der Presse, das Petitionsrecht für die Bevölkerung usw. Dies alles mußte erst errungen werden. So schrieb denn auch Börne im Dezember 1830 aus Paris: „In der Schweiz geht es ernsthaft her. Das wäre ein großer Schritt für Deutschland, wenn sich die Schweizer frei machten von ihren Aristokraten, die schlimmer sind als die Könige und gefährlicher".

Diese Verhältnisse muß man in Betracht ziehen, will man die Zustände im vormärzlichen Deutschland richtig beurteilen. Auch die Schweizer Freiheit ist nicht von den ewigen Sternen herabgeholt, sondern mühsam unter Leiden und Kämpfen begründet worden. Mit Genugtuung können die Deutschen in der Eidgenossenschaft auf das Geleistete zurückblicken, das zum nicht geringen Teile ihr Werk ist. Haben sie doch den Beweis erbracht, daß sie die Demokratie zu einer Wahrheit zu machen verstehen, daß sie, wenngleich auf engem Raume, immerhin unter schwierigen Verhältnissen in Freiheit frei zu sein vermögen. Und was die Vorfahren geschaffen, das bewahren die Enkel eifersüchtig und klug.

* * *

Um die politische Entwicklung in Deutschland richtig zu würdigen, muß man sich die leitenden Ideen vergegenwärtigen, die jedem Geschichtsabschnitte das Gepräge gaben. Zuerst galt es, aus dem lähmenden Jammer der Kleinstaaterei herauszukommen. Durch den Beschluß der Reichsdeputation wurden am Beginne des neunzehnten Jahrhunderts hundertzwölf Staaten mit etwa drei Millionen Einwohnern beseitigt. Man überlege, was es heißt, daß auf dem Boden des heutigen Königreichs Württemberg einmal achtundsiebzig verschiedene Herren regierten, von den „unzählbaren" Reichsrittern ganz abgesehen. Bei diesem Gewirre von Landesgrenzen und Herrschaften, bei dieser Verbannung zur Kleinstaaterei konnte sich ein einheitlicher, breithinströmender nationaler Wille, ein festes, allumfassendes nationalpolitisches Programm erst allmählich ergeben. Herder traf das Richtige, als er die Deutschen als „ungewordene Nation" bezeichnete. Sie waren in Landsmannschaften aufgelöst, ganz im Kleinen verrannt, sobald sie als politische Lebewesen in Frage kamen und eine Einheit nur als Geistesvolk. Als Fichte in seinen berühmten Reden zu den Deutschen schlechtweg sprach, bildete dies eine Tat, etwas Neues. Aus dem Unterschiede zwischen der politischen Enge und der geistigen Größe und Weite mag zu erklären sein, weshalb so viele ein nach Innen gewandtes Dasein führten und die Stimme des Tages überhörten. „Wir sind verloren" — klagte Pfizer angstvoll in seinen vorausblickenden Briefen — „wenn wir auf dem bisherigen Wege weitergehen. Der

Deutsche ist ein Fremdling in der eigenen Heimat. Er lebt, der Bessere wenigstens, nicht mehr im Leben, sondern außer dem Leben, er hat nichts als seine innere Welt. Seine Existenz ist durch und durch eine künstliche geworden". Die Umkehr vollzog sich bloß allmählich und wühlte viele bedeutende Menschen geradezu auf. Denn zwei Momente standen im Vordergrunde. Einmal blieb als Rückschlag der Befreiungskriege eine zarte und innige Sehnsucht nach der nationalen Einheit in politischem Sinne und dann ließ man es sich immer mehr angelegen sein, die Freiheit, die man früher, wie schon Fichte erklärte, abstrakt außerhalb des Staates gesucht hatte, nun im Staate zu erkämpfen. In den einzelnen Ländern entstanden Bewegungen, denen sich die besten Elemente zur Verfügung stellten und die Leidenschaft und Hingebung auslösten. Bei den Beratungen der Kammern, bei den Zusammenkünften der Studenten, im häuslichen Kreise überall, wo sich edle Bürgerlichkeit regte, wurde der innigen Wünsche der Zeit gedacht und wenn es am Platze war, mannhaft für sie eingetreten.

Überlegt man, welche sozialen Verhältnisse damals obwalteten, berücksichtigt man die Schwerfälligkeit des Verkehres und den beklagenswerten Umstand, daß die Verfassung für Preußen ein Versprechen geblieben war, dann wird zweierlei als selbstverständlich gelten müssen: der politische Schwerpunkt lag in Süddeutschland und die Hauptarbeit blieb den Professoren, Beamten und Studenten vorbehalten. Daneben zeichneten sich natürlich Männer, die aus dem Wirtschaftsleben kamen, aus, wie etwa der tatkräftige, vielseitige Verleger Cotta im Süden, wie der treffliche Westfale Harkort, der Anreger auf manchem Gebiete und Bekämpfer der Junkerherrschaft, dann Hansemann, der die preußische Bürokratie geißelte, Ludolf Camphausen und Mevissen im Norden. Aber voran schritten die Akademiker, weil sie am empfänglichsten und reifsten waren und mit der Wissenschaft auch einen praktischen Idealismus in sich aufgenommen hatten. Hinter ihnen stand vor allem die Oberschichte des Bürgertums, die für ihre Nation und für die Freiheit Verständnis zeigte. Für die Massen — im heutigen weiten Sinne — waren die Ideale zu hoch, dem täglichen Denken und Fühlen zu sehr entrückt, um dauernd mit Wucht zu packen. Nur bei besonderen Anlässen

trat die Menge in Aktion. Jede Zeit hat eben ihren eigenen Massenbegriff, mit dem sich der Geltungsbereich des politisch angewandten Wortes Volk verschiebt.

Vom allgemeinen Volksleben hob sich das Jahr 1848 mit seinen wirbelnden, bunten Erscheinungen weit ab. Von den süddeutschen Ständeversammlungen, vom preußischen vereinigten Landtage zur Paulskirche war ein gewaltiger Sprung. Völlig Neues wurde erlebt. Aber wie meistens nur das Bestand hat, was als Ergebnis der folgerichtigen Entwicklung zu verzeichnen ist, wie aller Fortschrittssegen mühevoll erworben werden muß, so vergeht das Außergewöhnliche, das plötzlich Hervorgebrochene in der Regel rasch. Der Revolution folgte die Gegenrevolution. Sie zeigte den verschiedenen Staaten Deutschlands ein wechselndes Bild. Die Enttäuschung über den Zusammenbruch so vieler schöner Hoffnungen, über das Verschwinden der Poesie einer seltenen Hochstimmung und der Wiederkehr der dumpfen Alltagsprosa ließ sich nicht leicht verwinden. Sie gab den nächsten Jahrzehnten ihren Grundzug. Nicht etwa, daß man allen Idealen treulos entsagt hätte. Während sich jedoch die Einen aus der Politik zurückzogen, weil sie den Glauben verloren hatten, daß schon die nächste Zeit die ersehnten Früchte bringen könnte, lernten die Andern sich bescheiden. Die Masse, die in Bewegung geraten war, verfiel allerdings wieder der trägen Ruhe.

Auf einem andern Felde zeigte sich nun, was die Deutschen zu leisten vermögen; der Aufstieg zum ersten Wirtschaftsvolke des Kontinents bereitete sich sieghaft vor. Durch den Zollverein wurde der Güteraustausch von der bedrückenden Einschnürung befreit; der Fabrikant und der Kaufmann konnten ins Große streben. Aus einem Landvolke war allmählich ein Städtevolk geworden. Diese Entwicklung nahm nach der Begründung des neuen Deutschen Reiches rasch zu und die Tatkraft der Nation, die auf dem Schlachtfelde Gewaltiges geleistet hatte, wirkte sich im friedlichen Schaffen aus. Im Jahre 1870 lebten 36 Prozent der Einwohner in Städten,*) im Jahre 1900 schon über 54 Prozent. Das Eisen- und das Steinkohlenzeitalter machte sich immer fühlbarer. Zwischen

*) Orte mit mehr als 2000 Seelen. In Großstädten mit über 100.000 Einwohnern lebten 1870 4 8/10, 1900 schon über 16 % der ganzen Bevölkerung.

1840 und 1870 verzehnfachte sich die Eisenerzeugung in Deutschland. In den Dreißigerjahren standen der Industrie in Preußen Maschinen mit etwas über 7000 Pferdekräften zur Verfügung. In den Fünfzigerjahren stellte man bereits über 60000, in den Siebzigerjahren rund zweidrittel Millionen Pferdekräfte fest. Alles stieg ins Ungeahnte, und dieser Prozeß, der die Deutschen reich und mächtig werden ließ, band begreiflicherweise viele Menschen, hielt das Denken und Sorgen gefangen. Die Ideale verrückten sich, die politischen Kampfesziele wandelten sich. Trotzdem gab es im öffentlichen Leben noch eine Fülle von bedeutenden Persönlichkeiten, von Individualitäten, die Beachtung verdienten. Wie viele Männer wußte Eugen Richter anzuführen, als er in seinen Erinnerungen die Kapazitäten des ersten Reichstages vorbeiziehen ließ! Und er legte keinen bescheidenen Maßstab an.

Mit der Industrialisierung des Deutschen Reiches trat ein ganz neuer Faktor hervor: die organisierte, programmfeste Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie rief eine Massenbewegung im großen Stile wach und hielt sie im Gange. Auch das Proletariat hatte seine aufopferungsvollen Führer, seine hervorstechenden Individualitäten, aber der Zusammenhang zwischen dem Einzelnen und den Vielen zeigte sich nach außen hin deutlicher. Allein, es hieße einen bedenklichen Fehler begehen, wollte man aus der Tatsache, daß sich nun eine in die Breite greifende, beständige politische Arbeit bemerkbar machen konnte, rückblickend den Schluß ziehen, daß ehedem politische Teilnahmslosigkeit geherrscht hätte. Ebenso falsch würde es sein, die Regsamkeit heute nur im Proletariate zu suchen. Es hat eben jede Bevölkerungsschichte ihre eigene Art, sich an den öffentlichen Vorgängen zu beteiligen.

* * *

Wie sind die bedeutungsvollsten Maßnahmen, die politisch einschneidendsten Taten in der jüngsten deutschen Vergangenheit zustandegekommen? Rein technisch betrachtet, müssen sie sich freilich als Eingriffe der Regierung darstellen. Wer sonst als die Obrigkeit sollte die Durchführung von Veränderungen vornehmen. Das ist ihres Amtes. Es fragt sich jedoch auch, wie die Entschlüsse entstanden sind. Da, wo die Volksherrschaft zu Hause ist, wird der Zu-

sammenhang zwischen der Masse und dem Geschehen sofort erkennbar sein und jeden Zweifel ausschließen; es vollzieht sich alles nach einer vorgezeichneten Ordnung. Das Volk entscheidet durch seine Vertreter, diese beeinflussen die Regierung und rufen sie zur Tat auf. Ganz anders haben sich die Ereignisse in Deutschland vollzogen. Wer aber genauer prüft, der wird die erfreuliche Wahrnehmung machen, daß viele gewichtige Entscheidungen von der Bevölkerung ersehnt, geistig vorbereitet, agitatorisch angebahnt wurden. Einige Hinweise mögen dies dartun.

J. Jastrow hat in seinem schönen Buche über die „Geschichte des deutschen Einheitstraumes und seiner Erfüllung“ viel Material zusammengetragen und im engen Rahmen, in Holzschnittart, das bohrende Verlangen eines Volkes nach dem Zusammenschlusse und nach der Kraft der Geschlossenheit geschildert. Im Jahre 1848 fand dieses Sehnen seinen lauten Ausdruck. Indes, man mußte sich von den Höhen des abstrakten Denkens und Wollens loslösen, beherzt auf den rauhen Boden der Tatsachen stellen und sich mit der Wirklichkeit abzufinden suchen. Das, was die Erbkaiserlichen erstrebten, unterschied sich wesentlich von dem, was den Großdeutschen vorschwebte. Doch es wies der Zukunft die Richtung. Als später der Nationalverein gegründet wurde, hatte er mancher Anfechtung standzuhalten, und es wäre ihm ohne den fürsorglichen Schutz des Herzogs Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha wohl schlecht ergangen. Von Bismarck hielten die Vorkämpfer für die kleindeutsche Lösung wenig. Bennigsen sah in ihm geraume Zeit nur einen preußischen Annexionisten und er tat den Ministerpräsidenten mit den Worten ab: „Ein höchst miserables Epigonentum des alten Fritz“. Trotzdem, das Ziel des deutschen Nationalvereines wurde über alle Erwartung erreicht, denn es hatte sich der Mitglieder bereits eine Stimmung trüber Entsagung bemächtigt. Gerade Bismarck war es vorbehalten, das neue Deutsche Reich zu schmieden. Ebenso ließ sich das allgemeine gleiche Stimmrecht, das schon dem Parlamente des Norddeutschen Bundes zur festen Grundlage diente, auf die Volksbewegung des Jahres 1848 und dann auf die großartige Werbearbeit Lassalles zurückführen. Klein war sein Allgemeiner deutscher Arbeiterverein, doch mächtig die Wirkung, die von seinem Begründer ausging.

Dem Wachstum und der Vollendung des deutschen Zollvereines arbeitete das Bürgertum gleichfalls vor. Friedrich List half den Handelsverein schaffen und die Denkschriften, die er in dessen Auftrag nach dem Jahre 1819 abfaßte, verlangten bereits die Beseitigung der binnenländischen Zölle und die Errichtung eines großen Wirtschaftsgebietes. Allerdings wandte er sich damals gegen das neue preußische Zollgesetz, das doch seinen Wünschen entgegenkam; er verkannte eben die Absichten der Regierung. Ihm erschien als Hinderungsgrund für die Einigung, was zum kräftigsten Hebel werden sollte. Ebenso kann man sagen, daß die neue Aera der Volkswirtschaft in Deutschland von unten hinauf und nicht von oben herab ihre Entwicklung nahm. Wie große Schwierigkeiten mußten bei dem Baue der ersten Eisenbahnen überwunden werden, weil die Obrigkeit den Nutzen erst später begriff als die Pioniere des Wirtschaftslebens. Eingaben wurden die längste Zeit verschleppt und nicht selten abschlägig beschieden. Verärgert wandte sich deshalb Harkort gegen die „Konfusionsräte". Friedrich Krupp, dem Begründer der Gußstahlfabrik, standen auf Schritt und Tritt Hindernisse im Wege, und sein starker Wille wurde fast gebrochen, obgleich er schon im Jahre 1821 schreiben konnte, daß es nicht nur sein Streben sei, seiner Fabrik die größte Vollkommenheit zu geben und sich selbst nützlich zu sein, „sondern vielmehr gemeinnützig zu werden". Werner von Siemens schilderte in seiner feinen, zurückhaltenden und wohl darum so ansprechenden Weise, wie die Differenzen zwischen seiner jungen Unternehmung und der Verwaltung des preußischen Staatstelegraphen entstanden und die Verbindung durch mehrere Jahre gänzlich lösten. Dadurch wurde „eine schwere Krisis" heraufbeschworen und die Fabrik wäre vielleicht zugrundegegangen, wenn ihre Erzeugnisse nicht im Auslande Absatz gefunden hätten.

Endlich sei noch darauf hingewiesen, daß die zollpolitische Schwenkung, die Bismarck Ende der Siebzigerjahre vornahm, von einer starken volkswirtschaftlichen Bewegung eingeleitet wurde, ebenso wie seiner bahnbrechenden Sozialpolitik die Aufklärungstätigkeit vorausging, die der Verein für Sozialpolitik seit der Eisenacher Versammlung entfaltete. „Durchdrungen von der Überzeugung" — sagte Schmoller in seiner Rede im Oktober 1872 — „daß die Zukunft des Deutschen

Reiches, wie die Zukunft unserer Kultur überhaupt wesentlich davon beeinflußt sein wird, wie unsere sozialen Zustände in der allernächsten Zeit sich gestalten, durchdrungen von der Überzeugung, daß diese Gestaltung wieder ganz wesentlich davon abhängen wird, wie die Gebildeten und Besitzenden, wie die öffentliche Meinung, die Presse und die Regierungen sich zu der sozialen Frage stellen", sei man zusammengekommen, um gegen das absolute Laissez faire, laissez aller! zu kämpfen . .

* * *

Aus dem eigenartigen Freiheitsdrange erklärt sich das geistige und politische Wesen des Deutschen. Bei der Vielseitigkeit der Bestrebungen, bei dem mannigfaltigen Erblühen der Geistigkeit verfolgt der Freiheitstrieb jedoch verschiedene Richtungen. Er hat sich lange außerhalb des Staates betätigt und oft im Staate heterogenen Zielen zubewegt. Der deutsche Geistes- und Wissensfürst Goethe stand jenseits der Politik. Als ihm Görres und Freiherr vom Stein einmal vor dem Kölner Dom begegneten, meinte der Letztere: „Still, nur nichts Politisches. Wir können ihn (Goethe) freilich nicht loben, aber er ist zu groß". Doch ein Volk, das einen Schiller hervorgebracht hat und sich an ihm immer neu zu begeistern vermag, muß voran genannt werden, wenn von Freiheit und von Demokratie die Rede ist. Man führt zwar oft die Worte an, die der Dichter dem Sapieha in den Mund legte, wonach Mehrheit Unsinn und Verstand stets nur bei Wenigen anzutreffen sei. Indes, man vergißt, daß die Szene auf dem Reichstage zu Krakau spielt und daß die Äußerung aus dem Geiste der Zeit, in der der falsche Demetrius auftrat, verstanden werden muß. Schiller selbst kam vielmehr in den „Räubern", im „Tell", im „Don Carlos", im „Fiesco" und in „Kabale und Liebe" zum Worte. Er lehrte den Kampf gegen die Knechtschaft, predigte die Liebe zur Freiheit, ermahnte flammend zum Bürgerstolze. Und er schrieb:

„Große Monarchen erzeugtest Du und bist ihrer würdig,
Den Gebietenden macht nur der Gehorchende groß.
Aber versuch' es, o Deutschland, und mach' es Deinen Beherrschern
Schwerer, als Könige groß, leichter, nur Menschen zu sein".

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts setzten aufrechte Dichter das Werk der Erziehung und der Aufrichtung

fort: von Uhland bis Herwegh, von Prutz bis Hoffmann von Fallersleben. Zuletzt schloß sich ihnen auch Freiligrath an. Er schrieb im Jahre 1841: „Fest und unerschrocken trete ich auf die Seite derer, die sich mit Stirn und Brust der Reaktion entgegenstemmen. Kein Leben mehr für mich ohne die Freiheit ... Mein Gesicht ist der Zukunft zugewandt“.

Die Philosophen, die den letzten Dingen nachgrübelten, verloren bisweilen die nächsten Dinge aus den Augen. Aber den Deutschen erstand in Fichte ein Erwecker von einem Schwunge, von einer Echtheit der Überzeugung und von einer ursprünglichen Gewalt des Pathos, wie ihn so leicht kein anderes Volk aufweisen kann. Schon Lassalle erklärte, daß die beste Würdigung des Denkers die Beschäftigung mit seinen Schriften sei. Er machte die Zeitgenossen auf den siebenten Band der Gesamtausgabe der Fichteschen Werke aufmerksam, der leider fast ein Geheimnis der Gelehrten geblieben war. Im Frühling des Jahres 1813, unmittelbar unter dem Eindrucke des Aufrufes „An mein Volk!“, hatte der Philosoph — „einer der gewaltigsten Denker aller Zeiten“ — wie Lassalle versicherte — einige Gedanken zu Papier gebracht, die als Grundpfeiler für eine bedauerlicherweise nicht zur Ausführung gekommene Schrift bestimmt waren. Was ist das eigentliche Nationale? fragte der Professor an der Berliner Universität. Ich denke, antwortete er, gegenseitiges Verstehen zwischen Repräsentierten und Repräsentanten. Nun gebe es etwas, worüber ganz gewiß Einverständnis herzustellen sei: die bürgerliche Freiheit. Diese wollen Alle: kein Volk von Sklaven sei möglich. Nicht mehr umzubilden wäre daher ein Volk, noch zum Anhange eines anderen zu machen, wenn es in einen regelmäßigen Fortschritt der freien Verfassung hineingekommen. Dazu sei es fortzubilden, um seine nationale Existenz zu sichern. Dies wäre ein Hauptgedanke ... Und Preußen? fragte Fichte an einer anderen Stelle. „Der Geist seiner bisherigen Geschichte zwingt es“ — lautete die Erkenntnis — „fortzuschreiten in der Freiheit, in den Schritten zum Reiche. Nur so kann es existieren. Sonst geht es zugrunde ....“ Für Fichte bedeutete deutsch sein und frei sein eins, für ihn, der sein Volk so innig liebte und nichts so schmerzlich empfand, wie die Versunkenheit, in die es unter Napoleons Gewaltherrschaft verfallen war. Wohl hatte der Denker nicht immer die gefestigte Zuversicht, die er in den

letzten Jahren zeigte; er war selbst hoffnungslos gewesen. Doch in der Not wurde er groß und immer größer und mit ihm wuchs sein Glaube an die Nation und an ihre Zukunft. Fichte stimmte keinen Haßgesang an, sondern sang das erhebende Lied der Liebe; ganz hingegeben an sein Volk, wußte er nichts Besseres für die Gegenwart und Zukunft, als ihm die Freiheit und Charakterstärke als leuchtendes Ideal vor Augen zu halten.

Nicht das Pflichtgefühl, das nur gibt, ohne zu nehmen, nicht der Gehorsam, der die Rücken krümmt, sondern das Freiheitsideal Schillers und Fichtes kennzeichnet das deutsche Wesen. Selbst Gneisenau, der gegenüber den Menschenrechten der Franzosen zur Mäßigung aufrief und meinte: „Begeistere Du das menschliche Geschlecht für seine Pflicht zuerst, dann für sein Recht“, trat später, durchdrungen von der Richtigkeit, dafür ein, daß Preußen sogleich eine Konstitution erhalte, um dadurch die Meinung Deutschlands für sich zu gewinnen und eine Vorherrschaft über die Geister zu erringen. „Der dreifache Primat der Waffen, der Konstitution, der Wissenschaft ist es allein, der uns aufrecht zwischen den mächtigen Nationen erhalten kann“. Indem er dies schrieb, verdolmetschte er nur, was die Besten und Klügsten dachten und empfanden. Allerdings, die Mahnung wurde nicht befolgt, denn die europäische Reaktion verwüstete viele gesunde Keime. Auch das deutsche Volk mußte die Zeit der heiligen Allianz überwinden.

5.

Nord und Süd.

Die Mainlinie ist nicht nur ein geographischer Begriff. Den Norddeutschen erfüllt ein anderer Lebensrhytmus als den Süddeutschen; zweierlei Wesensarten treten hervor. Als Friedrich der Große starb, hatte Preußen rund fünfeinhalb Millionen Einwohner; an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts wies das Deutsche Reich eine Bevölkerung von sechsundfünfzigeinhalb Millionen Seelen auf, wovon vierunddreißigeinhalb Millionen auf den Hohenzollernstaat entfielen. Mit dem außerordentlichen Wachstume Preußens, mit der gewaltigen Machtsteigerung, mit der Vervielfältigung der wirtschaftlichen Betätigungsformen veränderte sich notwen-

digerweise die Stellung seiner Bewohnerschaft innerhalb des Volksganzen. Allmählich zeigte es sich, daß die Vorstellung, die man sich in der Welt von den Deutschen gebildet hatte, nicht mehr zutraf.

Früher war der süddeutsche Rhytmus gleich der Wunderzeit des klassischen Weimar für das allgemeine Urteil maßgebend; nun machte sich allenthalben die motorische Kraft Norddeutschlands geltend. Das Volk der Dichter und Denker, der romantischen Träumer und liebenswürdigen Personen, von dem man verallgemeinernd fast zu schwärmen gewohnt war, gehörte der Vergangenheit an. Der überwiegende Teil der Deutschen, der fortab vor allem bemerkt wurde, setzte sich aus ernsten, zielbewußten, rastlosen Arbeitsmenschen zusammen. Dieser neuen Ordnung vermochte man sich in der Fremde nicht anzupassen; der Widerspruch zwischen dem überlieferten zarten Bilde und der nüchternen Wirklichkeit der Gegenwart, der sich leicht erklären ließ, schuf eine Entfremdung. Was nicht den Wünschen entspricht, stößt ab. Genau betrachtet, galt die Abneigung gegen die Deutschen, die in der letzten Friedenszeit so oft zum Ausdrucke kam, mehr dem zwanzigsten Jahrhunderte, das, wie jede Epoche, die Menschen bestimmte, als dem Volke, das nur Produkt der Umstände war. Dieses mußte anders sein als früher, weil sich die grundlegenden Bedingungen geändert hatten. Das immer größer gewordene, geographisch abgerundete Preußen gab den Ton an.

Der stete Drang zur Ausdehnung, zur Machterweiterung lag in der Vergangenheit im Wesen aller Staaten. Jedes Land versuchte es auf seine Weise, wurde mit mehr oder weniger Glück diesem dynamischen Prinzipe untertan. Daß auch die Mark Brandenburg diesen Wachstumsbestrebungen anheim fiel, vermag demnach so wenig zu überraschen, wie alles Regelmäßige und Selbstverständliche. Mit Erstaunen muß nur die eiserne Zähigkeit erfüllen, mit der die allmähliche Vergrößerung betrieben wurde, ebenso wie das unvergleichliche Gelingen zur Bewunderung hinreißt. Ungünstigere Verhältnisse hatte kaum ein anderer Staat zu überwinden und es hieß alle Kräfte ausschöpfen, alle Mittel in Bewegung setzen, um an das Ziel zu gelangen. Des Schicksals Gunst allein trug wenig dazu bei; alles mußte die Tüchtigkeit, die ganz auf den Staat eingestellte Arbeit, die Hingabe aller bewirken. Für spielerische Zeitver-

geudung, für tändelndes Genießen ließ die harte Tätigkeit kaum genug Muße, denn es galt nicht bloß neues Land zu erwerben, sondern auch den Gewinn heißer Kämpfe oder kluger diplomatischer Verhandlungen zu verdauen.

Wer ohne geschichtliche Kenntnisse die Landkarte des heutigen Preußens betrachten würde, der könnte sich kaum vorstellen, daß sich um den kleinen Kern Brandenburg in Jahrhunderten so viel neues Land herumzulegen vermochte. War die Entwicklungsrichtung zum Meere von Natur aus gegeben, so brachte die Geschichte noch Preußen und Schlesien, dann die namhaften Erwerbungen auf dem Wiener Kongresse — trotz der vorhergegangenen schweren Demütigung durch Napoleon — und schließlich — um nur Einiges zu nennen — die Gebiete, die das Jahr 1866 darbot. Der große Kurfürst herrschte bloß über anderthalb Millionen Menschen. Und trotzdem, welcher Aufstieg! Man muß jeder Empfänglichkeit für das Werden, für das Wachsen ins Weite bar sein, um dem wunderbaren Emporkommen Preußens zur ersten Macht in Deutschland und mit dem Deutschen Reiche zur führenden Macht in Europa nicht rein objektiv den Zug ins Großartige zuzugestehen. Wie sonderbar berührt es da, wenn zum Beispiel Constantin Frantz bei der Besprechung des Droysenschen Geschichtswerkes bloß über einen „albernen Roman“ spottet. Eine gewaltige Leistung bleibt an sich immer eine beachtenswerte Tat, die es verdient, nach Gebühr gewürdigt zu werden.

Aus der alten Mark Brandenburg wäre nimmermehr der Großstaat Preußen geworden, wenn die Ersten des Landes nicht mit ganzer Kraft an dem Werke der Aufrichtung gearbeitet oder wenn sie nicht wenigstens die Gabe besessen hätten, sich mit berufenen Persönlichkeiten zu umgeben, die Fähigkeit zu erkennen und dort zu verwenden, wo sie am Platze war. Dabei konnten sich die Hohenzollern in den entscheidenden Augenblicken nicht gemächlich im Hintergrunde halten, sondern sie mußten mit dem Einsatze ihres Lebens für ihr Land in die Schanze treten. Der große Kurfürst schwebte bei Fehrbellin in ernster Gefahr; Friedrich der Große war sein eigener und wahrlich begabter Feldherr. Auch die Ordnung der inneren Angelegenheiten des Staates erforderte ganze Männer, Naturen, die Kraft mit Zielbewußtsein paarten. Schwer genug mußte sich der große Kurfürst die alleinige Verfügungs-

hoheit in der Armee erzwingen; es wurde ihm nicht leicht mit dem hergebrachten Unwesen der eigenmächtig schaltenden Regimentsinhaber aufzuräumen, ebensowenig wie sich die Widersetzlichkeit der Stände ohne Schwierigkeiten brechen ließ.

Nach dem prunkvollen ersten König Friedrich verwandte der strenge, oft harte und nüchterne Friedrich Wilhelm I. seine ganze Energie darauf, die zwei Säulen, auf denen die Macht Preußens für geraume Zeit ruhen sollte, auszubauen: die Armee und die Beamtenschaft in die Höhe zu bringen. So entstanden die Voraussetzungen für die unvergleichlichen Taten Friedrichs II., der wie ein Leuchtturm aus dem Meere der Jahrhunderte emporragt. „Lebt wohl nun, Freuden, Spiele, Töne, mein höchster Gott ist meine Pflicht", hatte der König nach seiner Thronbesteigung an Voltaire geschrieben. Nichts Höheres gab es fortab für ihn, als restlos Diener des Staates zu sein, nach seinem besten Wissen und Gewissen für die Allgemeinheit zu arbeiten. Nach dem erstaunlichen Aufschwunge kam allerdings der erschütternde Niedergang. Doch der Staat erholte sich bald, weil die Kraft, die in ihm aufgespeichert war, weil seine Vitalität die tiefe Erniedrigung durch Napoleon zu überwinden vermochte. Erst das neunzehnte Jahrhundert verhalf zu den glanzvollsten Errungenschaften, sah Bismarcks Schöpfungswerk. Wer in das Seelenleben, in die einfache, schlichte Pflichttreue preußischer Könige einen Einblick gewinnen will, der lese etwa die „Lebensgrundsätze", die der nachmalige Kaiser Wilhelm I. als Jüngling verfaßte. „Ich freue mich meines Standes" — heißt es darin — „in Demut und bin weit entfernt, zu glauben, Gott habe mir einen Vorzug vor andern geben wollen, auch weit entfernt, mich meines höhern Standes wegen für besser zu halten. Mein fürstlicher Stand soll mich immer an die größeren Verpflichtungen, die er mir auferlegt, an die größeren Anstrengungen, die er von mir fordert und an die größeren Versuchungen, mit denen ich zu kämpfen habe, erinnern".

Bei der Ausbildung des preußischen Staates haben die Junker mitgewirkt, der Armee und der Beamtenschaft manche bedeutende Persönlichkeit zur Verfügung gestellt. Es ist zwar richtig, daß gar viele glanzvolle Namen in der preußischen Geschichte auf Männer hinweisen, die außerhalb des Landes geboren wurden, denn der Staat hieß jeden willkommen, der

ihm nützlich werden konnte. Eine arge Verkennung der Verhältnisse wäre es freilich, wollte man die Schäden übersehen, die junkerlicher Feudalismus teils durch erfolgreiche Hemmungen, teils durch die Verzögerung des Guten angerichtet hat. Daneben blieb aber an gewichtigen Leistungen soviel bestehen, daß sich daraus die bevorzugte Stellung, die nachwirkende Macht eines Standes ergab, dessen Vorrechte in dem Gewesenen und nicht in der lebendigen Gegenwart begründet erscheinen. Ganz eigenartig ist die Veranlagung des preußischen Junkertums, diese seltene Begabung, nicht rastend zu rosten, sondern stets aktiv zu sein, um sich so im Wandel der Verhältnisse zu behaupten. Während die Hocharistokratie in anderen Staaten vielfach morsch wurde, sich zermürbte und im üppigen Lebensgenusse verfiel, erhielt sich der preußische Landadel frisch und im Kerne gesund. So konnte ein Bismarck es wagen, in einer den Privilegien feindlichen Zeit zu verheißen, daß er seinen Stand noch zu Ehren bringen werde. Die ahnenstolzen Gefühle, die ihn bewegten, schilderte er einmal lebhaft in einem Briefe an seine Braut: „Ich kann es nicht leugnen, daß ich einigermaßen stolz bin auf dieses langjährige Walten des konservativen Prinzipes hier im Hause (in Schönhausen), in welchem meine Väter seit Jahrhunderten in denselben Zimmern gewohnt haben, geboren und gestorben sind, wie die Bilder im Hause und in der Kirche sie zeigen, vom eisenklirrenden Ritter auf den langgelockten zwickelbärtigen Kavalier des Dreißigjährigen Krieges, dann die Träger der riesenhaften Allongeperücken, die auf diesen Dielen einherstolzierten und den bezopften Reiter, der in Friedrichs des Großen Schlachten blieb, bis zu dem verweichlichten Sprossen, der jetzt einem schwarzhaarigen Mädchen zu Füßen liegt . . .“

Diese Junker haben sich um die Kurfürsten und Könige geschart, haben dem Staate in ihrer Weise das Beste gegeben: selbstbewußt, stets auf ihr Interesse bedacht. Kadavergehorsam, blinde Fügsamkeit entsprach nicht ihrer Art. Sie lehnten sich auf, wenn sie mit den Geschehnissen unzufrieden waren oder wenn sie sich in ihrem Standesvorzuge bedroht fühlten. Der alte von der Marwitz mußte mit der Festung Spandau bekannt werden, weil er so sehr gegen den Geist der Steinschen Reformen polterte. Wahrhaftig, er war kein Mann des Fortschrittes, doch er war ein ganzer Mann. Dieser Zug der Selb-

ständigkeit im Denken und im Handeln behauptete sich von Geschlecht zu Geschlecht. Die preußischen Landräte, die gegen die Kanalvorlage frondierten, hatten ihre Vorläufer. Aus der Ablehnung aller volkstümlichen politischen Fortschritte oder zumindestens aus der Zurückhaltung gegenüber den drängenden Bedürfnissen der Zeit entstanden natürlich heftige Gegnerschaften. An dem Steine des Junkertums entzündete sich viel Feuer. Selbst ein gemäßigter Politiker wie der markige, prächtige Harkort schrieb im Jahre 1851 in seinen „Bürger- und Bauernbriefen" von den Junkern: „Diese Partei, die die Schlacht bei Jena verlor und einem zweiten Jena entgegengeht, kennt kein Vaterland, sondern will nur Knechte. Sie ist es, die ... durch die Hilfe des Auslandes die alten verrotteten Zustände wieder einzuführen sucht". Doch die preußischen Adeligen haben bei aller Sprödigkeit dennoch aus den geänderten Verhältnissen, soferne sie nicht rückgängig zu machen waren, stets möglichst viel Vorteil zu ziehen gewußt. Stahl, der geborene Jude und Sohn Bayerns, gab ihnen nach der Revolution für Jahre die Losung: „Für die konstitutionelle Verfassung, gegen die parlamentarische Regierung", und „Autorität, nicht Majorität". Nicht die „Kopfzahl" sollte entscheiden, sondern die „natürliche Gliederung des Volkes". Die Abgeordneten wären von den örtlichen Berufsverbänden zu entsenden.

Von Zeit zu Zeit gingen aus dem Junkertum Persönlichkeiten hervor, die alle Standesvoreingenommenheit abstreiften und großzügig dachten und handelten, nicht selten allerdings auf das heftigste von jenen bekämpft, zu denen sie dem Ursprunge nach gehörten. Man denke bloß an Bismarcks Schicksal. Andererseits wäre es ganz verfehlt, die preußische Geschichte allzusehr unter dem Gesichtswinkel der Adelsherrschaft zu betrachten. Scharnhorst und Gneisenau trugen in der Armee doch den Sieg davon; die allgemeine Wehrpflicht wurde eingeführt, wie sehr auch mancher Neuerungsfeind zürnen mochte. Steins Wirksamkeit grub sich gleichfalls tief in die preußische Entwicklung ein, obgleich es leider unter den Nachfolgern des kühnen, unbeugsamen Staatsmannes gelang, die schönen Verheißungen des Ediktes vom Oktober 1807 in wesentlichen Stücken zunichte zu machen. Die Grundherren setzten die Berücksichtigung ihrer Interessen durch und bloß die

spannfähigen Bauern konnten der Wohltat teilhaftig werden. Viel altbäuerlicher Besitz sank unter und das wurde zu einer „für die ganze Folgezeit verhängnisvollen Tatsache“, um Georg Kaufmanns zusammenfassendes Urteil in seinem lesenswerten Buche über die neuere politische Geschichte Deutschlands anzuführen. Mehr Bauernland, mehr unabhängige bäuerliche Existenzen! Die soziale Struktur Preußens würde in einigen Linien verschoben sein, wenn die Steinsche Befreiung in vollem Umfange gelungen wäre... Und schließlich: Preußens leitender Staatsmann legte dem neuen Deutschen Reiche das allgemeine gleiche Stimmrecht in die Wiege.

* * *

Wenigen gelingt es, das, was ist, in seinem ganzen Inhalte und in allen seinen Zusammenhängen zu erfassen. Wie will man da selbstsicher verkünden, welche Bahnen die Entwicklung eingeschlagen hätte, wenn nicht die bekannten Einflüsse mitgespielt hätten. Das Eine aber kann man sagen: der preußische Staat wäre volkstümlicher geworden, wenn König Friedrich Wilhelm III. das Versprechen vom Mai 1815 eingelöst und der „preußischen Nation“ als Pfand seines Vertrauens „eine Repräsentation des Volkes“ gewährt haben würde. Allein es blieb bei der Verheißung, und damit konnte man sich in einer Zeit nicht zufrieden geben, in der auf dem deutschen Boden so viele Verfassungseinrichtungen entstanden. Es war ein bitteres Gefühl, daß die Befreiungskriege wohl die Zwingherrschaft Napoleons gebrochen, aber nicht den Absolutismus im eigenen Lande erschüttert hatten. Wurde deshalb soviel Blut vergossen, damit der Abstand zwischen den Hoffnungen und Erfüllungen so groß und schmerzlich sein sollte? Erst das Jahr 1848 führte zu dem ersehnten Umschwunge: Preußen wandelte sich in einen Verfassungsstaat um. Damit war jedoch nicht viel mehr als ein Anfang gemacht. Im Mai 1849 wurde das Dreiklassen-Wahlrecht oktroyiert und dem Landtage eine Grundlage gegeben, die das Emporkommen der Volksherrschaft völlig ausschloß. Durch verschiedene Erscheinungen verstimmt, zog sich die demokratische Partei grollend zurück, und das Parlament konnte zur Landratskammer werden. Zwar gelang es auch den Konservativen nicht, ihre Ideale zu verwirklichen. Ludwig von Gerlach und seine Getreuen hatten nicht die

Genugtuung, „die Verfassungsurkunde zu zerstückeln“. Aber der Rückschritt feierte dennoch Triumphe.

Als mit der Regentschaft des Prinzen Wilhelm die neue Ära anbrach, wurde das Gewölk bloß für eine kurze Spanne Zeit durchbrochen. Um dem liberalen Ministerium die Steine aus dem Wege zu räumen, hatten sich die angesehensten Achtundvierziger nicht wählen lassen; aber was nützte es; bald fingen die schweren Konflikte zwischen der Regierung und dem Landtage an. Bismarck schritt über die zarte Pflanze des Konstitutionalismus hinweg. Er wurde verkannt, ja leidenschaftlich gehaßt, und nur Wenige ahnten, was sich in ihm an großen Plänen und modernen Absichten regte. Nach dem Tage von Königgrätz fand sich die Opposition mit dem Ministerium des Erfolges ab, zumal, da der Kanzler die Hand zur Verständigung reichte. Die Jahre der Stürme waren vorüber, ruhigere Zeiten kamen für den preußischen Landtag. Doch das indirekte und Dreiklassen-Wahlrecht, von dem Bismarck sagen mußte, daß „ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz“ nicht ausgedacht werden könnte, blieb bestehen. Gegen diesen Felsen stürmte die Volksströmung jahrzehntelang vergeblich an. Während andere Bundesstaaten sich dem Zeitgeiste anpaßten, behauptete sich in Preußen die erkünstelte Hemmungseinrichtung.

Das allgemeine gleiche, unmittelbare Stimmrecht ist nicht die Demokratie, aber immerhin eine Vorbedingung für die volle Entfaltung des staatsbürgerlichen Einflusses. Es stellt das Fundament dar, auf dem weiter gebaut werden muß. Auf einer verfehlten Grundlage wird sich jedoch kaum ein zweckmäßiges Gebäude aufrichten lassen. Von der Art, in der sich der Bürger politisch geltend machen kann, hängt nun auch seine Stellung zum Staate und das Verhältnis der Staatsgewalt zur Bevölkerung überhaupt ab. Der Geist des öffentlichen Lebens wird dadurch bestimmt, der ganze Organismus empfängt sein Wesen von denen, die politisch den Ausschlag geben: sei es das Volk, das sich durchzusetzen vermag, sei es die Regierung, die, gestützt auf eine gewisse Bevölkerungsschichte, die Herrschaft ausübt. Die Ausgestaltung des Machtstaates Preußen zum Volksstaate Preußen ist nicht allein, aber zunächst eine Frage der Wahlrechtsänderung.

* * *

Neben dem Preußen der Junker und des Dreiklassen-Wahlrechtes gibt es noch ein anderes Preußen, eines, das allzuwenig beachtet wird. Früher als anderswo wurde in dem Lande der Hohenzollern die religiöse Toleranz geübt und der Welt damit ein edles und schönes Beispiel gegeben. Kurfürst Johann Sigismund, der der Duldsamkeit die Bahn brach, stellte sich dadurch über seine Zeitgenossen.

Ebenso schritt Preußen im Jahre 1717 durch die Einführung der allgemeinen Schulpflicht den anderen segensvoll voran. Zwar dauerte es noch eine geraume Frist, bis das Gebot wirklich befolgt werden konnte; das Notwendige war jedoch erkannt, der Segen der Volksbildung, der Erziehung aller früher begriffen worden als in den übrigen Ländern. Nicht nur der preußische Soldat und der preußische Beamte, auch der preußische Lehrer hat redlich das Seinige zu den Siegen beigetragen. Sorgsam wurde das kostbare Gut der Volksschule gewahrt und gemehrt und jeder ernste Angriff entschlossen abgeschlagen. Man denke bloß an den heftigen Kampf gegen den geplanten Anschlag in der Ära Caprivi. Auch die Mittelschulen konnten ihren erzieherischen Aufgaben ungestört obliegen. Man unterließ es wohlweislich, sie in Geistesdressuranstalten umzuwandeln und dadurch ihrem höheren Zwecke zu entfremden. „Als normales Produkt unseres staatlichen Unterrichtes“ — begann Bismarck seine Lebenserinnerungen — „verließ ich Ostern 1832 die Schule als Pantheist und wenn nicht als Republikaner, doch mit der Überzeugung, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei und mit Nachdenken über die Ursachen, welche Millionen von Menschen bestimmen konnten, Einem dauernd zu gehorchen“.

Friedrich Wilhelms III. Ausspruch nach dem Zusammenbruche bei Jena, daß der Staat durch geistige Kräfte ersetzen müsse, was er an physischen verloren habe, wurde oft und oft in das Gedächtnis gerufen. Mit Recht! In ihm offenbart sich ein System, das die volle Würdigung verdient. Es war gewiß nichts Geringes, daß Preußen gleich nach den schweren Niederlagen zwei Universitäten eröffnete und so bewies, welche Wertschätzung die Bildung genoß und wie viel man von ihr erwartete. Mochte Metternichs Einfluß weit reichen: die preußischen Hochschulen konnte er sich nicht ganz unter-

werfen. Die Lehrfreiheit entfaltete sich hier ungehemmter als anderwärts, die Welle der Reaktion überschwemmte nicht den Katheder. Um das Jahr 1830 wurde die Berliner Universität auch Nichtstudenten zugänglich. Von dieser kulturellen Begünstigung machten mehr als vierhundertfünfzig junge Leute Gebrauch, als Robert Blum, von Wissensdurst getrieben, zu den Füßen der berühmten Lehrer saß.

Noch etwas sei angeführt. Jede Verwaltung, die ihren Zweck erfüllen will, muß nach Vereinheitlichung streben. Ausnahmen erschweren die Übersicht und stören die Gleichmäßigkeit in der Behandlung. Auch die brandenburgisch-preußische Verwaltung war gezwungen, allmählich der Nivellierung zuzusteuern und die Sonderrechte zu überwinden. Ebenso mußte die bewußte Eingliederung in das Staatsganze in die Wege geleitet und die Staatsgesinnung über die neuen Zuwachsgebiete verbreitet werden. Aber aus dem hohen Maße, in dem sich das landsmannschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl erhalten hat, kann man darauf schließen, daß bei aller Starrheit und Sprödigkeit eine gewisse Schmiegsamkeit nicht fremd geblieben ist. Nach außen geeint, unlösbar verbunden, vermochten die Bewohner auf ihrer Scholle ihre geliebte Eigenart zu bewahren, auch als Preußen ihre Ursprünglichkeit zu behaupten.

Daß der große Kurfürst die um ihres Glaubens willen vertriebenen Franzosen ins Land rief und ihnen ein sicheres Asyl bot, braucht nicht zu überraschen. Man könnte diese Tatsache mit Nützlichkeitserwägungen erklären. Immerhin verdient aber hervorgehoben zu werden, daß die schutzlosen Ankömmlinge nach ihren alten Rechtsgewohnheiten leben durften, daß man sie zu selbständigen Kirchspielen und Gemeinden zusammenfaßte und mit einer eigenen Gerichtsbarkeit ausstattete. Ähnlich verfuhr Preußen zunächst auch den Polen gegenüber. Als Friedrich Wilhelm III. den Titel eines Großherzogs von Posen annahm, erließ er eine Proklamation, in der es hieß: „Ihr werdet meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu müssen, Ihr werdet an der Konstitution teilnehmen, die ich meinen getreuen Untertanen zu gewähren beabsichtige und wie die übrigen Provinzen meines Reiches eine provinzielle Verfassung erhalten. Eure Religion soll aufrechterhalten, Eure Sprache neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden . . . .“ In dieser

Richtung wurde bis zum Ausbruche der polnischen Revolution im Jahre 1830 regiert. Nachher trat ein jäher Wandel ein; ein anderer Wind wehte fortab. Und es kam zur preußischen Ansiedlungspolitik mit ihren harten Folgeerscheinungen.

Der gewaltige *wirtschaftliche* Aufschwung im Königreiche hatte verschiedene Ursachen. Immerhin wurde er durch die Rechtsordnung gefördert. Früh schon — vor mehr als einem Jahrhundert — erfolgte die Einführung der Gewerbefreiheit, die sich seither, wenn auch im wechselnden Umfange, fast ununterbrochen erhielt. Selbst während der anders gearteten Gesetzgebung nach dem Jahre 1848 sorgte die Verwaltung dafür, daß die vorgeschriebenen Einschränkungen nicht zum Nachteile werden und niemanden hemmen konnten. Der Norddeutsche Bund kehrte wieder zur Gewerbefreiheit zurück. Jedenfalls verdient der Umstand einige Beachtung, daß sich der Industrialismus gerade in jenen Provinzen am stärksten entfaltete, wo die Privilegien unter der französischen Herrschaft am frühesten zusammenbrachen und die Gleichheit aller zum leitenden Grundsatze erhoben wurde. Soll die Volkswirtschaft erblühen, muß die Bahn für alle Tüchtigen frei sein.

* * *

Die Geschichte gestaltet die Menschen. In ihrem Feuer i[illegible]r *Charakter* der *Preußen* gestählt, zu dem gebildet [illegible]orden, was er ist. Pflichttreu, sachlich, zweckbewußt, tüchtig haben die Menschen ihren Führern das Werkzeug geboten, um den großen Staat zu schaffen. In Jahrhunderten des Untertanentums ist der Einzelne nicht als Individuum in Betracht gekommen. Er war Objekt, nicht mehr. Es galt schon viel, wenn der Staat sich zur Wohlfahrtseinrichtung entfaltete, wenn hoheitsvoll auf den Niedrigen Bedacht genommen wurde. Im übrigen blieb das Landesinteresse im Vordergrunde der Erwägungen und alles andere mußte sich ihm dienstbar erweisen. Das Gehaben der Großen beeinflußte die, die ihnen am nächsten kamen oder am nächsten sein wollten. Man merkte es der Oberschicht an, daß sie einem Gemeinwesen angehörte, in dem das Heer und das Beamtentum den Ton angaben, in dem das Couleur-Studententum eine Art erster Auslese darstellte. Das preußische Volkswesen war die Spiegelung des Staatswesens.

Hoch über allen thronte der König, der sich die Krone aus eigenem Rechte aufs Haupt setzte. Gewissenhaft suchte er seinen Herrscherberuf zu erfüllen und freiwillig zu tun, was seines Amtes war. Ferne lag es ihm aber, sich die Bahn für seine Wirksamkeit vorschreiben zu lassen. Als sich später ein Blatt Papier, eine Verfassung, zwischen den Romantiker Friedrich Wilhelm IV. und das Volk schob, bedurfte es erst der Angewöhnung. Indes, das Notwendige forderte seinen Tribut. Im Mai 1848 beklagte sich Prinz Wilhelm, der spätere Kaiser, bitter darüber, daß man an ihm zweifeln konnte, das heißt, daß man sich fragte, ob er „Preußen in seiner neuen Gestalt mit derselben Pflichttreue dienen würde, als in seiner früheren“. Dies, so meinte er, schmerze ihn bei der über ihn verhängten Prüfung am meisten. Ein konservativer Zug blieb dem preußischen Staatsoberhaupte allerdings. Nicht voranzustürmen, sondern fortzubilden, wurde als die übernommene Aufgabe angesehen. Den Drängern gegenüber hieß es: Arbeit mit Weile.

Aber zweierlei Dinge hatten sich allmählich völlig verändert. Durch die Entscheidungen von 1866 und 1871 kam Preußen auf den Gipfelpunkt seiner Entwicklung; darüber hinauszustreben lag außerhalb der herkömmlichen Vorstellungen. Sein Beruf war insoferne erfüllt, als er die Höhenentfaltung betraf. Nun geboten Klugheit und Einsicht, das Erreichte zu behaupten und ein Hinabgleiten zu vermeiden. Auch war Preußen aus seiner früheren Unabhängigkeit zu einer überlegenen Freiheit emporgewachsen, indem es als Erster unter Gleichen, zum Teile des neuen Deutschen Reiches wurde. In diesem großen Zusammenhange trafen sich norddeutsche und süddeutsche Art, machte sich auch der Einfluß bemerkbar, der von dem allgemeinen gleichen Stimmrechte für den Reichstag ausstrahlte. Der preußische Bürger erfuhr eine doppelte Wertung, je nachdem, ob man sein Verhältnis zum Königreiche oder zum Reiche berücksichtigte. Die Hauptsache blieb jedoch, daß der König zugleich Kaiser, daß Bismarck zugleich der Lenker Preußens und des Deutschen Reiches war. Daraus mußten sich mit unwiderstehlichem Zwange, wenn auch fast unbewußt, Richtungsänderungen ergeben, die jene freilich sofort empfanden, die zu sehr an dem Alten hingen, um das Neue begrüßen zu können. Als Roon, einer von den Pala-

dinen, seinen Abschied nahm, gestand er dem Freunde Blankenburg, daß „durch Bismarcks Verdeutschung à tout prix“ sein „preußisches Programm unbrauchbar geworden sei“. Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst schrieb allerdings noch im Dezember 1898 in sein „Journal“: „Wenn ich so unter den preußischen Exzellenzen sitze, so wird mir der Gegensatz zwischen Norddeutschland und Süddeutschland recht klar. Der süddeutsche Liberalismus kommt gegen die Junker nicht auf....“ Und er schilderte drastisch ihre Verdrossenheit.

Die zweite tiefgreifende Wandlung trat in der Auffassung des Bürgers über den Staat hervor. Das Untertanentum war längst beseitigt; das Objekt von ehedem wollte nun Subjekt sein. Rechtsansprüche, die sich bloß auf die Geschichte berufen konnten, entbehrten in den Augen der Vielen des zureichenden Rechtstitels. Das, was mitgeholfen hatte, Preußen groß zu machen, verlor, von unten betrachtet, seinen Wert, weil es nur mehr hieß, Preußen groß zu erhalten. Was konnte dem Staate aber mehr Kraft verleihen, als die uneingeschränkte bürgerliche Geltung seiner Bewohner, die sich ihrer Tüchtigkeit bewußt waren. Bedeutete die Junkerherrschaft, das Dreiklassen-Wahlrecht mit allem, was dazu gehörte, nicht einen störenden Rückstand, der verschwinden mußte, wie soviel anderes Überlebtes? Konnte man denn wirklich von der Masse verlangen, daß sie in Preußen auf eine entsprechende Vertretung verzichte und sich der Mitbestimmung enthalte, die durch das Abstimmungsverfahren nicht gefördert, sondern aufgehoben wurde? War die Demokratisierung aller Einrichtungen, die Zuleitung eines breiten Stromes von Volkskraft in die Ämter nicht ein Gebot der Billigkeit? Die Oberschichten des Bürgertums konnten die Eigenart Preußens als Verfassungsstaat leichter ertragen, weil ihre Stellung, ihr Besitz zum Machtquell wurde. Aber die Masse wollte auch frei sein und der Bürgerrechte voll teilhaftig werden. Die Kluft zwischen der preußischen Bevölkerung und dem preußischen Staate entstand.

* * *

Nord und Süd! Dort mehr praktische Vernunft, hier mehr Seele, dort mehr Strammheit, hier mehr Gefühl. Im Norden führt man das Leben um eines Zweckes willen: unter

Bedachtnahme auf den Staat, auf die soziale Geltung, auf den Erwerb. Im Süden wird das Leben vor allem wohlig genossen und das Übrige kommt erst in zweiter Linie in Betracht. Mehr Poesie, mehr Freude an den Farben, den stillen Wundern der Natur, den sanften Tälern, den wälderbeschatteten Hügeln und den klaren Bächen: das kennzeichnet den Süddeutschen. Der Einzelne hastet weniger, schreitet beschaulicher durchs Dasein, will nicht immer voran sein und jagen um des Jagens willen. Unter den Schwaben findet man viel Insichgekehrtheit. Der einfache Bürger wird zum Grübler, zum philosophischen Denker, der zwar kein System aufbaut, doch mit Gott und der Welt nach seiner feinen Art geistig fertig zu werden sucht. Das Lärmende, Dröhnende stößt den Süddeutschen ab. Die Trommeln der Reklame wirbeln weniger und der innere Qualitätswert wird stärker gewürdigt. Im Norden drängt alles zum Großbetriebe, zur pompösen Aufmachung; das Geschäft wird zum Warenhause, der Gewerbebetrieb zum Fabriksunternehmen. Im Süden gibt man sich gerne der künstlerischen Handwerksarbeit hin; die Freude am einzelnen Stücke ist nicht erloschen. Und endlich: mehr Bauernland als etwa im Osten!

Es ist gewiß kein Zufall, daß der Humanismus einst im Süden Deutschlands so prächtige Blüten trieb. Noch heute wird es uns warm um das Herz, wenn wir an Dürer und den ältern Holbein denken, wenn wir geistig in Hans Sachsens Schusterwerkstätte blicken und das alte Nürnberg und Augsburg durchwandern. Wie konnte ein Johannes Reuchlin der Natur froh werden, sich am sonnengrünen Wiesengrund voll bunter Blumen, an dem rauschenden Bächlein, über dem in seiner Phantasie die Engel schwebten, erbauen! Konrad Celtis, der größte Dichter der deutschen Renaissancezeit, hatte seine Wiege am Main, dort, wo die Trauben im Sonnenlich reifen. Wohl dankte München seinen Aufstieg zur ersten Kun stadt der verständnisvollen Förderung durch kunstlieben Könige. Aber es wäre nie das geworden, was es ist, wenn nich die Umwelt auch das ihrige dazu beigetragen, nicht Anregung und Schwung verliehen hätte. Meister Cornelius, der an den verschiedensten Stätten schuf, schwelgte nirgends so sehr in der Farbenpracht wie in München, das er und seine Schüler zierten.

Am Beginne dieses Jahrhunderts hatten Bayern rund 6,2, Württemberg rund 2,2 und Baden rund 1,9 Millionen Einwohner. Hier war kein Massenaufgebot möglich und die Geschichte selbst mußte mit kleineren Maßstäben arbeiten. Sie verlief geruhsamer, entwickelte nicht die gewaltigen Antriebe, lockte nicht zu fernen Zielen. Die Länder, die dem Rheinbunde angehört hatten, wurden von der Woge der nationalen Begeisterung zur Zeit der Befreiungskämpfe kaum erfaßt; umsomehr war man auf die Erhaltung der altgewohnten Eigentümlichkeiten bedacht. Der Partikularismus ging in Fleisch und Blut über. Man wollte sich behaupten und von niemandem zurückdrängen lassen. Weniger Beharrlichkeit im Streben als im Norden und dafür Beharren im Besitze!

Auf diesem Untergrunde mußte die Politik mehr der Demokratie zusteuern. Bayern erhielt im Mai 1818, Baden im August desselben Jahres eine Verfassung; in Württemberg verlieh der König im Jahre 1815 eine neue Konstitution, um die heftige Kämpfe entbrannten, bis dann im September 1819 das Werk der Vereinbarung zustande kam. In den Kammern wurde eine rege Tätigkeit entfaltet. Wie wechselvoll sich auch ihr Schicksal gestaltete, wie zornig auch die Doktrinäre und nicht bloß diese gegen die vielen Flecken im Bilde des Konstitutionalismus, gegen die Mißbräuche und Abirrungen vom rechten Wege wettern mochten: der innerpolitische Fortschritt gegenüber Norddeutschland war unleugbar. Anders geartete Verhältnisse mußten das Anderssein der Bevölkerung vertiefen. Eine größere Preß- und politische Bewegungsfreiheit gab der Beschäftigung mit den öffentlichen Vorgängen stets frische Anregungen.

Die Könige fühlten weniger ihr Gottesgnadentum und mehr ihre Erdenmacht; sie standen den Massen menschlich nahe. Ludwig I. von Bayern trug als Kronprinz den altdeutschen Rock der Burschenschaft zu einer Zeit, in der bereits auf weiten Gebieten die Hetze gegen die akademischen Verbindungen und gegen das Politisieren an den Hochschulen begonnen hatte. Auf den Thron gekommen, versicherte er im März 1831, daß er kein „unumschränkter Herrscher sein möchte". Während der langen Regierung Wilhelms I. in Württemberg gab es viele Mißverständnisse, doch auch viel Verstehen zwischen König und Volk. In Bayern zeigten sich zur Zeit des hochsinnigen, geist-

vollen Königs Max mancherlei Erscheinungen der Reaktion; der aus Sachsen geholte Minister von der Pfordten hatte sich auf dem Wege nach dem Süden aus einem fortschrittlichen Saulus in einen rückschrittlichen Paulus umgewandelt. Als der König starb, betrauerte man jedoch wirklich einen schweren Verlust. Ein Feuilleton, das Kürnberger -- gewiß kein feiler Liebediener oder Schönfärber — damals nach Wien sandte, berichtete: „Ein Fürst gehört nicht dem Volke, er gehört der Menschheit. Der üble wird von allen verwünscht, der gute von allen gesegnet ... Bayern fühlt, was es verloren hat. Die sechzehnjährige Regierung des Königs war ein goldenes Zeitalter dieses Landes. Nie habe ich öffentliche Zustände gesünder, nie ein Land glücklicher, nie ein Volk zufriedener gesehen. Was König Ludwig für die Kunst war, war König Max für die Kunst, für die Wissenschaft und für die Politik ... Sein hochherziges Programm: „Ich will mit meinem Volke in Frieden leben", sicherte der Volksvertretung den gebührenden Einfluß auf das System der Regierung ... Der König war human liberal". In Süddeutschland gab es also schon früher zwar keine Volksherrschaft, aber eine volkstümliche Herrschaft, und der Vorsprung gegenüber anderen Staaten wurde behauptet. Seine Einwirkung auf das öffentliche Leben, auf die Verwaltung, auf die Beamtenschaft, kurz auf den politischen Geist, läßt sich nicht bestreiten.

Pfizer, der ahnungsvolle Verkünder der preußischen Größe im Süden, meinte schon in einem seiner Briefe: „. . Billigerweise wird daher der einzige deutsche Volksstamm, der sich selbst fühlt und auf seine Volksehre etwas zu halten wagt, der preußische, von dem übrigen Deutschland mit Bitterkeit getadelt und angefeindet". Der Gegensatz ist alten Datums. Er hat sich jedoch nicht bloß menschlich und innerpolitisch geäußert, sondern auch in der großen deutschen Politik geltend gemacht. Der Kampf um die Vorherrschaft zwischen Preußen und Österreich ließ die süddeutschen Staaten nicht unberührt. Auf ihre Selbständigkeit eifersüchtig bedacht, neigten sie sich immerhin Österreich zu. „Wenn der Kaiser ruft, marschieren wir!" versicherte der König von Württemberg in Bregenz. Diese Stimmung fand noch im Jahre 1866 ihren kräftigen Ausdruck. Zeitgeschichtlich sind die Äußerungen recht interessant, die Wolfgang Menzel aus dem Schicksalsjahre auf

den letzten Seiten seiner „Denkwürdigkeiten“ festgehalten hat. Als aber die Entscheidung auf den böhmischen Schlachtfeldern gefallen war, da brach ein neuer Geist durch. Alle Hoffnungen der Franzosen im Jahre 1870, aus dem Gegensatze zwischen Nord- und Süddeutschland Nutzen zu ziehen, wurden zuschanden. In der bayerischen Kammer unterlagen die Gegner Preußens bald. Als der ultramontane Historiker Sepp nach der Kriegserklärung seine Rede im Landtage mit den Worten begann: „Zwischen heute und gestern liegen zehn Jahre“, als er, der ursprünglich für die „bewaffnete Neutralität“ sprechen sollte, nun an König Ludwigs I. Ausspruch: „Wir wollen Deutsche sein und Bayern bleiben!“ erinnerte und damit endete, daß er ausrief: „Wir werden in den Krieg eintreten mit allem Ernst und aller Kraft; Gott gebe den Waffen der Deutschen den Sieg!“, da war der kleinliche nationale Zwiespalt begraben. Eine andersgeartete Zeit setzte ein. Aus den gemeinsamen Waffentaten der Deutschen erwuchs dann die nationale Einheit, das neue Deutsche Reich.

Der Segen, der von dem politischen Zusammenschlusse ausströmte, konnte freilich nicht verhindern, daß sich die Unterschiede im Rhytmus, in der Lebensauffassung und in den politischen Einrichtungen noch weiterhin in verschiedenen Gefühlsschwingungen geltend machten. Unwandelbar blieb beispielsweise eine Persönlichkeit wie Ludwig Pfau im Hasse gegen Bismarck. Der Demokrat und Kunstkritiker wurde auch wegen einer „Beleidigung des preußischen Staatsministeriums“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. So teuer und lieb dem Bayer, dem Schwaben, dem Badenser, bei aller Heimatstreue, das große deutsche Vaterland geworden ist: dem Preußen gegenüber kehrt er dennoch seine Eigenpersönlichkeit hervor, wie ja der richtige Preuße sein Sonderwesen gleichfalls nicht verhüllt ....

* * *

Bismarck sagte einmal in einer Reichstagsrede, daß die Franzosen von Prussiens reden, wenn sie etwas Deutsches tadeln wollen und von Allemands, sofern sie zu loben beabsichtigen. Das ist in der letzten Zeit allerdings anders geworden. Heute gibt es für sie nur „Boches“. Wirft man aber die Frage auf, ob der Gegensatz zwischen Nord und Süd all-

mählich hinschwinden werde, dann bringt die Antwort eine Bejahung. Der innere Wesensunterschied der Menschen wird natürlich bleiben, der Gang des wirtschaftlichen Getriebes im Norden und Süden weiterhin ein anderer sein. Mit jedem Schritte jedoch, den Preußen auf der Bahn der Demokratisierung vorwärts macht, werden Erscheinungen des Andersſein absterben. Der politischen Umformung wohnt eine Art verändernde Kraft inne. Sie wird vom Staats- oder Königsvolke zum modernen Volkskönigtum, zur Volksherrschaft in Preußen hinführen. Diese fördert aber die wahre Verbrüderung, nicht etwa im idealistischen Sinne der alten Demokraten, sondern nach dem Erfahrungssatze, daß sich in der Welt nur die Gleichen dauernd verstehen und eins fühlen.

6.

Drei Herrscher.

Friedrich II. war der Meinung, daß die Stärke der Staaten auf den großen Männern beruhe, die „die Natur ihnen zur rechten Zeit geboren werden läßt". Er kam zu dieser Einsicht, obwohl es für ihn in der Kunst des Herrschens kein unenträtseltes Geheimnis gab, trotzdem ihm die praktische Erfahrung eines langen Lebens zur Verfügung stand. Unsere Betrachtungsweise berücksichtigt auch andere Faktoren und legt den Zeitumständen eine erhöhte Bedeutung bei. Wie der bildende Künstler von dem Material abhängt, das ihm zu Gebote steht, so bleibt der Landesfürst bei seinen Taten an die geistigen und wirtschaftlichen Vorbedingungen, an die Eigenschaften der Bevölkerung gebunden. Immerhin verdeutlichen die Träger der Macht die Zeit und ihre leitenden Ideen. Indem wir uns nun drei preußische Könige vor Augen führen, sehen wir scharfumrissen die Linie des Entwicklungsprozesses, den das politische Denken der Regierenden in Preußen genommen hat.

Das achtzehnte Jahrhundert war die Zeit überragender gekrönter Persönlichkeiten. Es wäre überflüssig, zu untersuchen, wer größer gewesen sei: Maria Theresia, die verständige, einsichtsvolle, bedächtige und tatkräftige Frau, Josef II., der geniale, voranstürmende Neuerer, oder Friedrich II., der siegreiche Staatsverjünger. Man würde bei dem Abwägen zu keinem brauchbaren Ergebnisse kommen, weil es immer versagt

bleibt, mit Menschenwerten wie mit Ziffern zu operieren. Genug an dem, Friedrich II. war einer von den ganz Großen, ein Wahrzeichen für seinen Staat. Wir können ihn aus der Geschichte nicht wegdenken, ohne eine klaffende Lücke zurückzulassen. Thomas Mann hat in den letzten Jahren ein unfreundliches Bild des Königs entworfen, eine Persönlichkeit vor uns hingestellt, die aller anziehenden Menschlichkeit bar ist. Aber was will das bedeuten? Nicht nur das Glück, auch die Tragik der Erdenkinder wird manchmal mißverstanden.

Friedrich der Große zeigte scheinbar zweierlei Physiognomien: eine andere als Kronprinz und eine andere als Herrscher. Er hatte es auch mit verschiedenen Aufgaben zu tun. Vor der Thronbesteigung konnte er bloß denken; nachher mußte er vor allem handeln. Vor der Krönung durfte er als Privatmann über Zeit und Raum hinweg dem Besten nachstreben, nachher stand er unter dem Zwange, zuzugreifen und praktische Politik zu treiben. Als Idealist und als Realist versuchte König Friedrich das Höchste zu erreichen, und so jagte er zweierlei Zielen nach. Die Gegensätzlichkeit ist überraschend und nicht ganz aufzuklären; allenfalls kündigte sich in mancher Erwägung des Kronprinzen der künftige Herrscher an, wie der Herrscher durch manche Verfügung an die Lehren des Kronprinzen erinnerte.

Der Antimachiavell war unmittelbar vor dem Thronwechsel verfaßt worden. Man möchte am liebsten jeden Satz wiederholen, um den Schwung des Idealismus zu veranschaulichen. Entschieden wandte sich Friedrich gegen die Eroberungssucht. Angenommen, es würde jemand die ganze Welt unter seine Botmäßigkeit bringen, könnte er sie dann auch regieren? Ein so großer Fürst er wäre, er bliebe doch ein im Vollbringen beschränktes Wesen. Die Größe des Landes würde nur dazu dienen, die Kleinheit des Fürsten zu offenbaren. Einige Meilen Erdreich mehr machen nicht berühmt. Die Stärke eines Staates bestehe nicht in dem weiten Umfange des Landes, sondern in dem Reichtum und in der Menge der Einwohner. Der wahre Vorteil des Fürsten gebiete deshalb, den Boden zu bevölkern und den Staat der Blüte zuzuführen. Keine Neigung sei von unserem Wesen so unlösbar als die zur Freiheit. Von dem wohlgesitteten Menschen an bis zu den barbarischesten seien alle in gleicher Weise von ihr eingenommen.

Da wir ohne Ketten geboren werden, begehren wir ohne Zwang zu leben. Machiavell behauptete, es wäre nicht möglich, in einer so verderbten Welt ganz und gar gut zu sein, wenn man nicht umkommen wollte. Dieser Anschauung gegenüber verkündete der Kronprinz: Damit man nicht umkomme, müsse man klug und tugendhaft sein. Die Welt wäre glücklich, versicherte er weiter, wenn man von keinem anderen Mittel, die Gerechtigkeit zu erhalten und unter den Nationen Friede und Eintracht herzustellen, etwas wüßte als von Unterhandlungen. Leider aber zwinge eine ärgerliche Notwendigkeit die Fürsten, einen viel grausameren Weg einzuschlagen. Doch sei der Krieg so furchtbar an Unglück, der Ausgang so ungewiß und die Folgeerscheinung für ein Land so verderblich, daß die Herrscher mit sich nicht genug zu Rate gehen können, ehe sie den Kampf beginnen. Wahrlich, die Kriege seien so ernsthaft, daß man sich wundern müsse, wie leicht sich viele Könige dazu entschlossen haben.

Wie sonderbar! Kaum auf den Thron gekommen, stürzte sich Friedrich II. in den Kampf; recht wohlgemut machte er sich zum „Rendezvous des Ruhms“ auf. Er gestand selbst, daß die Sehnsucht, sich „einen Namen zu sichern“, mit in Betracht gekommen sei. Der Ehrgeiz stachelte ihn an: als Schriftsteller und als König. Vom ersten Tage nach dem Leichenbegängnisse seines Vaters ab hatte er für die Ausgestaltung der Armee gesorgt und niemals wurde er müde, auf ihre Machterhöhung bedacht zu sein. Aber sein wohlüberlegter Reformeifer umfaßte alles. Die Folter wurde abgeschafft, die Freiheit des Wortes begründet. Ein jeder solle nach seiner Fasson selig werden, hieß es fortab. Der Staat brauchte Geld, und die Erträgnisse mußten daher vermehrt werden. Doch gleichzeitig erhielt die Volkswirtschaft neue Impulse. Die Untertanen sollten die doppelte Kunst lernen: „Geld zu sparen und Geld zu verdienen“. Friedrich ging in seinem Herrscherberufe völlig auf. „Der Fürst ist für den Staat“ — schrieb er im Jahre 1777 und nun nicht mehr bloß theoretisierend — „was das Haupt für den Körper ist; er muß für das Ganze leben, denken und handeln, um diesem alle Vorteile zu verschaffen, deren es zugänglich erscheint“. In derselben Arbeit hieß es von dem Fürsten: „Wenn er der erste Richter, der erste General, der erste Financier, der erste Minister der Gesellschaft ist, so soll er dies alles nicht nur vorstellen, sondern auch die damit verbundenen Pflichten erfüllen.

Er ist nichts als der erste Diener des Staates, und als solcher verhalten, mit aller Rechtschaffenheit, Weisheit und Uneigennützigkeit zu verfahren, so, als hätte er seinen Mitbürgern jeden Augenblick über seine Staatsverwaltung Rechenschaft abzulegen".

Friedrich der Große, der seinem Lande Schlesien und Westpreußen hinzufügte, war Philosoph und Dichter, Musiker und Satiriker, Feldherr und Staatsmann. Selbst aufgeklärt, wurde er zum aufgeklärten Selbstherrscher, zum Begründer des obrigkeitlichen Wohlfahrtsstaates. Preußen galt ihm mehr als Deutschland. Er war zwar Deutscher der Tatkraft nach, aber Franzose nach seiner Lieblingssprache und vielfach auch nach seinem Denken. Obwohl Friedrich der Große den jungen Goethe — gleich Shakespeare — so sehr verkannte, blieb ihm die Ahnung des gewaltigen kulturellen Aufschwunges seiner Nation nicht versagt. In einer Studie über die deutsche Literatur versicherte er: „Laßt uns nur Medicis haben und es werden schon Genies hervortreten; ein Augustus wird einen Virgil hervorrufen". Waren zwar die schönen Tage der deutschen Literatur noch nicht gekommen, so näherten sie sich doch bereits. „Ich kündige sie ihnen an" — schrieb Friedrich gleichsam, als würde vor seinem Blicke das Weimar der Klassiker auftauchen — „ich werde sie aber nicht zu sehen bekommen, mein Alter nimmt mir die Hoffnung. Ich bin wie Moses."

* * *

Eine ganz andere Erscheinung war König Wilhelm, als deutscher Kaiser der Erste. Schlicht, gewissenhaft, fleißig, dabei eines eigenen Urteils über die Zeitverhältnisse durchaus fähig, so wurde er zum Begründer der Einigung. Trotzdem er seine eigenen Gedanken hatte, verstand er es, mit dem zielbewußten Willensmenschen Bismarck auszukommen und gemeinsam mit ihm der deutschen Geschichte ein Ruhmeskapitel anzugliedern. Wer war größer? Wer verteilte gerechter Licht und Schatten: Heinrich von Sybel oder Ottokar Lorenz? Fragen für den Historiker, nicht mehr! In jungen Jahren Zeuge der Befreiungskämpfe, aufgewachsen als Soldat, erzogen in den altpreußischen Überlieferungen, hatte Kaiser Wilhelm I. den sehnlichen Wunsch, die Heeresmacht nicht verdorren zu lassen, sondern sie zu verjüngen und zu stärken.

Mit Eifer widmete er sich als Regent und als König diesem Ziele, und es war ein Verhängnis, daß die fortschrittlichen Politiker ihn hemmten. Sie versteiften sich auf die Forderung nach der zweijährigen Dienstzeit, und dadurch entstand ein schwerer Konflikt zwischen der preußischen Krone und dem preußischen Landtage. Die liberale „neue Ära" nahm ein vorschnelles Ende; Bismarck mußte gegen das Parlament regieren. So lagerten sich über den Anfang Schatten hin.

Kaiser Wilhelm war seiner Weltanschauung nach konservativ, doch seine Einsicht und sein Pflichtbewußtsein bewahrten ihn davor, zum Fanatiker des Rückschritts zu werden. Er erkannte die Notwendigkeit eines maßvollen Fortschritts und wußte die Mitarbeit des Parlaments zu schätzen. Nach dem Absolutismus sehnte er sich auf der Höhe seines Lebens keineswegs zurück. Schon im Jahre 1824 hatte er in einem berühmt gewordenen Briefe frank und frei herausgesagt: „Hätte die Nation anno 1813 gewußt, daß nach elf Jahren von einer damals zu erlangenden und wirklich erreichten Stufe des Glanzes, Ruhmes und Ansehens nichts als die Erinnerung und keine Realität übrig bleiben würde, wer hätte damals wohl alles aufgeopfert solchen Resultates halber? Es ist dies eine gewichtige, aber schmerzlich zu beantwortende Frage. Sie wissen aus unsern Unterredungen, wem ich die Schuld unseres Rückschrittes in allen Staatsverhältnissen beilege". Kaiser Wilhelm I. war ein Anhänger der parlamentarischen Gesetzgebung, blieb jedoch immer ein entschiedener Gegner der parlamentarischen Regierung. „Das Parlament soll eine Kontrolle führen über die Regierung, diese soll und muß sich verteidigen und wird ebenso oft in ihrem Rechte gegen parteiische Anklagen bleiben als des Unrechts überführt werden. Letzteres braucht dann nicht stets zum Abtreten zu nötigen. Wohl aber soll es ein wohltätiges Aufmerksammachen nach sich ziehen, und das ist bei gewissenhaften Beamten immer zu erwarten." So lautete eine Äußerung im September 1857. Am Ende des ereignisschweren Jahres 1866 verfaßte Kaiser Wilhelm eine „letztwillige Aufzeichnung". In ihr ermahnte er seinen Sohn, „durch besonnenes, zeitgemäßes Fortschreiten das Wohl und Gedeihen" des preußischen Volkes und der preußischen Armee zu sichern.

Kaiser Wilhelm fühlte sich ganz als Preuße und nichts ging ihm über den Glanz der Königskrone. Die Annahme

des Kaisertitels fiel ihm nicht leicht; wir wissen, welche Schwierigkeiten überwunden werden mußten. Charakteristisch war der Brief, den er am 18. Januar 1871 unter dem Eindrucke des gewaltigen Erlebnisses zu Versailles an seine Gattin richtete. „Eben kehre ich vom Schlosse nach vollbrachtem Kaiserakt zurück. Ich kann Dir nicht sagen, in welcher morosen Emotion ich in diesen Tagen war, teils wegen der hohen Verantwortung, die ich nun zu übernehmen habe, teils und vor allem über den Schmerz, den preußischen Titel verdrängt zu sehen" Als konservativer Preuße, doch auch als entwicklungs- und anpassungsfähiger Sohn seiner Zeit, allem hastigen Drängen abhold, so behauptete sich Kaiser Wilhelm neben der Reckengestalt Bismarcks.

* * *

Der Begründer des neuen Deutschen Reiches kam im Jahre 1797 zur Welt. Er stammte aus einem Zeitalter der Verkehrsarmut, der vorwiegend landwirtschaftlichen Beschäftigung, der kleinen Städte voll Behäbigkeit und der Überlegenheit des Junkertums auf so vielen Gebieten. Sein Enkel, Kaiser Wilhelm II., wurde im Jahre 1859 geboren. Als er heranreifte, nahmen die Eisenbahnen rasch überhand, vollzog sich der Siegeszug der Elektrizität. Die Industrialisierung machte in Deutschland riesige Fortschritte, Finanzinstitute gewannen einen außerordentlichen Einfluß auf das wirtschaftliche und soziale Leben. Der Reichtum, die Macht des Bürgertums stieg gewaltig. Daneben entwickelte sich unter neuen Daseinsformen und mit neuen Ideen die Masse der Fabrikarbeiterschaft; die Organisation verlieh auch den einzeln Schwachen Stärke und Ansehen. Vor allem aber erblühte das neue Deutsche Reich: nach außen unbezwingbar in seiner Einigkeit, im Innern voll der reichen Vielfältigkeit, groß durch die Leistungen von Kunst und Wissenschaft, von Industrie und Handel, bedeutend durch seine Verkehrsausgestaltung, gehoben durch die Tüchtigkeit und Regsamkeit seiner Bevölkerung — machtvoll im Frieden und gerüstet wider jeden Feind.

So wurde Kaiser Wilhelm II. zum Kaiser des Industrialismus und des Verkehres. Nicht etwa, daß er die Bedeutung der Landwirtschaft verkannt, daß er das altpreußische Herkommen vergessen hätte. Von Jugend auf stand

er jedoch im Banne des Deutschen Reiches, der Einheitswirklichkeit, des Großen und des Neuen. Impulsiv, rasch aufnahmsfähig, blieb er trotz aller romantischen Anwandlungen kraftvoll der Zukunft zugekehrt. Er lehrte die Deutschen ins Weite blicken, beanspruchte einen „Platz an der Sonne" und verkündete, daß die „Zukunft auf dem Wasser liege". Deutschland könne, „wenn es nur wolle, reiten". Die Armee sollte ausgebaut werden, denn „das scharfe deutsche Schwert" sei der beste Schutz des Friedens. Mit ganzer Kraft setzte sich der Kaiser jedoch für die Ausgestaltung der Kriegsflotte ein; er wurde für sie zum Agitator, zum nimmermüden Kämpfer. Trotzdem klang aus den verschiedensten Äußerungen die aufrichtige Friedenssehnsucht heraus. Der Herrscher sprach von der „Solidarität der menschlichen Gefühle und friedlichen Wünsche". Er sagte, daß er „seinen Stolz darein setze, ein Friedensfürst und Schützer des Friedens zu sein und zu bleiben". Bei der Eröffnung des Nordostseekanals meinte der Herrscher, er würde „sich glücklich schätzen", wenn der neue Verkehrsweg allezeit die „freundschaftlichen Beziehungen zu den übrigen Mächten" förderte und befestigte. In einem Telegramme an den Präsidenten Mac Kinley sprach Kaiser Wilhelm von dem „gemeinsamen Pulsschlag der Interessen, welcher die Kulturvölker verbindet".

Es war nicht einfach, sich von vornherein eine richtige Vorstellung über das Verhältnis des Herrschers zur inneren Politik zu machen. Viele seiner Äußerungen wurden auf den Ichton gestimmt. „Mein Kurs ist der richtige und er wird weiter gesteuert." „Einer nur ist Herr im Lande und der bin ich." „Suprema lex regis voluntas!" „Ich sehe in dem mir überkommenen Volke und Lande ein von Gott mir anvertrautes Pfand, das zu mehren meine Aufgabe ist .... Diejenigen, welche sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere ich!" so hieß es. Allein die drei Jahrzehnte, die seit dem Regierungsantritte des Kaisers verflossen sind, haben das Urteil geklärt und den Beweis erbracht, daß der Kaiser die Verfassung hochzuhalten und seinen konstitutionellen Pflichten getreulich zu entsprechen entschlossen ist. Hätte sich ein Zweifel behaupten können, dann wäre er bereits in den bewegten Novembertagen des Jahres 1908 zerstoben, damals, als Fürst Bülow seine gewichtigen Erklärungen im Reichstage abgab.

Von allem Anbeginne ab war Kaiser Wilhelm bemüht, das Los der Arbeiterschaft zu verbessern, die Sozialpolitik zu fördern. Allein es kam zunächst zu schweren Zusammenstößen mit den Sozialdemokraten, die gegen den Klassenstaat loszogen, ihr internationales Empfinden betonten, gegen die Heeres- und Flottenforderungen beständig stimmten und sich auch sonst dem Gegenwartsstaate gegenüber ablehnend verhielten. Der Kaiser sprach von „vaterlandslosen Gesellen", von Menschen, die nicht wert seien, „den Namen Deutsche zu tragen", von einer „vorübergehenden Erscheinung" usw. Indes, der Reichstag hatte das Sozialistengesetz im Januar 1890 nicht wieder erneuert und später die sogenannte Umsturzvorlage zu Falle gebracht. Der sozialdemokratischen Partei gelang es, immer größere Erfolge zu erreichen, immer breitere Massen anzuziehen. Im Jahre 1871 gab es im Reichstage einen sozialdemokratischen Abgeordneten; als der Thronwechsel vor sich ging, gehörte ihm rund ein Dutzend Vertreter dieser Gruppe an. Im Jahre 1912 wurden aber 110 Sozialdemokraten gewählt. Während die Deutschkonservativen im Jahre 1871 536000, die Freikonservativen 347000 und im Jahre 1912 1129000, beziehungsweise 370000 Wähler aufwiesen, stieg die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen innerhalb dieser Zeit von 102000 auf 4250000.

Für die innere Politik des Deutschen Reiches blieb die Tatsache entscheidend, daß ein so beträchtlicher Teil der Bevölkerung in Opposition stand, daß er eine Richtung begünstigte, die sich — realpolitisch genommen — in der Verneinung erschöpfte und alle Hoffnungen auf die Zukunft setzte. Zwar wurde stets versichert, daß das Vaterland in der Stunde der Gefahr auf alle seine Bürger zählen dürfe und selbst der alte Bebel hatte sich bereit erklärt, das Gewehr auf die Schulter zu nehmen, wenn ein Angriff auf das Deutsche Reich zu gewärtigen wäre. Doch die nationalen und die internationalen Elemente im Menschen ließen sich in den Friedensjahren nicht abwägen; mit Bestimmtheit konnte nicht festgestellt werden, in welchem Maße die sozialdemokratische Partei an dem Vaterlande hing. Die revisionistischen Anwandlungen, die gelegentlichen Versuche einer auf das Reale eingestellten Politik blieben vereinzelt; alles oder nichts! lautete die Losung. Dadurch waren bedeutende Kräfte für den Staat lahmgelegt;

was fruchtbar hätte sein können, wurde unfruchtbar. Die marxistische Wissenschaft stand so, wie sie aufgefaßt wurde, mit den Erfordernissen des Lebens von Tag zu Tag im Widerspruche; das Prinzip behinderte die Taktik. Aus dem Gegensatze zur vorhandenen Staatsorganisation und zu ihren obersten Vertretern ergab sich eine Spaltung, die das Volk in zwei Gruppen zerriß: in die Werktätigen und in die Ablehnenden. Auch das liberale und demokratische Bürgertum hatte seine Zeiten, in denen es nicht die richtige Stellung zum Machtstaate gewinnen konnte. Allein es fand sich im Laufe der Jahrzehnte zurecht, es lernte begreifen, daß die Ideale nicht allen Zusammenhang mit der Wirklichkeit verlieren dürfen.

Als Friedrich Naumann sein vielgelesenes Buch über „Demokratie und Kaisertum" veröffentlichte, da wurde der gedankenvolle, schwungreiche Schriftsteller allgemein gewürdigt, der Politiker aber vielfach mit Zweifeln überschüttet. Sollten sich der Herrscher und das Volk trotz der Kluft finden und im Zeichen der Volksherrschaft zu gemeinsamem Schaffen vereinigen können? Wäre es möglich, daß sich der Sozialismus nationalisieren, die Krone sozialisieren würde? War Demokratie und Kaisertum bloß Poesie oder Zukunftsverkündung? Die Fragen wogen schwer, und es mußte sie auch der mehr als einmal aufwerfen, der das Ziel mit seiner Seele suchte. Die eindeutige, unverkennbare Antwort haben erst die Erfahrungen des Weltkrieges gegeben.

Am 4. August 1914 eröffnete Kaiser Wilhelm im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin die außerordentliche Session des Reichstages mit einer Thronrede. „Auf Sie, geehrte Herren" — so wandte er sich am Schlusse an die versammelten Abgeordneten — „blickt heute, um seine Fürsten und Führer geschart, das ganze deutsche Volk. Fassen Sie Ihre Entschlüsse einmütig und schnell, das ist mein innigster Wunsch!" Und ganz spontan sprach der Kaiser dann zu den Volksvertretern: „Sie haben gelesen, meine Herren, was ich zu meinem Volke vom Balkone aus gesagt habe. Ich wiederhole: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche, und zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschiede, ohne Standes- oder Konfessionsunterschiede zusammenzuhalten mit mir durch Dick und Dünn, durch Not und Tod, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzu-

treten und mir dies in die Hand zu geloben". Es war eine feierliche Szene, unvergeßlich und fortwirkend durch die Geschichte, als der Kaiser und alle Parteien sich in einem unbeugsamen Willen fanden. Gleich nachher trat der Reichstag zu seinen Beratungen zusammen. Ohne Widerspruch von irgend einer Gruppe wurden die Kriegskredite bewilligt, die die Regierung gefordert hatte. „Die Sitzung vom 4. August war die erste gewonnene Schlacht. Die Welt sah ein einiges deutsches Volk!" Dies schrieb der Sozialdemokrat Dr. Eduard David in seinem Buche „Die Sozialdemokratie im Weltkriege".

Am 2. Dezember 1914 hielt der Reichskanzler von Bethmann Hollweg eine Rede, die in den Worten gipfelte: „Dieser wunderbare Geist, der die Herzen des deutschen Volkes durchglüht in nie gesehener Einigkeit, er muß und wird siegreich bleiben. Und, meine Herren, wenn ein ruhmvoller, wenn ein glücklicher Friede erkämpft sein wird, dann wollen wir diesen Geist hochhalten als das heiligste Vermächtnis dieser furchtbar ernsten und großen Zeit. Wie vor einer Zaubergewalt sind die Schranken gefallen, die eine öde und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die wir gegeneinander aufgerichtet hatten in Mißverstand, in Mißgunst und in Mißtrauen. Eine Befreiung und eine Beglückung ist es, daß nun einmal dieser ganze Wust und Unrat weggefegt ist, daß nur noch der Mann gilt, einer gleich dem anderen, einer dem anderen die Hand reichend, für ein einiges, heiliges Ziel .... Wenn der Krieg vorüber ist, werden die Parteien wiederkehren. Denn ohne Parteien, ohne politischen Kampf kein politisches Leben auch für das freieste und einigste Volk. Aber kämpfen wollen wir dafür — und ich für meinen Teil verspreche es Ihnen — kämpfen wollen wir dafür, daß es in diesem Kampfe nur mehr Deutsche geben darf".

Burgfriedenstimmung! Das Gelöbnis der Regierung aber bleibt bestehen, denn einmal gegeben, kann es nicht mehr rückgängig gemacht werden. Es bindet die Nachfolger ebenso wie den, der es ausgesprochen hat.

In diesem Zusammenhange wollen wir einige denkwürdige Stellen aus der Osterbotschaft des Kaisers Wilhelm II. vom Jahre 1917 anführen. „Noch niemals hat sich das deutsche Volk so fest gezeigt wie in diesem Kriege. Das Bewußtsein, daß sich das Vaterland in bitterer Notwehr befand, übte eine

wunderbar versöhnende Kraft aus, und trotz aller Opfer an Blut draußen im Felde und schwerer Entbehrungen daheim ist der Wille unerschütterlich geblieben, für den siegreichen Endkampf das Letzte einzusetzen. Nationaler und sozialer Geist verstanden und vereinigten sich und verliehen uns ausdauernde Stärke. Jeder empfand: was in Jahren des Friedens unter manchen inneren Kämpfen aufgebaut worden war, das war doch der Verteidigung wert. Leuchtend stehen die Leistungen der gesamten Nation in Kampf und Not vor meiner Seele. Die Erlebnisse dieses Ringens um den Bestand des Reiches leiten mit erhabenem Ernste eine neue Zeit ein. Als dem verantwortlichen Kanzler des Deutschen Reiches und ersten Minister in meiner Regierung in Preußen liegt es Ihnen ob, den Erfordernissen dieser Zeit mit den rechten Mitteln und zur rechten Stunde zur Erfüllung zu verhelfen ... Die Wehrmacht als wahres Volksheer zu erhalten, den sozialen Aufstieg des Volkes in allen seinen Schichten zu fördern, ist vom Beginne meiner Regierung an mein Ziel gewesen. Bestrebt, in festbewahrter Einheit zwischen Volk und Monarchie dem Wohle der Gesamtheit zu dienen, bin ich entschlossen, den Ausbau unseres inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, so wie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen ....

Mir liegt die Umbildung des preußischen Landtages und die Befreiung unseres gesamten innerpolitischen Lebens von dieser Frage besonders am Herzen ... Ich beauftrage Sie nunmehr, mir bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums vorzulegen ... Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner unmittelbare und geheime Wahlen der Abgeordneten vorzusehen haben. Die Verdienste des Herrenhauses und seine bleibende Bedeutung für den Staat wird kein König von Preußen verkennen. Das Herrenhaus wird aber den gewaltigen Anforderungen der kommenden Zeit besser gerecht werden können, wenn es in weiterem und gleichmäßigerem Umfange als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereinigt.

Ich handle nach der Überlieferung großer Vorfahren, wenn ich bei der Erneuerung wichtiger Teile unseres festgefügten und sturmerprobten Staatswesens einem treuen, tapfern, tüchtigen und hochentwickelten Volke das Vertrauen entgegenbringe, das es verdient."

Ende November 1917 wurden die Vorlagen zur preußischen Wahlrechts- und Verfassungsreform dem Landtage unterbreitet. Der Minister des Innern Dr. Drews schrieb lapidar in der Begründung: „Das dem Vaterlande geflossene Blut, diese letzte und höchste Leistung, die der Staat von Bürgern verlangen kann, ist von großem, unmeßbarem Werte. Der preußische Mann, der es auf dem Felde der Ehre vergossen, hat Zeugnis abgelegt dafür, daß die dem Staate gebrachten Opfer aller Bürger eines gleichen Wertes sind. Der alte preußische Grundsatz, daß die Leistungen für den Staat den Rechten im Staate das Maß halten sollen, tritt heute dem gleichen Wahlrechte zur Seite".

Der Rubicon ist überschritten! Was immer geschehen mag: nun heißt es vorwärts marschieren, ein Zurück gibt es nicht.

Ein anderes gleichfalls richtunggebendes Ereignis hatte sich bereits Anfang November 1917 vollzogen. Es schuf kein verbrieftes Recht, aber es brachte trotzdem einen neuen, bleibenden Zug in das Verfassungsleben. Zugeständnisse, die einmal gemacht sind, lassen sich eben nicht aus der Welt schaffen, soferne sie dem Geiste der Zeit und den politischen Bedürfnissen eines hochentwickelten Volkes entsprechen. Früher wurde der Reichskanzler vom Kaiser berufen, ohne jede Einflußnahme von den Massen her auf seinen Platz gestellt. Er blieb im Amte, solange er dessen Vertrauen besaß: theoretisch hatte der Reichstag keine Möglichkeit, das Kommen oder Gehen des leitenden Mannes mitzubestimmen. Praktisch gestalteten sich die Verhältnisse freilich so, daß der Reichskanzler auf den Reichstag angewiesen war und daß er nicht dauernd ohne die Zustimmung der Volksvertreter regieren konnte, wenn er nicht eine schwere Krise heraufbeschwören und einen bedenklichen Zusammenstoß mit der öffentlichen Meinung wagen wollte.

Bei der Ernennung des Grafen Hertling geschah nun etwas völlig Neues. Vom Kaiser herbeigerufen, setzte er sich erst mit den parlamentarischen Parteien auseinander. Seine Zustimmung zur Annahme des Amtes war solange in Schwebe,

als er sich nicht der Unterstützung der maßgebenden Volksvertreter versichert hatte. Dabei blieb es aber nicht. Außerdem wurde ein Vizekanzler bestellt, der süddeutsche Demokrat von Payer, der von seinem parlamentarischen Sitz als Vertrauensmann der Volkspartei emporstieg, Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums wurde dagegen der Nationalliberale Professor Dr. Friedberg. Auch die Sozialdemokraten wären zur Regierung herangezogen worden, wenn sie nicht Bedenken getragen hätten. Denn auch ihre Partei — die Scheidemanngruppe — gehörte zu der aus ihnen, der fortschrittlichen Volkspartei, den Nationalliberalen und dem Zentrum gebildeten Reichstagsmehrheit. Übrigens war schon zur Zeit der Kanzlerschaft des Dr. Michaelis Dr. August Müller, ein Sozialdemokrat, Unterstaatssekretär geworden.

Graf Hertling zählte vom Hause aus nicht zu den Anhängern des parlamentarischen Regierungssystems; seine konservativen Neigungen wiesen ihn auf andere Wege. Doch der Weltkrieg hat mancherlei Vorurteile zerstreut und Hemmungen beseitigt. Das Volk in Waffen führt zur Volksherrschaft, die unvergleichlichen Leistungen während der Kriegsjahre, die Wunder an Tapferkeit an den Fronten und die vorbildliche Tätigkeit im Hinterlande können nicht ohne dauernde Anerkennung und ohne einschneidende Folgen für die innere Politik bleiben.

Am Anfange seiner Regierung blickte Kaiser Wilhelm II. gerne in die Vergangenheit; mit Vorliebe beschwor er den Geist des großen Kurfürsten herauf, gedachte er bewundernd und gerührt seines Großvaters. Jetzt ist sein Blick in die Zukunft gerichtet. Der Kaiser stützt sich auf die Volksmassen im Reiche und in Preußen. Das Maschinenzeitalter hat nicht bloß die soziale Struktur der Bevölkerung, sondern auch ihr Wesen umgebildet. Da sollen die öffentlichen Einrichtungen nicht zurückbleiben, denn auch die Staatsmaschinerie darf nicht veralten.

7.

Deutsche Demokratie.

Die Demokratie hat in Deutschland ihre verehrenswerten Vorkämpfer. Betrachtet man die Ahnengalerie der Volksherrschaft, dann sieht man auf alten Bildern liebe, gute Züge,

Menschen, die schon äußerlich etwas fremd anmuten und aus einer anders gearteten Zeit stammen. Es waren dies einst jugendfrische Idealisten, mit vollen Herzen und im schönen Glauben, daß das Gute mit einem Male fertig vor uns sein könne, wenn nur erst das Böse bezwungen sei. Auch diese Männer hingen voll Glut an ihrem Vaterlande, aber ihr Erlösungstraum galt der ganzen Welt, die doch eigentlich nur Brüder aufweise. Der Brudersinn schlummerte freilich in Vielen, allein ihn zu wecken war ja der Lebenszweck der Demokraten im zweiten Viertel des vorigen Jahrhunderts. Nichts stand ihnen höher als der Grundsatz, an dem nicht gerüttelt und gedeutelt werden durfte, von dem aus es keinen Aufstieg zu einer reiferen Erkenntnis gab. Das Verhängnis dieser bewundernswert aufrechten, tapferen Friedensmenschen war, daß sie eine dürftige Staatsorganisation vor sich hatten und die unbegrenzten Möglichkeiten der allmählichen Entwicklung nicht scharf zu erkennen vermochten. Die Zeit schlich scheinbar träge hin. Es ging so gar nichts vorwärts und überall gab es Enttäuschungen und wieder Enttäuschungen. Dadurch wurde dem Radikalismus der Nährboden bereitet, und aus ruheliebenden Bürgern oder Untertanen wurden revolutionär gesinnte Streiter, die sich der staatlichen Macht schroff gegenüberstellten und die immer mehr den Hoffnungen auf den jähen Umsturz verfielen.

Man muß sich diesen geistigen Werdegang etwas deutlicher machen, um die Altvordern richtig zu beurteilen und um jede Anwandlung vom besserwissenden Hochmute gründlich zu beseitigen. Die Befreiungskriege hatten nicht bloß einen nationalen, sondern auch einen politischen Inhalt. Doch ihnen folgte der große Katzenjammer. Die Fremdherrschaft des französischen Imperators wurde in den deutschen Gauen nicht durch Volksherrschaft abgelöst. Dort, wo es wenigstens einen bescheidenen Parlamentarismus gab, vereinigten sich die Unzufriedenen zu einer kämpfenden Opposition. Sie ließen sich nicht einschüchtern und trugen märtyrerhaft alle Leiden und Entbehrungen, die ihnen erwuchsen. In den Ländern, in denen die Kammerverhandlungen fehlten, weil der Obrigkeitsstaat ungeschwächt weiter bestand, konnte die Proteststimmung nicht so unverhüllt hervortreten; der Unmut mußte sich im allgemeinen insgeheim Luft machen. Nur dann und wann flatterte

eine beherzte Schrift auf oder ein mutiges Wort wurde sorgsam weitergetragen. In der Opposition flossen die verschiedensten Elemente zusammen. Es bestand durchaus keine programmatische Einigkeit, ebensowenig eine klare parteipolitische Scheidung. Die Verhältnisse waren noch zu unreif, zu unentwickelt. Wirft man zum Beispiel einen Blick in die Briefe, die Justinus Kerner mit seinen Freunden wechselte, so findet man, daß ebenso Uhland wie Kerner, wie Varnhagen von Ense als Demokraten bezeichnet wurden oder sich selbst so nannten, obgleich jeder von ihnen politisch anders gerichtet war. Der unabhängige Uhland sträubte sich aber einmal, mit dem angesehenen, einflußreichen Ministerresidenten Varnhagen gemeinsam in der Theaterloge zu erscheinen. Im ganzen und großen wollten die Liberalen und Demokraten vorerst dasselbe, und die Begriffe fanden eine ziemlich willkürliche Anwendung.

Die Scheidung der Geister vollzog sich erst allgemach nach dem Sturze der Bourbonen in Frankreich. Von da ab setzte auch die politische Bewegung in Deutschland wieder stärker ein. Ein etwas frischerer Wind begann über die Fluren zu wehen. Auch da nannte sich Rotteck noch einen Demokraten, obwohl er doch gesinnungsmäßig ein Liberaler war. Dies wird offenbar, wenn man den Artikel liest, den er im „Staatslexikon“ über das demokratische Prinzip, das demokratische Element und Interesse veröffentlichte. Da hieß es wörtlich: „Das demokratische Prinzip gilt uns keineswegs für gleichbedeutend mit Volksherrschaft oder gar mit Pöbelherrschaft und keineswegs für einen Gegensatz zur Monarchie. Wir verstehen darunter bloß die auf der Idee eines Gesamtrechtes des zur Staatsgesellschaft vereinigten, aus vernunftrechtlich vollbürtigen Mitgliedern bestehenden Volkes beruhende Richtung nach tunlichst zu verwirklichender Gemeinschaftlichkeit der Ausübung solchen Rechtes“. Der Geschichtsschreiber und Rechtslehrer stand eben bereits ziemlich weit rechts, weil sich links neue Kreise von Männern mit neuem Ideeninhalt gebildet hatten.

Die Radikalen strebten geradeaus auf die Volksherrschaft zu. Sie holten ihr geistiges Rüstzeug aus der Geschichte und aus der trüben Gegenwart. Die Werke eines Rotteck und eines Schlosser — dessen „aristokratisches Wesen“ schon während seiner Studienzeit bemängelt wurde und dessen Hauptziel da-

rin bestand, „das lebende Geschlecht durch die Lehren und Vorbilder der Geschichte von verderblichen Zeitrichtungen abzubringen" — regten zur Kritik an und schärften den Blick für die Mißstände. Das Übrige tat die Unzufriedenheit mit den staatlichen Einrichtungen, mit der politischen Rechtslosigkeit der Massen, mit dem Drucke, der mehr oder minder fühlbar wurde, je nachdem. Die naive Auffassung glaubte, die Schuld läge vor allem bei den Fürsten; die wirtschaftlichen Verhältnisse, die sozialen Schichtungen wurden bei der Urteilsbildung wenig berücksichtigt. Im Kopfe hatte man sich einen Idealstaat zurechtgelegt, der so einfach, so selbstverständlich und so glückverheißend schien. Wer hinderte die Verwirklichung der Träume? Doch nur der, der alle oder fast alle Macht in seinen Händen vereinigte und der nach der primitiven Meinung mit einem Federzuge alle Hemmnisse für die Demokratie beseitigen konnte. Von den Herrschern erwarteten die Radikalen aber keine erlösende Tat. Wie sollte man dennoch vorwärts kommen? Gustav von Struve verriet das Geheimnis in seiner „Kritischen Geschichte des allgemeinen Staatsrechtes", die er in Mannheim im Jahre 1847 herausgab. „Deutschland wird daher seine Revolution gewiß nicht zu frühe machen, wie Rom und England" — ließ er mit fetten Lettern drucken —; „Gott gebe, daß sie nicht zu spät gemacht werde".

Die alte Demokratie war zu einem Teile — es gab genug Männer, die sich die Volksherrschaft anders dachten — republikanisch und weltbürgerlich orientiert, obgleich ihre Vertreter Liebe für das deutsche Volkstum im Herzen trugen. Durch die Ausartung ins Extreme sägten sich die Radikalen selbst den Ast ab, auf dem sie saßen, stellten sie auch jene bloß, die folgerichtiger handelten. Sie meinten das Volk hinter sich zu haben und büßten den Anhang ein. Einige rasch unterdrückte Putsche und Aufstände im Jahre 1849, und das Lied war zu Ende. Seine Melodie hallte allerdings noch wehmütig nach.

* * *

Unter ganz anderen Voraussetzungen hat der Deutsche in den letzten Friedensjahren gelebt. Weit, weit lag hinter ihm die traurige Zeit der privatrechtlichen Auffassung vom Staate; die Fürstenallmacht war versunken. Der moderne Großstaat ruhte auf wesentlich verschiedenen Grundlagen,

hatte völlig andere Aufgaben und übte andersgeartete Wirkungen aus. Mochte die Parteivoreingenommenheit von Klassenherrschaft reden, ja mochte vielleicht da und dort tatsächlich ein Sonderinteresse durchschlagen, im allgemeinen lief der Apparat immer mehr für die Staatsgemeinschaft. Die Bedeutung des Deutschen Reiches, sein Ansehen in aller Welt war nicht bloß auf der Kopfzahl, dem Güterumsatze oder den militärischen Machtmitteln begründet, sondern es ließ sich wahrlich nicht zuletzt auf die zu einer imponierenden Summe angewachsenen Einzelleistungen für das Volk zurückführen. Der Umstand, daß diese mehrfach beispielwürdigen, großzügigen Fortschritte sovielen Gebieten zugute kamen, ohne auf dem Felde der Politik befruchtend zu wirken, ohne da neue Triebe hervorzuzaubern, bot jedoch der Kritik mannigfache Anhaltspunkte.

Das neue Deutsche Reich konnte im besten Sinne des Wortes als Bildungsstaat bezeichnet werden. Es war kein Zufall, daß die Baukunst bei der Errichtung der Schulgebäude lockende Aufgaben fand, daß für den Unterricht geradezu Paläste geschaffen wurden. Die Gemeinden und die Länder ließen ihrer nicht spotten; ein wohlangebrachter Stolz kam der Ausstattung der Lehranstalten zugute. Das Analphabetentum war fast ganz geschwunden, es fiel überhaupt nicht mehr ins Gewicht. Volkslesehallen boten dem Wißbegierigen in den verschiedensten Formen ein freundliches Obdach, und die Museen mit ihren unermeßlichen Schätzen ließen den Einzelnen vor den Großtaten der Kunst und der Kultur in Bewunderung versinken.

Aber das Deutsche Reich schritt auch als Rechtsstaat an der Spitze der Kulturnationen. Es hatte einen tiefen Sinn und gewährte einen Einblick in das Denken des Volkes, daß die Geschichte von dem schlichten Müller, der seinem König gegenüber sein Recht zu finden wußte, von Geschlecht zu Geschlecht weiter erzählt wurde. Der Richter stand als Mensch und als Beamter hoch über dem Parteigetriebe; selbst ein blasser Gedanke an die Korrumpierung konnte nicht aufkommen. Die Gleichheit vor dem Gesetze erwies sich als ein kostbares Gut, so wertvoll, daß es durch nichts zu ersetzen gewesen wäre. Wohl hörte man dann und wann das schlimme Wort „Klassenjustiz“, wohl geriet das Volksbewußtsein ab und zu zum Teile mit der Rechtsfindung in Widerspruch. Dies war jedoch keine Sonder-

erscheinung im Deutschen Reiche, kein Ausnahmszustand, der in anderen Staaten nicht seinesgleichen gekannt hätte.

In seiner Sozialpolitik war das Deutsche Reich bahnbrechend. Die Zwangsversicherung erfaßte die verschiedensten Erscheinungen und schützte die Masse der Arbeiter vor der schlimmsten Not. Der Staat kümmerte sich früh schon um die Arbeitsstätten und sorgte für Luft, Licht und Sicherheit. Das Wohnungswesen stand auf einer hohen Stufe; das Heim des Deutschen war vergleichsweise besser ausgestattet als das der Bewohner mancher anderer Kulturländer. Auch die Volkshygiene wies erfreuliche Ansätze auf. Der Wohlfahrtsstaat ließ sich nicht verkennen.

Die öffentliche Meinung konnte sich zur Geltung bringen: als Lob, als Tadel, als Ansporn, als Hemmschuh, wie es kam. Der Preßfreiheit war ein weiter Spielraum geboten. Das Reichsvereinsgesetz vom Jahre 1908 begünstigte die politische Tätigkeit. Dies alles entstand unter dem Schutze der Verfassungen, auf dem Boden des Verfassungslebens. Der Freiheitsstaat kündigte sich an.

Wo Licht ist, da gibt es auch Schatten. Wir haben nur Vorzüge angeführt, ohne an die Mängel vergessen zu wollen, ohne die Lücken zu übersehen. Aber es handelt sich doch zunächst nur darum, die Hauptlinien im Bilde hervorzuheben, das Aufkeimende und nicht das Absterbende zu veranschaulichen. So lebte denn unsere Generation unter Bedingungen, die fast in nichts der Umwelt glichen, die die alten Demokraten vor dem Jahre 1848 bedrückte, verbitterte und zur Abkehr vom Gegenwartsstaate veranlaßte.

Es waren also durchaus anders beeinflußte Menschen, über die der Weltkrieg wie ein Ungewitter hereinbrach. Das Vaterland befand sich in Gefahr! Für die Bürger, die die Einrichtungen stets bejahten, die Verhältnisse immer gut hießen, gab es natürlich kein Zaudern und Zagen. Doch auch den anderen, die bei aller Opposition die Vaterlandsliebe still in sich trugen, die vielfach sogar als innere Feinde verschrien waren, schlug nun die Stunde zur Lüftung der Masken. Sie zeigten sich in ihrer edlen Innerlichkeit, in ihrem rechtschaffenen, hochfliegenden Patriotismus, den nicht kalte Nörgelsucht, sondern der Eifer, mehr zu leisten, verhüllte. Das Volk in seiner ganzen Größe stand auf! Niemand entzog sich seiner Pflicht.

Unvergessen werden die Tage bleiben, da Hunderttausende und Hunderttausende freiwillig zu den Fahnen eilten.

Wer vermöchte zu sagen, in welcher Seelenverfassung und Geistesveranlagung die Millionen aus den Schützengräben zurückkehren und ihre friedliche, staatsbürgerliche Arbeit aufnehmen werden? Wird das Furchtbare des neuen Erlebnisses Neues zeitigen? Wie immer: jene, die bei den großen Opfern für das Vaterland dabei waren, wissen nun, was es heißt, die Grenzen zu schützen und dem Anpralle der Feinde standzuhalten. Wie viele von denen, die einst am Wahltage gegen die Machtmittel des Reiches nach außen gestimmt hatten, sind von feindlichen Kugeln getroffen worden! Und wie viele haben mit heiler Haut all die Schrecken der Offensiven durchgemacht! Werden sie künftig die Hände zurückziehen, wenn der Staat Gelder für seinen Schutz verlangen wird? Man kann dies nicht annehmen. Kein Zweifel, die „neue Weltordnung", von der der österreichisch-ungarische Minister des Äußern Graf Czernin gesprochen hat, wird vielen als Ziel aufs innigste zu wünschen, vorschweben, von ihnen mit voller Kraft gefördert werden. Ihr Auftrag an die Abgeordneten wird lauten: „Sorget dafür, daß die Staatenorganisation zustande kommt und einen abermaligen grauenvollen Zusammenstoß aller, ein Blutbad für Europa unmöglich macht!" Trotzdem werden sie die Bedürfnisse, wie sie sich jeweilig aus der Zeit mit ihren noch ungelösten Problemen und unvollendeten Werken ergeben, sorgsam prüfen. Die Ablehnung aus Grundsatz hat im Weltkriege viele Befürworter verloren. Unter charaktervoller Politik verstehen nun viele doch etwas anderes als vorher.

* * *

Die Demokratisierung des Deutschen Reiches ist heute nicht mehr bloß Parteisache, nicht mehr Bestandteil eines einzelnen Programmes. In ihr liegt die geschichtliche Aufgabe der Zeit, die durch eine Reihe von Entwicklungsergebnissen und Tatsachen bedingt wird. Der Fraktionsstreit hat damit unmittelbar nichts zu tun; es waltet ein höherer Zwang vor. Die Parteien kommen nur insoferne in Betracht, als sie bei der Durchführung mitzureden und ihre Richtlinien zu bestimmen haben. Denn auch das Notwendige vollzieht

sich im Verfassungsstaate nicht von selbst, fällt nicht mit einem Male fertig aus den Wolken, sondern will erarbeitet sein. Diese Arbeit aber obliegt der parlamentarischen Maschinerie.

Preußen, der stärkste Staat des Deutschen Reiches, ist, wie wir bereits wahrgenommen haben, seit der wichtigen Osterbotschaft des Kaisers vom Aufbau zum Ausbau, von der Volkszusammenfassung zur vollen Volkswertung kräftig fortgeschritten. Der Industrialismus will auch der politischen Münze das Gepräge geben, parlamentarisch lebendig werden. Wir denken dabei beileibe nicht an den alten Streit Freihandel oder Schutzzoll, Getreidezölle oder billige Brotpreise. Diese Auseinandersetzungen gehören in ein anderes Kapitel. Wenn wir vom Industrialismus reden, so schwebt uns die soziale Beschaffenheit der Bevölkerung und ihre wirtschaftliche Schichtung vor. Die Städte, die groß geworden, die Arbeitermassen, die zusammengedrängt sind, der Finanzkapitalismus, der neben dem Grundfeudalismus emporgekommen ist: das alles soll berücksichtigt werden, im Staatsleben seinen gebührenden Ausdruck finden. Die preußische Eigenart beruht nicht auf künstlich erhaltenen, in Sturm und Wetter nicht mehr frei daseinsfähigen Einrichtungen, sondern sie wurzelt in Eigentümlichkeiten, die unverlierbar sind, weil sie sich dem Volkscharakter mitgeteilt haben. Es muß deshalb nichts Wertvolles verloren gehen, wenn der Konservativismus fällt und die Demokratie sieghaft aufsteigt. Daß die erbgesessenen Mächte ihre Plätze nicht freiwillig räumen und nicht einsichtsvoll vor dem Notwendigen zurückweichen, ist für den, der dem Neuland zustrebt, gewiß bedauerlich. Doch ohne Kampf keine Politik, ohne Mühe kein dauernder Lohn! Wer die Zukunft zum Bundesgenossen hat, ist stark, stärker jedenfalls als die, die sich auf die Vergangenheit stützen.

Und mit der Demokratisierung Preußens wird das Entscheidende für die Demokratisierung der deutschen Bundesstaaten überhaupt geschehen sein.

Im Reiche herrschte früher ein dualistisches Regierungssystem. Professor Hans Delbrück kennzeichnete es folgendermaßen: „Der Kaiser mit den Bundesfürsten repräsentiert eine in sich selbst ruhende historische Gewalt, die legitime Obrigkeit, die Obrigkeit von Gottes Gnaden, ausgewirkt von dem regierenden Organismus des Beamtentums und des Offiziers-

korps und neben dieser spezifischen organisierten Regierungsgewalt steht als überaus mächtiges Organ der Kontrolle und der Kritik die Bevölkerung, der Reichstag". Dieser Dualismus hatte viele begeisterte Lobredner, die seine Überlegenheit gegenüber andern Systemen mit ernsten Gründen zu beweisen suchten. Allein Vorzüge bleiben nicht aufrecht, wenn sich die Verhältnisse verändern.

Der Weltkrieg hat die staatserhaltende Kraft des deutschen Volkes in ihrer Wucht und Größe offenkundig gemacht und dargetan, daß der Bevölkerung ohne Schaden für die Gesamtheit die volle Teilnahme an der Willensbildung, der volle Einfluß auf den Kurs des Staatsschiffes gewährt werden darf. Es sind denn auch bereits, wie schon erwähnt, die ersten Schritte zur Einbürgerung des parlamentarischen Regimes im Reiche und in Preußen getan. Dies kann aber nicht als eine in sich abgeschlossene Tat aufgefaßt werden. Eine Wellenbewegung ruft andere Wellen hervor. Die Parlamentarisierung der Regierung ist nicht bloß eine Frage des Prinzips, sondern der Geistesrichtung überhaupt. Hat man sich einmal entschlossen, das eine Tor den Volksvertretern und damit dem Volke zu öffnen, so werden die übrigen Türen nicht verschlossen bleiben können. Die Demokratisierung muß nun in weiterer Folge den bisher nach außen ziemlich abgeschlossenen Beamtenkörper erfassen, ihn in seiner sozialen Mischung volkstümlicher gestalten und vom bürokratischen Kastengeiste befreien. Unter dem Drucke der raschlebigen Zeit, der hastig arbeitenden Volkswirtschaft sind die reichs- und bundesstaatlichen Ämter ohnehin schon zu einer verhältnismäßig schnellen, entschlossenen und verständigen Art der Erledigung gelangt. Dies war jedoch mehr ein Erfolg der Verwaltungstechnik als der Menschenauslese. Volksheer, Volksmacht, volkstümliche Verwaltung! Der innere Zusammenhang wird deutlich.

Auch der Reichstag blieb von dem politischen Szenenwechsel nicht unberührt. Seine Stellung festigte sich während der Erschütterungen des Weltkrieges, sein Ansehen hob sich. Die Tendenz zur Parlamentarisierung kommt ihm nun zugute, vermehrt seinen Einfluß und läßt seinen vorherrschenden Geist mehr als früher zur Geltung im Staatsbetriebe gelangen. In der Richtung der Demokratisierung lag auch die Zerschlagung der großen, unförmig gewordenen Wahlkreise. Fast alle

größeren Städte waren in der letzten Zeit gegenüber dem Lande politisch empfindlich benachteiligt. Die seit der Wahlkreiseinteilung unter Bismarck verstrichenen Jahrzehnte hatten eine ehedem ungeahnte Zusammenballung von Bevölkerungsmengen mit sich gebracht. So entstanden Wahlkreise mit einem Wählerdefizite und solche, in denen Riesenmassen nur einen Abgeordneten in den Reichstag schicken konnten. Welcher Abstand zwischen Lauenburg oder Hohenzollern und Teltow-Charlottenburg oder Berlin VI. Dadurch ergab sich trotz der Gleichheit des Stimmrechtes eine krasse Ungleichheit der zu Wählergruppen gesonderten Bürger. Es entsprach deshalb dem Wesen der neuen Ära, daß man an die Ausmerzung der schlimmen Auswüchse in der Wahlkreiseinteilung, an die Schaffung einer solideren Grundlage für den Reichstag schritt.

Diese Verjüngung geht in einer Zeit vor sich, in der in verschiedenen Ländern über eine Krise des Parlamentarismus geklagt wird. Allein in Wirklichkeit hatte man einst zu sehr überschätzt, was jetzt eine richtige Einschätzung findet. Wer zuviel erwartet, muß notwendigerweise enttäuscht sein. Es ist ja richtig, daß der Weltkrieg gleichsam hinter dem Rücken der Parlamente aller beteiligten Staaten entstand, daß die Abgeordneten — ebenso in den Demokratien wie in dem halbabsolutistischen alten Rußland — vor vollendete Tatsachen gestellt wurden. Aber es wäre unbillig, die Bedeutung einer Einrichtung an einem Ausnahmsfalle zu messen, der in seiner Art in der Weltgeschichte einzig dasteht und darüber zu vergessen, daß die menschlichen Schöpfungen für das Normale und nicht für das Anormale berechnet sind. Ein Umschwung bereitete sich in den letzten zwei Jahrzehnten allerdings insoferne vor, als das Schwergewicht der sachlichen Arbeit aus dem Plenum der Vertretungskörperschaften in die Kommissionen, beziehungsweise Ausschüsse verlegt wurde. Die Vollversammlung der Abgeordneten wirkte in allen Ländern mehr nach außen, rhetorisch und agitatorisch, während die fachmännische, eigentlich entscheidende Tätigkeit in der Stille meist hinter verschlossenen Türen von kleinen Abgeordnetengruppen besorgt ward. Doch dieser Zustand erschien dort, wo es einen fest eingewurzelten alten Parlamentarismus gab, durchaus nicht neuartig. Man erinnere sich nur an die Kritik, die Mill schon im Jahre 1861 in seinen „Betrachtungen über die Repräsentativ-Re-

gierung“ übte. Daß die Kurve der Entwicklung des Deutschen Reichstages jetzt trotzdem nach aufwärts führt, ist sicherlich umso bemerkenswerter.

Wenden wir uns nun der Spitze zu. Die Interessen eines Herrschers und die seines Landes decken sich heute vollkommen. In der fernen Vergangenheit konnte dies immerhin anders sein. Bei sorgsamer Überlegung findet man, daß kein absolutistischer Fürst eines Großstaates in Wirklichkeit so mächtig war wie der Herrscher, der heute ein demokratisches Staatswesen leitet. Ludwig XIV! Das klingt so, als wäre der Mann aller Abhängigkeiten frei gewesen, als wäre sein Wille und nichts als sein Wille zur Geltung gekommen. Aber man darf sich nicht blenden lassen. Wie abhängig war doch so ein scheinbar unabhängiger Monarch! Das Volk bildete in seinen Händen freilich Wachs, das er bis zu einem gewissen Grade nach Launen zu formen vermochte. Indes, die Kamarilla erwies sich meistens stärker als der, den sie umgab. Sie fand Wege — und sei es auch durch die Frauengemächer hindurch — um den König zu umgarnen und zum Werkzeuge ihrer oft sehr selbstsüchtigen Absichten zu erniedrigen. Übrigens wäre ein absolutistischer Herrscher in unserer Zeit gar nicht denkbar. Man stelle sich einmal vor, wie viele Erlässe und Gesetze im Kopfe eines Friedrich II. oder Josef II. ihren Ursprung hatten. Diese Leistungen erfüllen auch mit berechtigtem Erstaunen, denn zur Qualität gesellt sich die erdrückende Quantität. All dies ist jedoch nichts verglichen mit den Erledigungen und Entscheidungen, mit den Maßnahmen und Verfügungen, die ein ausgebildetes modernes Staatswesen in jedem Jahre erheischt. Wie sollte da ein Einzelner mit einem Kopfe, mit zwei Augen und zwei Ohren einen Überblick gewinnen und die Leitung innehaben können? Steht aber ein Fürst vor der Notwendigkeit, sich auf seine nach eigenem Gutdünken erwählten Ratgeber oder auf ein treues, an dem Lande innig hängendes, aufgeklärtes Volk zu stützen, dann wird die Wahl nicht zweifelhaft sein.

Man kann sagen, daß sich die Macht eines Kaisers oder Königs nie so restlos enthüllt, wie im Kriege, der so schwere Opfer an Gut und Blut fordert. Kaiser Wilhelm II. vertritt in seiner Person das Reich, für das Reich aber kämpft und arbeitet die ganze Bevölkerung seit den Augusttagen des Jahres 1914. Alle dienen einem Zwecke: der Soldat im Schützen-

graben, der Arbeiter in der Munitionsfabrik, der Bürger in der Werkstätte oder im Büro, der Feldherr, der die Pläne entwirft und über ihnen und mit ihnen der Kaiser. Eine vollständigere Übereinstimmung in der Hauptsache und Machtkonzentration ist nicht gut vorstellbar. Nun schafft der Krieg ebenso neue Unterschiede, wie er die alten vielfach verstärkt. Welche Stufenfolge vom gewöhnlichen Landsturmmanne bis zum Feldmarschall, vom Taglöhner in einer Fabrik bis zum Millionengewinner! Und dennoch, irgendwie berühren und gleichen sich alle in der Willensrichtung, in der Auswirkung ihres Seins. Diese Kriegsdemokratie ist, weiß Gott, ein Zerrbild, aber sie läßt immerhin einen demokratischen Zug erkennen.

Die Macht, die in der Not und Sorge der Stunde zutage treten soll, muß innerlich in der Freiheit des Friedens vorbereitet worden sein. Sie bildet sich am besten, wenn das Volk in seiner Gesamtheit richtig verwertet wird und sich entsprechend verhält. Eine bessere Ausnützung aller Fähigkeiten und Möglichkeiten als durch die Begünstigung der Demokratie gibt es aber nicht. Schon Uhland schrieb vor mehr als hundert Jahren aus seiner aufrechten und aufrichtigen Gesinnung heraus:

> Der Deutsche ehrt in allen Zeiten
> Der Fürsten heiligen Beruf,
> Doch liebt er, frei einherzuschreiten
> Und aufrecht, wie ihn Gott erschuf.

Der Kaiser, der es abgelehnt hat, fürderhin eine Partei zu bevorzugen, der der Kaiser aller Deutschen seines Reiches sein will, der Verfasser der Osterbotschaft mehrt die Quellen seiner Gewalt, je freier und politisch mächtiger das Volk wird.

* *
*

Demokratie ist Entwicklung unter bestimmten Voraussetzungen. Sie richtet sich allmählich auf und erweitert sich logisch. Dabei kann sich der Ausbau von verschiedenen Punkten aus vollziehen. Es wäre voreilig, wollte man heute prophezeien, welchen Gang die Demokratisierung des Deutschen Reiches in der Friedenszeit nehmen, ob der Parlamentarismus oder die Selbstverwaltung oder was sonst zunächst zur Fortbildung gelangen werde. Für den Beobachter in der Ferne ist die allgemeine Tendenz das Wichtigste; den Staatsmännern und den Bürgern im Lande obliegt es, die

Pläne zu entwerfen und die Taktik zu bestimmen. Genug an dem, die Demokratisierung schreitet vorwärts, die Volksherrschaft bricht sich Bahn.

Für den Weitergang wird die Haltung der Parteien von großer Bedeutung sein. Dabei kommt es fast mehr auf die Entscheidungen der Linken als der Rechten an. In erster Linie drängt sich die Frage auf, wie sich die Sozialdemokratie im Frieden gehaben werde. Im Jahre 1916 hat sich ihre Spaltung vorbereitet, Anfang 1917 vollendet. Die Arbeitsgemeinschaft beharrte bei der Negation, aber die sozialdemokratische Stammpartei unterstützte, eingedenk der ersten Kriegsbeschlüsse, das um sein Dasein, seine Zukunft ringende Reich. Je mehr sie sich auf den Boden des Friedensstaates stellen, je hingebungsvoller sie sich der positiven Arbeit widmen wird, desto nennenswerter müssen ihre praktischen Erfolge sein. Eine nationalisierte Sozialdemokratie — die Nationalisierung hat mit dem Imperialismus und mit der Preisgabe der internationalen Zweckverbindungen nichts gemein — würde die Stimmung für die Demokratie wesentlich verbessern und das Tempo der Demokratisierung erheblich beschleunigen. Freilich, der Gegenwartsstaat kann und will niemals das bieten, was eine vorwärts gerichtete Romantik in den Zukunftsstaat hineinlegt.

Im „Kommunistischen Manifeste" findet sich der Satz: „In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie, gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei". Nun erwäge man, daß diese epochale Kundgebung von Marx und Engels wenige Wochen vor der Februarrevolution entstand, also in einer Zeit, in der der Radikalismus alles vom gewaltsamen Umsturze erwartete. Gänzlich andere Verhältnisse bedingen wesentlich andere Kampfesgrundlagen und Ziele. Heute handelt es sich darum, mit den Mitteln unserer Zeit mehr Freiheit, mehr Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsrecht zu erringen. Der marxistische Orthodoxismus stellt das starre Prinzip allerdings höher als den Erfolg; das Endziel ist ihm alles, die Bewegung nichts. Aber im Rahmen der sozialdemokratischen Weltauffassung läßt sich ebenso gut eine andere Ansicht vertreten und andere Haltung einnehmen. Das hatten früher die

Revisionisten bewiesen, allerdings gehemmt durch den Zwang der Mehrheit; das zeigten die Anhänger Scheidemanns, befreit vom Drucke der Minderheit innerhalb der Partei. Je mehr sie sich durchsetzten, desto mehr Demokratie, desto mehr Sozialpolitik, desto mehr Gegenwartsbefreiung.

Von der Haltung der Rechtssozialdemokraten hängt aber nicht bloß das Verhältnis der Staatsgewalt zu ihnen ab, sondern auch ihre parlamentarische Bündnisfähigkeit. Die Friedensbudgets müssen bewilligt, die Friedensgesetze von einer Mehrheit gutgeheißen werden. Ob diese Mehrheit mit Hilfe von Sozialdemokraten oder ohne sie zustandekommen kann, das wird die Frage sein. Denn das Vorwalten der demokratischen Tendenzen allein genügt nicht; es müssen sich eben die Kräfte finden, die ihre Auswirkung begünstigen und beschleunigen. Die Stellung der Sozialdemokraten wird auch die Gruppierung der Liberalen beeinflussen und überhaupt für ihre Geltung nach oben und nach unten von größtem Belange sein.

Mit der Gegenwehr der Konservativen muß natürlich gerechnet werden. Allein selbst Fürst Bülow hat in seiner „Deutschen Politik“ den Satz geprägt, daß man „zwischen einem Staatskonservativismus, dem die Regierung folgen kann, und einem Parteikonservativismus, dem keine Regierung in Deutschland folgen darf, ohne in verhängnisvolle Parteilichkeit zu geraten“, unterscheiden müsse. Je nachdrücklicher sich die Junker und ihre Anhänger gegen die fortschrittliche Entwicklung stemmen, desto schwächer wird ihre Position. Aus der Ideenwelt eines Herrn von Oldenburg, der vor Jahren das lästerliche Wort sprach, daß ein „Leutnant mit zehn Mann“ den Reichstag einfach für aufgelöst erklären könnte, wachsen keine bleibenden Erfolge heraus. Parteipolitisch mag sich ja gelegentlich ein Sieg ergeben: aber was ist ein Tag der Freude im Strome der Zeit? Die politische Lage der Konservativen würde sich freilich verbessern, wenn ihnen der Unverstand von links zur Hilfe käme.

Und noch eines! Wer die Aussichten für die Volksherrschaft im Deutschen Reiche beurteilen will, der darf die Stimmung, die die letzten Kriegsjahre geschaffen haben, nicht als beständig erachten. Der sanften Burgfriedenstille ist eine politische Hochspannung gefolgt. Die Wogen des Streites gehen hoch und die Leidenschaft hüben und drüben ist groß. Aber der

Krieg wirft begreiflicherweise für die Kriegszeit die gewaltigsten und gewichtigsten Probleme auf; er erheischt Lösungen von grundlegender Bedeutung. Das Problem der Friedensziele ist so überragend, wie die Kämpfe für das Vaterland ereignisreich sind. Über die Parteizäune hinweg haben sich die Bürger zusammengefunden und nach der Losung Diktat oder Verständigung gesondert. Was früher unbeweglich, starr war, ist in Fluß geraten: die Parteigruppierung. Diese fremdartige Erscheinung mußte einigermaßen verwirren. Doch hinter dem Kriege liegt die Zukunft der friedlichen Arbeit und die Erörterungen, die heute die Gemüter tief aufwühlen und alle in Atem halten, werden von selbst verstummen, wenn der letzte Friedensvertrag unterzeichnet ist. Dann aber beginnt erst die eigentliche Haupttätigkeit für die Demokratisierung.

* * *

Die Gegner der Volksherrschaft zerfallen in zwei Gruppen. Die einen verhalten sich um ihres Vorteils willen oder aus träger Gewohnheit ablehnend, die anderen aus Überzeugung. Seit Jahrzehnten hat die theoretische Auseinandersetzung nicht geruht, und das Für und Wider ist reiflich erwogen worden. Es erscheint überflüssig, den geistigen Kampf fortzusetzen, neue Scheite in das Feuer zu werfen. Wer bisher nicht überzeugt ist und die Vorzüge erkennt, wird so leicht nicht zu gewinnen sein, auch wenn man die bekräftigenden Gründe nochmals vorbringt. Probieren geht über das Studieren, lehrt ein Sprichwort. Die beste Widerlegung der kleinlichen oder bangen Zweifel wird die Praxis besorgen.

Ein anderer Einwand sei jedoch ins Auge gefaßt. Es gibt Nörgler, die dem deutschen Volke die Fähigkeit zur Selbstregierung und Selbstverwaltung absprechen, die seiner wissenschaftlichen Leistung, seiner technischen Tüchtigkeit, seiner militärischen Überlegenheit volle Anerkennung zollen, aber von seiner politischen Begabung nichts halten. Darüber muß einiges gesagt werden. Wir haben in einem vorhergehenden Kapitel gesehen, daß es den Deutschen an Unabhängigkeitssinn, an Persönlichkeitswerten, an Organisierbarkeit niemals fehlte, daß jeder Zeitabschnitt seinem Charakter angemessene Beispiele erbrachte. Im Süden begannen die Kämpfe um die Freiheit im Staate schon im ersten Viertel des vorigen Jahrhunderts

nachdrücklich und eindrucksvoll zu werden, im Norden hielt das Ringen um die Freiheit und Größe des Staates alle gebannt. Dort erhöhter Subjektivismus, hier vollkommene Einordnung; dort politisch ausgeprägter Bürgerstolz, hier viel Führerbewunderung und Heldenverehrung. Dem Norden und Süden gemeinsam war das opferbereite Eintreten für die eigene Meinung. Ebenso gebrach es nicht an politischer Geistigkeit und Regsamkeit, an dem starken Interesse für die öffentlichen Vorgänge. Man berücksichtige bloß die alte Zeitungskultur, das ausgeprägte politische Vereinswesen, das jähe Anschwellen so mancher politischen Bewegung.

Allein eine Frage bleibt immerhin offen. Führt der entwickelte Individualismus nicht zur Willenszersplitterung, zur Abkehr von dem Gesamtinteresse, soweit es sich um die Entfaltung der bürgerlichen Freiheiten handelt? Fürst Bülow erklärte mit gutem Grunde, daß politischer Sinn Sinn für das Allgemeine sei. Er führte in einem fesselnden Kapitel seines Buches aus: „Neben der reichen Fülle seltener Vorzüge und großer Eigenschaften, die dem deutschen Volke gegeben sind, war ihm bisher das politische Talent versagt geblieben ... Politisches Wissen haben wir stets, je nach dem Stande der Zeiterkenntnis und darüber hinaus besessen. Nicht einmal an Erkenntnis unserer eigenen nationaleigentümlichen politischen Gebrechen hat es uns gefehlt. Aber die große Kunst, von der Einsicht unmittelbar zur Nutzanwendung fortzuschreiten oder gar die größte Kunst, mit sicherem schöpferischen Instinkt politisch das Rechte auch ohne Nachdenken und ohne Grübeln zu tun, die hat uns oft gefehlt ... Politisch wie auf keinem anderen Lebensgebiete lebten wir in einem offenbaren Mißverhältnisse zwischen Wissen und Können ...“. Ähnlich hieß es bereits im Jahre 1848 in einem Manifeste, das der demokratische Zentralausschuß von Berlin erlassen hatte: „Kein Volk muß einen so großen Widerspruch zwischen seiner theoretischen Bildung und seinen praktischen Fähigkeiten ausgleichen wie das unsrige“.

Zwei Dinge wurden bei solchen Erwägungen wohl außeracht gelassen. In der Theorie vermochte man sich zu entfalten; dicke Bücher konnten erscheinen. Während die Wissenschaft immer erfolgreich tätig sein durfte, blieben aber die Hände sonst lange gebunden. Das, was man wußte, konnte Jahrzehnte

hindurch nicht angewendet werden oder ließ sich später nicht zur Geltung bringen. Nicht an dem Können gebrach es, sondern an der Möglichkeit, es zu erweisen. Hierin würde indes durch nichts so sehr Wandel geschaffen werden, wie durch die Ausgestaltung der Volksherrschaft, die alle Tüchtigkeit auslösen müßte. Auch darf man nicht außeracht lassen, daß vor einem halben Jahrhundert noch die Kleinstaaterei ihren Einfluß ausübte und das Wirken ins Große und Weite verwehrte. Nach der Begründung des neuen Deutschen Reiches mußten jedoch Probleme gelöst werden, die in ihrer Besonderheit der Masse oder verschiedenen Parteien entrückt waren. Es führt deshalb zu einer Selbsttäuschung, wenn man auf England und Frankreich, wo die Verhältnisse seit langem wesentlich anders geartet waren, verweist. Eher würde ein Vergleich mit Italien am Platze sein. Dieser aber müßte unbedingt für die Deutschen sprechen.

Der Fremde, der nur flüchtig um sich blickt oder aus der Entfernung urteilt, gelangt freilich oft — manchesmal gerne — zu einer falschen Vorstellung vom Wesen des Volkes. Zwei Worte beirren ihn, lenken ihn von der Sachlichkeit ab: Imperialismus und Militarismus. Man hat sich diese Schablone einmal zurechtgelegt und kann von ihr nimmermehr lassen. Das Volk wolle nicht die Demokratie, sondern gebe sich dem Imperialismus hin; die Freiheit gelte den Bürgern nichts, weil sie ganz im Banne des Militarismus stehen. Wie töricht! Das Deutsche Reich war gewiß niemals imperialistischer als England oder Frankreich und sogar die Vereinigten Staaten in der letzten Zeit. Der weltumspannende Handel mußte den Wunsch nach einer Weltgeltung rege machen, doch dies hatte mit Weltbezwingung nichts gemein.

Schlimmste Verkennung wäre es, gar einen Volksimperialismus herauszufinden. Nicht anders verhält es sich mit dem vielgeschmähten und doch auch bis zu einem gewissen Grade bewunderten sogenannten Militarismus. Die Entwicklung Preußens machte eine starke Heeresmacht notwendig. Um das zerstückelte Land zusammenzufassen, abzurunden und in die Höhe zu bringen, mußte man die Armee kräftigen und schlagfertig erhalten. Aber Militär und Militarismus ist zweierlei. Das Vorhandensein einer großen Heeresmacht beeinflußte selbstverständlich den Staatsbetrieb und die Volksentwicklung.

Die Siege wirkten in der Erziehung und im Denken nach. Durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wurde die Armee selbst zu einer Schule, durch die Untertanen und später Bürger gingen. Doch auch Frankreich ist ein alter Militärstaat. Das Heer und seine Erfolge haben die Phantasie der Nation immer beschäftigt. Man braucht nicht gerade an den Kult zu denken, der während der beiden Kaiserherrschaften mit dem Heere getrieben wurde. Auch die Republik blieb der Wehrmacht gegenüber nicht kalt. Der Zivilist Boulanger hätte kaum eine solche Volkstümlichkeit erlangt wie der General. Nun mag man ja vorhalten, daß der Rhytmus des Volkslebens in Frankreich nicht so sehr militärisch bestimmt wurde wie in Preußen. Sicherlich! Aber dem Norddeutschen ist eben von vornherein mehr Strammheit, Knappheit, wenn man will, Schneidigkeit inne als dem Romanen. Und dann, hat England nicht in aller Welt Eroberungen gemacht, Frankreich im letzten Jahrhundert sich nicht einen gewaltigen Kolonialbesitz geschaffen? Wenn Eroberungspolitik Militarismus wäre, dürfte man bei der Betrachtung der letzten vier Friedensjahrzehnte nicht immer nur vom Deutschen Reiche tadelnd reden.

* * *

Die deutsche Demokratie wird ihr besonderes Gepräge erhalten. Volksherrschaften sind sonst aus schweren Krisen hervorgegangen, meist auf dem Untergrunde von Revolutionen in die Erscheinung getreten. Fürst und Volk haben sich nicht verstanden, und der auf die Spitze getriebene Streit hat zum Sturze eines Machtfaktors und zum Siegeszuge des anderen geführt. England, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Frankreich sind diesen Weg gegangen und so an das Ziel gelangt.

Anders das Deutsche Reich! Hier haben sich Kaiser und Volk in weltgeschichtlich denkwürdiger Zeit gefunden und zur vereinten freudigen Arbeit an der künftigen Größe, an der Kräftigung und Ausgestaltung der inneren Geltung des Vaterlandes zusammengetan. In den Jahren der Zersplitterung wurde ein „Zwingherr zur Deutschheit" ersehnt und der König von Preußen für diesen hohen Beruf in Aussicht genommen. Die hochfliegende Hoffnung ging in Erfüllung. Nun hat der deutsche Kaiser und König von Preußen in richtiger Erkenntnis

der Aufgabe unserer Zeit der Demokratisierung einen machtvollen Anstoß gegeben und eine Entwicklung in Fluß gebracht, die nimmermehr ganz ruhen kann. So ist er zum Zwingherrn zur Demokratie geworden. Auch das neue Werk wird gelingen, würdig allen früheren Leistungen zur Seite treten.

Jedes Volk hat seine eigene Fortbildungs- und Aufstiegsmethode, so daß sich die geschichtlichen Ereignisse stets mit anderem Sinne, doch dem Wesen nach übereinstimmend, wiederholen. In Deutschland kommen die Programme von unten und die Durchführung erfolgt von oben: die Massen streben, sehnen, erwarten, doch unter der Leitung des Fürsten vollzieht sich die Tat. So wird denn über der Demokratie die Kaiserstandarte flattern, mag auch mancher Fremde und Schablonenmensch die tiefere Bedeutung dieses Bildes nicht verstehen. Ein freies Volk und ein innerlich freier, seiner Zeit vorurteilslos gegenüberstehender Herrscher: das ist die Einheit, die im Deutschen Reiche die Voraussetzung einer heilsamen, festbegründeten, in die Zukunft hineinleuchtenden Demokratie darstellt.

Unter besonderen Bedingungen entstanden, unter eigenartigen unvergleichlichen Verhältnissen in die Erscheinung getreten, muß die deutsche Volksherrschaft ihre selbständigen Züge aufweisen, Ausdruck des Besonderen sein. Mit einer geistlosen Nachbildung wäre nichts erreicht, das hieße die Fehler übernehmen und die Vorzüge auf fremder Erde vielfach zum Verkümmern verurteilen. Allmählich reifend, begünstigt durch die inneren Werte einer tatkräftigen, zielsicheren, seelisch unabhängigen und freiheitswürdigen Nation muß die Demokratie die erhofften Früchte bringen, kann sie nicht versagen. Dem deutschen Boden entsprossen, ihren deutschen Inhalt niemals verleugnend, in den modernen Großstaat mit seinen alten Kaisererinnerungen hineingewachsen: so wird sie nicht bloß eigenartig, sondern auch überlegen sein, gesund an Leib und Seele.

Wenn einst im Frieden das Volk im weitesten Maße sich selbst regiert und verwaltet und zu den strahlenden Erfolgen auf allen Gebieten den schönen Erfolg in der Politik hinzugesellt, dann mögen die dankbaren Enkel stolz der prophetischen Worte von Freiligrath gedenken:

„Herr Gott im Himmel, welche Wunderblume
Wird einst vor allem dieses Deutschland sein!“

8.

Nationaler Weltsinn.

Das deutsche Volk entdeckte sich neuerlich in seinen Dichtern. Die großen religiösen Kämpfe hatten die Nation geistig und seelisch zerrissen und das einigende Band zerschnitten, das sich früher um das Staatenmosaik schlang. Das Kaisertum war seit langem jener nationalen Bedeutung bar, die es einst unter den Hohenstaufen besaß und die nur mehr in der Sage und im Liede fortlebte. Da brach wunderbar die Zeit der klassischen Dichter herein; Söhne des Volkes sprachen zu allen und erreichten alle, die für kulturelle Güter aufnahmsfähig erschienen. Welches beseelende Erlebnis war doch Klopstocks „Messiade", waren die herrlichen Blüten, die nun am Baume der deutschen Dichtkunst aufschimmerten und Frühlingslust verbreiteten! Nicht nur in den Städten, überall, wo es bildungshungrige Menschen voll Freude an dem Schönen gab, wurde mit Spannung und mit Genuß erwartet, was die nächste Woche, der nächste Monat an Köstlichem bringen werde. Nicht so, daß alle Kritik verstummt wäre, daß es bloß eine weithinhallende Stimme des Entzückens gegeben hätte. Aber man begann jetzt aus den eigenen Quellen zu schöpfen und brauchte nicht mehr von fremden Brunnen abhängig zu sein. Man fühlte selig den Reichtum, der im eigenen Volke lag.

Doch das Erwachen war nicht national im politischen Sinne, sondern allgemein geistiger Natur. Es führte nicht zur Selbstbeschränkung, sondern erst recht in die Weite. Mochte Lessing auch seinen Kampf gegen die Bevorzugung der Franzosen führen, so lenkte er die Blicke dafür auf England, wo ein Shakespeare für die Ewigkeit geschaffen hatte. Als Wieland den Großen seinem Volke zugänglich machte, da erkannte man gerne den vollen Wert an. Der Haupteinfluß ging jedoch von Weimar und seiner Umgebung aus, wo die deutsche Dichtkunst ihren Hochsitz aufgeschlagen hatte. Goethe, Schiller, Wieland, Herder — welch reicher Himmel, Stern an Stern! Aber die Sprache, die hier ertönte, die wundervoll veredelte deutsche Sprache, kündete den Humanismus, erzog die Deutschen als Deutsche zum Weltbürgertum. Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt! Wie sehr Wieland Kaiser Josef II. feierte und als Vorbild hinstellte,

wie lebhaft er die politischen Vorgänge verfolgte, er fühlte sich überall geistig zu Hause, wo es Kultur gab. Herder war Weltbürger, bewußt als Deutscher; sein Nachdenken brachte ihm die Erkenntnis, „daß Humanität der Zweck der Menschennatur" sei. Goethe, der hochragende Olympier, kannte keine Grenzen und keine Scheidemauern, alles Nationale erschien ihm zu eng. Jede Gruppe, die kleiner war als die Menschheit, stieß ihn ab. Schiller ging ganz im Geistigen auf. „Der Trieb nach Beschäftigung mit abstrakten Ideen" — schrieb Wilhelm von Humboldt so schön — „das Streben, alles Endliche in ein großes Bild zu fassen und es an das Unendliche anzuknüpfen, lag von selbst und ohne fremden Anstoß in ihm; es war mit seiner Individualität gegeben".

Sogar Fichte bezeichnete vor seinem Übergang zum sittlich vertieften Nationalismus im allgemeinen Europa als „das Vaterland des wahrhaft ausgebildeten christlichen Europäers", im besonderen „in jedem Zeitalter denjenigen Staat, der auf der Höhe der Kultur steht". Und der Buchhändler Perthes meinte im Oktober 1807 grollend: „Soweit wir Deutsche überhaupt ein Leben hatten, haben wir es nie für uns allein, sondern immer auch für Europa gelebt. Wir haben alles Recht, uns reich bemittelt und tief an Charakter zu finden; aber nie haben wir es verstanden, unsere Schätze anzuwenden, nie haben wir unserem Volke eine gemeinsame Tätigkeit und eine gemeinsame Bildung gegeben und nie gemeinsame Anstalten gegründet, die das Gefühl für die nationale Ehre wacherhalten und uns Sicherheit gegen die Angriffe Fremder gewähren konnten". In Perthes kündigte sich bereits das zweite Stadium des Erwachens an; er, der im Norden lebte, hatte in sich schon den Übergang vom Weltbürgertum zum Nationalismus vollzogen.

* * *

Napoleon I. war ein Erzieher. Indem er das Deutsche Reich beugte und zerriß, indem er die Deutschen in Abhängigkeit von Paris zu bringen suchte, rüttelte er sie aus ihrer weichen Selbstvergessenheit auf, zwang er sie, sich auf sich selbst zu besinnen. Die französische Sprache drang bis an die Elbe vor, und mancher Kleinmütige legte sich nach dem Frieden von Tilsit die bange Frage vor, ob es überhaupt gelingen werde,

sich in dem Ungewitter zu behaupten, ob die Deutschen als Nation noch eine Zukunft haben. In andern aber wuchs unter den Schlägen das Kraftgefühl; ein furchtbarer Zorn beschwingte und trieb dazu, alle Mittel anzuwenden, um die Gefahr zu verscheuchen. Der Kosmopolitismus wurde zurückgedrängt, der deutsche Nationalismus herrschte fortab vor. Die einen förderten ihn durch ihre Romantik, die andern durch ihr tatkräftiges Zugreifen. Als Napoleon bereits bezwungen war, tobte der Kampf gegen jegliche Ausländerei noch fort. Man ging soweit, alle fremden Einflüsse als schädlich zu erachten und wollte nur das Bodenständige dulden. Durch einen Urwald und durch Sümpfe, in der Breite von fünfzig Meilen, gedachte Jahn Deutschland gegen Frankreich abzuschließen; wilde Tiere sollten in dieser verlorenen Gegend hausen. Sie war bestimmt, einen neuen feindlichen Überfall unmöglich zu machen.

Allein, man darf sich an solche Äußerlichkeiten nicht halten, wenn man diesen deutschen Nationalismus begreifen will. Es ist notwendig, sich die gewaltigen Erlebnisse zu vergegenwärtigen, aus denen er geboren wurde und ebenso erforderlich, zu seinem Kerngehalte vorzudringen. Im Süden von Deutschland blieb man der Hauptsache nach immer milder gestimmt. Bedarf es eines andern Zeugnisses als des Hinweises auf die fesselnde Novelle „Das Bild des Kaisers"? In ihr setzte sich Hauff mit den Feinden des Weltbezwingers auseinander, schwärmte er von der Größe des Menschen, ohne sich für die Taten des Imperators zu erklären. Aber selbst die Sturmgesänge der Norddeutschen und ihre Erweckungsbücher verrieten immerhin, daß der Deutsche nie ganz der Engherzigkeit verfallen, daß er bei aller unumgänglichen Selbsterkenntnis und Selbstbehauptung nimmermehr völlig auf die Welt verzichten könne. Im „Deutschen Volkstum" schrieb Jahn: „Der Menschenfreund wird sich nach der Lösung des großen Rätsels sehnen: Wie erwächst aus einzelnen Menschen ein Volk, wie aus dem Völkergewimmel endlich die Menschheit". „Der Gründungstag der Universalmonarchie" — so wandte er sich gegen Napoleon — „ist der letzte Augenblick der Menschheit." Er beklagte, daß sich an den Hochschulen „so selten eine, was sich niemals trennen sollte — Wissenschaft und Weltverstand". Die Erziehung war ihm das Wichtigste, denn sie begründe

„die wahre Geisterschaft des Volkes". Arndt aber meinte einige Jahre nach dem Sturze Napoleons: „Es ist schön, sein Vaterland lieben und alles für dasselbe tun, doch schöner noch, unendlich schöner, ein Mensch sein und alles Menschliche höher achten als das Vaterländische".

Diese Betonung des Menschlichen, der Erziehungsnotwendigkeit, dieses stete Denken an die großen Kulturaufgaben aller, dieses sich letzten Endes ungeachtet der Absonderung mit der Kulturgesamtheit Verbundenfühlen scheint uns das Charakteristische für den deutschen Nationalismus zu sein und ihn von den nationalen Regungen der anderen Völker wesentlich und vorteilhaft zu unterscheiden. „Manches ist bei uns als einer kosmopolitischen und universalistischen Nation" — hieß es im „Briefwechsel zweier Deutscher" — naturgemäß und lobenswert, was bei einer anderen Tadel verdiente. Unsere Nation besteht zum Teile in Verleugnung des Nationalen, und darum ist es außerordentlich schwer, die rechte Mitte zu finden." Ganz konnte man die klassische Schulung von Weimar eben nie vergessen, weil man nicht deutsch zu sein vermochte, ohne sich irgendwie an Goethe und Schiller anzulehnen. Die Herrschaft der begnadeten Dichterfürsten dauert über die Begrenztheit des irdischen Daseins hinaus; der Geist lebt fort und befreit, indem er bindet . . . .

* *
*

Im Laufe eines Jahrhunderts ist die Nationalisierung der Deutschen zur Selbstverständlichkeit geworden; unerschütterlich steht das Volk als Nation da. Diese vermöchte erst mit dem letzten Deutschen vom Erdboden zu verschwinden. Der Werdeprozeß ist längst abgeschlossen, die Erhaltung kommt schon lange nicht mehr in Frage. Nun handelt es sich bloß um die Entwicklung und Weiterbildung. Vor dem Weltkriege liefen die Fäden der geistigen und kulturellen Beziehungen vom Deutschen Reiche aus in die ganze Welt; man fühlte sich mit allen verbunden, verfolgte das Neue in allen Zonen und suchte die eigenen Schätze durch die Aufnahme fremder Errungenschaften zu mehren. Der Deutsche beherrschte mehr fremde Sprachen als die Angehörigen anderer Nationen, sein geistiger Horizont war in der Regel weiter. Vorzügliche Übersetzungen — Nachdichtungen, wie sie kaum sonst aufgewiesen

wurden — vermittelten auch dem einfachen Menschen die Kenntnis ausländischer Kulturen; selbst das Entlegene wurde nahe gebracht.

Mit dem Weltkriege kam jäh ein Stimmungsumschwung und ein Empfindungswechsel. Plötzlich zerrissen die festesten Bande, die liebsten Beziehungen lösten sich auf. Was früher so wert schien, zeigte sich mit einem Male als wertlos. Feindschaft loderte an allen Seiten empor, gleichsam, als hätte sich die Menschheit gegen das Deutsche Reich und seine Bundesgenossen verschworen. Hatte man vorher wenigstens die Leistungen auf dem Gebiete der Wissenschaft und Technik unumschränkt, wenngleich neidvoll anerkannt, so brachte man für die Deutschen nun nichts anderes als Geringschätzung und Hohn auf: im allgemeinen natürlich bloß, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen. Angriffe führen zur Abwehr. Zur militärischen Verteidigung trat also die kulturelle Gegenwehr hinzu. Man schloß sich innerlich ab, löste sich geistig und seelisch von den anderen los. Auf sich selbst gestellt, nur mit den Bundesgenossen in enger Fühlung, entschlossen sich viele, auch fürderhin so zu leben, niemals mehr einer Weltduselei zu verfallen. Die aufgezwungene Isolierung ließ sich ja zunächst ganz gut ertragen. Der Deutsche ist reich genug, um, geistig auf sich selbst angewiesen, nicht sogleich zu verarmen.

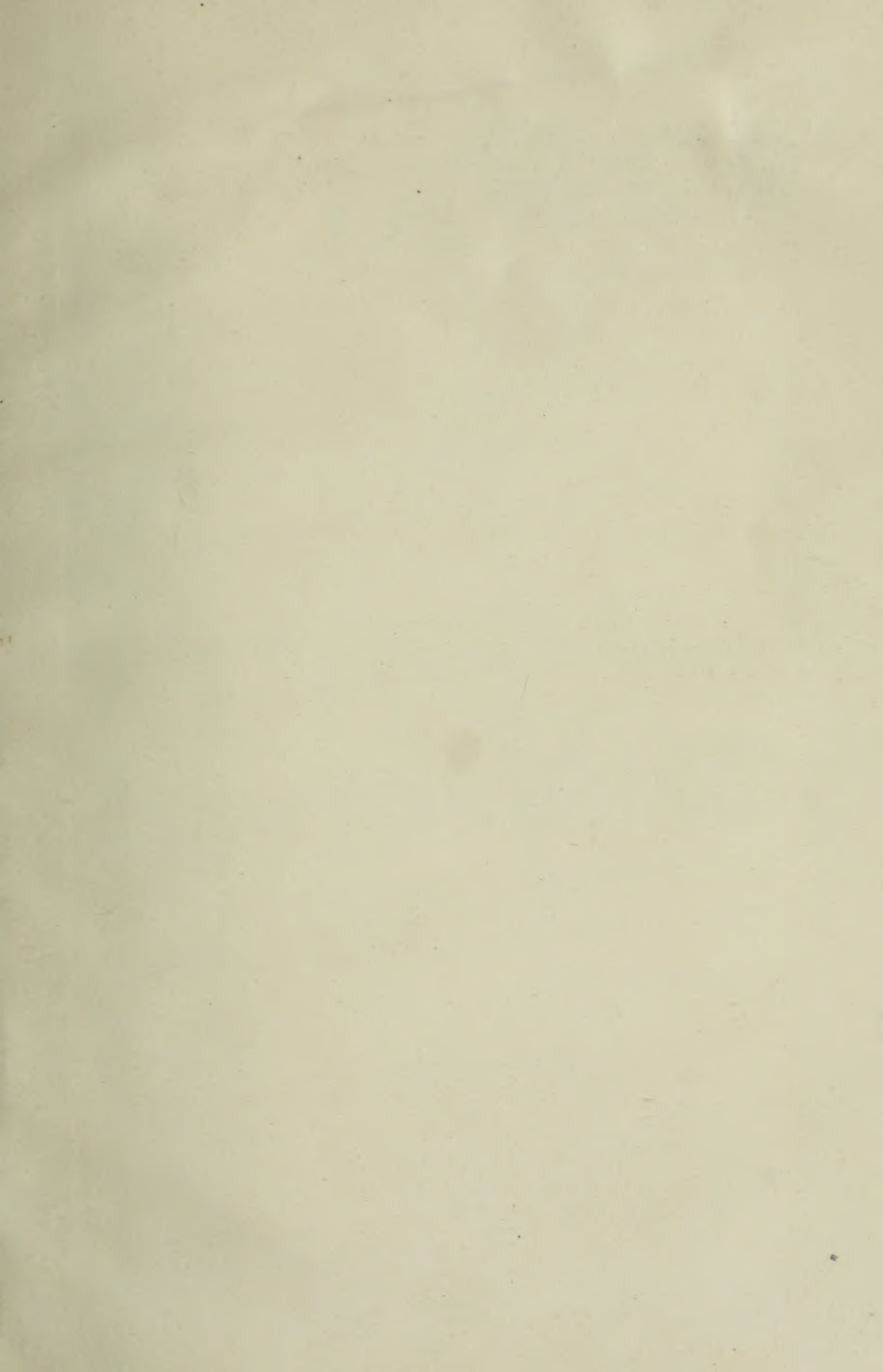
Doch jeder Krieg ist bloß eine Unterbrechung des Friedens, und wie lange er auch währt, er bleibt — im Zusammenhange betrachtet — ein kurzes Zwischenspiel. Gegen das Notwendige gibt es kein Sträuben; die festesten Dämme zerbersten, wenn die Flut der Zeit gegen sie anstürmt. Was der Krieg zerstört hat, wird der Friede zum großen Teile wieder aufbauen müssen; die meisten untergegangenen Beziehungen werden wieder auftauchen. Isolierte Staaten gibt es im Jahrhundert der Elektrizität, des Dampfes, der Luftschiffahrt nicht auf die Dauer. Nationen, die ausschließlich nur aus sich selbst schöpfen würden, müßten eines Tages verdorren. Es hilft nichts! Auch die Deutschen werden — sei es zuerst mit Widerstreben wegen der erlittenen Feindschaft — den Anschluß an die Welt finden müssen. Der Weltgeist ist der Geist der kommenden Zeit.

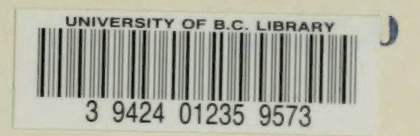
Wenn der Kampf abermals bloß um Friedensgüter gehen, wenn der Wettbewerb neuerdings der produktiven Arbeit gelten wird, dann wird das deutsche Volk sicherlich zu erhöhtem

Einflusse gelangen. Denn aus dem Kriege bringt es den Antrieb zur Demokratie mit, die bei seiner Veranlagung zur Kulturdemokratie werden muß. Selbstzufriedenheit ist den Deutschen zwar weniger eigen als den Angehörigen irgend einer anderen Nation. Die Tadelsucht will nicht verschwinden, und das braucht nicht unbedingt ein Nachteil zu sein, weil es so nie an einem Ansporn fehlt. Aber man wird dennoch dankbar empfinden, was es heißt, auf der Bahn der Volksherrschaft fortzuschreiten. National gefestigt, in den Jahren des Krieges noch sicherer und stärker geworden, werden die Deutschen auch ihren alten Vorrang im Weltverständnis bald wiedergewinnen. Einst war ihr Kosmopolitismus ohne tragfähigen nationalen Untergrund. In der Zukunft jedoch wird der Weltsinn vom nationalen Bewußtsein ausgehen und darin sich das Neue und zugleich der Fortschritt offenbaren.

Vom Humanismus zum Nationalismus, vom Nationalismus zum nationalen Weltsinn: Das ist der den Deutschen durch die Geschichte vorgeschriebene Weg. Er führt nicht schnurgerade weiter, sondern verläuft in Windungen; aber indem man ihn zurücklegt, kommt man höher und vorwärts. Heißt es während des Weltkriegs notgedrungen und hart: Das deutsche Schwert sieghaft gegen jeden Feind! so werden in einer lichteren Friedenszeit die Worte wahr werden, mit denen Paul Ernst sein preußisches Schauspiel geschlossen hat:

„Die deutsche Sonne für die ganze Welt“.




UNIVERSITY OF B.C. LIBRARY
3 9424 01235 9573

